



Wortprotokoll der 13. Sitzung

Sportausschuss

Berlin, den 4. Juli 2022, 13:00 Uhr
11011 Berlin, Reichstagsgebäude
Großer Protokollsaal (RTG 2 M 001)

Vorsitz: Frank Ullrich, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022

Selbstbefassung SB 20(5)20

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Hostert, Jasmina Lugk, Bettina Poschmann, Sabine Schreider, Christian Ullrich, Frank Wollmann, Dr. Herbert	Gava, Manuel Gerster, Martin Hagl-Kehl, Rita Kreiser, Dunja Schäfer (Bochum), Axel Wiese, Dirk
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Lehmann, Jens Mayer (Altötting), Stephan Steiniger, Johannes Stier, Dieter	Auernhammer, Artur Gutting, Olav Jung, Ingmar Monstadt, Dietrich Müller, Florian
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Emmerich, Marcel Krämer, Philip Winklmann, Tina	Menge, Susanne Mijatović, Boris Müller, Sascha
FDP	Hartewig, Philipp Reuther, Bernd	Kuhle, Konstantin Raffelhüschchen, Claudia
AfD	König, Jörn Stöber, Klaus	Bleck, Andreas Naujok, Edgar
DIE LINKE.	Hahn, Dr. André	Görke, Christian



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung am Montag, 4. Juli 2022, 13.00 Uhr
Reichstagsgebäude, Großer Protokollsaal, 2 M 001

Amnesty International Deutschland e. V.

Katja Müller-Fahlbusch, Expertin für die Region Naher Osten und Nordafrika

Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI)

Dietmar Schäfers, Vizepräsident

Center for Applied Research in Partnership with the Orient e.V. (CARPO e.V.)

Dr. Sebastian Sons

Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)

Heike Ullrich, Generalsekretärin

Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe (MRHH-B)

Luise Amtsberg, MdB

Einzel-sachverständige

Florian Bauer, Journalist

Prof. Dr. Thomas Beschorner, Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen



Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022

Selbstbefassung SB 20(5)20

Der **Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste, ich eröffne die 13. Sitzung des Sportausschusses und begrüße Sie alle herzlich zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung zum Thema „Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022“. Ich begrüße ganz herzlich digital zugeschaltet für den Deutschen Fußball-Bund (DFB) die Generalsekretärin, Frau Heike Ullrich, hier vor Ort Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, unsere Kollegin Luise Amtsberg, für Amnesty International die Expertin für die Region Naher Osten und Nordafrika, Katja Müller-Fahlbusch, für die Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) den Vizepräsidenten Dietmar Schäfers, für Center for Applied Research in Partnership with the Orient (Carpo) Dr. Sebastian Sons und als Einzelsachverständige, ebenfalls digital zugeschaltet, den Journalisten Florian Bauer und hier vor Ort den Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen Prof. Dr. Thomas Beschorner. Für Ihre schriftlichen Stellungnahmen bedanke ich mich sehr, sie wurden als Ausschussdrucksachen bereits verteilt. Vom Bundesministerium des Innern und für Heimat begrüße ich den Parlamentarischen Staatssekretär, Herrn Mahmut Özdemir, und Herrn Dr. Paul Kortländer sowie digital zugeschaltet Frau Annegret Korff.

An dieser Stelle ein kurzer Hinweis. Zu einer öffentlichen Anhörung kann ein Ausschuss ein Mitglied der Bundesregierung als Auskunftsperson einladen. Darum sitzt heute unsere Kollegin Luise Amtsberg als Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe in der Reihe unserer Sachverständigen. Die Vertreterinnen und Vertreter des BMI sind nicht als Auskunftspersonen heute geladen und können daher auch nicht befragt werden.

Die Obleute haben sich darauf verständigt, dass alle Sachverständigen fünf Minuten für ihre Eingangsstements bekommen, danach werden jeweils zwei Fragerunden folgen.

Ich weise darauf hin, dass die Sitzung öffentlich ist, eine Live-Übertragung im Parlamentsfernsehen erfolgt und nach der Sitzung auf der Homepage des Deutschen Bundestages eine Aufzeichnung auch

abrufbar sein wird. Auf der Internetseite des Sportausschusses finden Sie nach Fertigstellung dann auch ein Wortprotokoll der Sitzung und bereits jetzt die eingegangenen Stellungnahmen unserer Sachverständigen.

Herr Hahn, Sie hatten eine Frage?

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.): Nein, keine Frage, sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige, eben weil diese Sitzung auch öffentlich ist, möchte ich nur kurz erklären, warum ich die Sitzung kurz vor 14.00 Uhr verlassen muss, damit es nicht als Missachtung der Sachverständigen oder Ähnliches ausgelegt werden kann. Ich bin in meiner Fraktion zuständig auch für den zivilen Katastrophenschutz und der Innenausschuss macht ab 14.00 Uhr dazu auch eine eigenständige Anhörung und mein Stellvertreter hier im Sportausschuss, der Kollege Görcke, ist auch Mitglied im Finanzausschuss und der Finanzausschuss hat ebenfalls zu steuerrechtlichen Fragen parallel eine Anhörung, so dass er mich auch nicht vertreten kann, so dass dann hier von unserer Fraktion keiner anwesend sein kann. Ich wollte das einfach zu Protokoll geben, bedanke mich auch für die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen, weil ich das nachher auch nicht mehr sagen kann. Ich finde es richtig, dass wir uns als Sportausschuss auch mit diesen Menschenrechtsfragen immer wieder beschäftigen. Man kann darüber streiten, ob wir über Katar hätten früher auch reden sollen, reden können, aber ich finde es wichtig, dass wir es tun, und, wie gesagt, bitte herzlich um Ihr Verständnis und wollte das aber hier zu Protokoll geben.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Herr Hahn. Wir würden dann zu den Eingangsstements kommen und ich würde Frau Ullrich gerne um ihr Wort bitten.

Heike Ullrich (DFB): Herzliche Grüße auch von Frankfurt, vom neuen Campus, nach Berlin. Danke für die Möglichkeit, dass ich hybrid heute teilnehmen kann, da in der Tat auch bei mir noch einige Agenda-Punkte für den heutigen Tag anstehen. Ich würde gerne verweisen auf meinen schriftlichen Bericht und eher die fünf Minuten nutzen, um ein paar ganz frische Eindrücke wiederzugeben, die wir mit unserer UEFA-Arbeitsgruppe gerade letzte Woche bei unserem zweiten Besuch als UEFA-Arbeitsgruppe in Katar einnehmen konnten. Ich



selbst war inzwischen dreimal in Katar. Die UEFA-Arbeitsgruppe hat sich auch neben diesen zwei Besuchen vor Ort... Entschuldigung, die UEFA-Arbeitsgruppe war bereits dreimal vor Ort, ich selber konnte im Dezember nicht dabei sein, hatte aber einen Kollegen dann auch entsendet. Wir sind in einem sehr regelmäßigen Austausch. Es gibt diese Gruppe seit Mai 2021 und wir sind in sehr regelmäßigem Austausch mit allen NGOs, mit allen Stakeholdern und Organisatoren vor Ort. Wen haben wir getroffen? Wir haben das Supreme-Komitee getroffen, also die Organisationsgruppierung vor Ort, die verantwortlich ist für die FIFA-Weltmeisterschaft 2022. Wir haben aber auch NGOs und Migrant Workers getroffen, also die Menschen, die vor Ort in der Mehrzahl beschäftigt sind. Und hier würde ich gerne einige Eindrücke wiedergeben. Beeindruckt hat mich in der Tat wieder einmal das Treffen mit den Migrant Workers. Wir haben diesmal Ansprechpartner gehabt, die auch schon organisiert gewählt wurden in den sogenannten Joint Audits. Die Ansprechpartner, das heißt der Vergleich der Gruppe, die wir sprechen konnten, zu vor einem Jahr hat sich verändert. Vor einem Jahr haben wir konkret mit Mitarbeitern gesprochen, in dem Fall waren es wirklich nur Männer, die auf den Baustellen tätig waren. Diesmal hatten wir Ansprechpartner/-innen, die für die verschiedenen Gruppierungen, die vor Ort tätig sind, sprechen und sich haben auch wählen lassen. Sie hören aus meinem Wording, wir haben auch Frauen getroffen, das fand ich sehr schön. Einige Stichpunkte, die hier zusammenfassend zu erwähnen sind: „Danke für keinen Boykott“ kam sehr deutlich aus dieser Gruppe, weil sie es sehr anerkennen, dass neben den NGOs, neben der VWI, ILO, die sich einsetzen für ihre Themen, auch wir als Verbände uns einsetzen und immer wieder Fragen stellen, uns informieren. Das empfinden sie auch so, dass wir an ihrer Seite sind. Das wurde uns sehr deutlich zurückgespiegelt. Zusammenfassend ist hier, ich sage mal, ein Ziel oder ein Wunsch auch immer wieder deutlich artikuliert worden, dass wir uns doch bitte gemeinsam mit den begleitenden NGOs und Gewerkschaften auch dafür einsetzen, dass es ein sogenanntes Migrant Workers Centre nachhaltig in Katar geben soll, also einen realen Ort, ein Gebäude, in dem Menschen und Migrant Worker sich begleiten lassen können mit ihren Anliegen. Als größte Herausforderung wurde auch genannt das Thema grundsätzliche

Informationen zu dem, was sich rechtlich verändert hat. Es gibt ja immer wieder die Stichworte Kafala-System, Mindestlohn, Arbeitsplatzwechselfähigkeit, dass a) die Information überhaupt stattfindet, wie sich die Gesetzgebung verändert hat, aber b) die größte Herausforderung, die Implementierung dieser Gesetzgebung, und zwar flächendeckend, und dass es hierzu nochmal eine Unterstützung im Bereich Helplines gibt, aber gerne auch über digitale Plattformen. Das Thema Übersetzungen ist eine große Herausforderung und das Thema Rechtsbeistand sicherstellen für eine koordinierte Beschwerdemeldung auch. Das waren die Punkte, die hier sehr klar artikuliert wurden. Dinge, wie Unterkünfte, waren hier keine, zumindest nicht angesprochen. Es sind sicherlich noch Themen, es wurde nur aus der Gruppe jetzt nicht so deutlich artikuliert. Was auch deutlich wurde, ist der Bereich der Domestic Workers. Hier sprechen wir dann eher über private Haushalte, Frauen, die in privaten Haushalten angestellt sind, dass jedoch offensichtlich die Anzahl der Fälle, die gemeldet werden, weil die Gesetzgebung hier noch nicht umgesetzt wird, doch relativ hoch ist. Wir haben keine klare Datenlage dazu, aber dass doch hier ein relativ hoher Bedarf ist, nochmal sich auch für diese Gruppierung mit einzusetzen. Was auch deutlich wurde, ist, dass die Art, wie dann auch die einzelnen Länder, aus denen die Migrant Workers kommen, diese Frauen in der Regel begleiten, eine sehr unterschiedliche Qualität haben, sei es durch die Begleitung durch ihre eigenen Embassies, also Botschaften, oder auch, ich sag mal, Unterstützungsorganisationen, die sich der Anliegen dieser Frauen annehmen können.

Zweiter Sprung in das Feld Hotel-Auditierung, weil das auch in den letzten Wochen häufig Thema in unseren Medien war. Alle Hotels, die im Zusammenhang mit der WM-Organisation stehen, es sind, glaube ich, 117 Hotels, wurden auditiert und werden bis zur WM mindestens zweimal auditiert. Ich habe mich konkret auch erkundigt, wie es mit dem deutschen Mannschaftshotel steht. Hier wurden bereits zwei Audits durchgeführt. Das Level der Auditierung wurde gemeinsam entwickelt mit der ILO, Herr Schäfers, ich meine auch VWI war dabei, hier die entsprechenden Fragestellungen zu entwickeln. Also unser Hotel zweimal auditiert und auf dem Weg zur WM mindestens noch einmal, gegebenenfalls auch ein viertes Mal.



Ein drittes Stichwort, was sehr häufig genannt wurde auch aus den unterschiedlichsten Bereichen unserer Ansprechpartner, war das Wort Training. Training und Ausbildung der Menschen, die vor Ort Gäste in Empfang nehmen, rund um die WM, aber auch vor und nach der WM, in Hotels arbeiten oder auch dann als Volunteers rund um das Turnier im Einsatz sind. Hier sind drei Begriffe genannt worden, an denen man sich orientiert, das sind Safety, Security und Service. Das heißt die Botschaft, alle sollen willkommen sein in Katar, wurde sehr deutlich aus allen Richtungen unserer Ansprechpartner genannt. Man versucht, das Training, sei es für Hotelmitarbeiter/-innen oder für die Volunteers oder zum Beispiel auch Security-Mitarbeiter/-innen, orientiert an diesen drei Begriffen zu gestalten.

Da kommen wir dann auch zu dem Punkt LGBTIQ+. Wir haben natürlich auch die Frage gestellt, wie gehen sie um mit der LGBTIQ+-Community und auch hier wurde uns noch mal verdeutlicht und auch bestätigt: Alle sind willkommen in Katar. Man bittet aber auch um Respekt und Achtung vor der Kultur des Landes. Um die verbleibende Zeit zu nutzen, appelliert der DFB an alle beteiligten Akteure, sich weiterhin auch für die Achtung der Menschenrechte einzusetzen und auch stark zu machen, um gemeinsam zu einer Verbesserung der menschenrechtlichen Situation vor Ort beizutragen. Die UEFA-Working-Group hat auch die anderen europäischen Nationen eingeladen, sich zu beteiligen und zu informieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit einer Stimme sprechen, dass wir gleiche Signale und Botschaften aussenden. Uns ist wichtig, dass aus unserer Sicht und der teilnehmenden Verbände ein Boykott nicht hilfreich ist, sondern dass es wichtiger ist, mit gemeinsamer Stimme, mit gemeinsamen Fragestellungen vor Ort Dinge voran zu bewegen und insbesondere den Menschen vor Ort zu helfen, denn darum geht es ja schlussendlich. Also versuchen wir im Schulterschluss mit anderen Nationalverbänden, die an der WM teilnehmen, mit einer Stimme zu sprechen. Eine, die kraftvoll ist, die aber auch ihre Verantwortung wahrnimmt und sich ihrer Verantwortung auch bewusst ist. Und genau so sehen wir es auch für weitere Interessensgruppen auf allen anderen Ebenen, vor allem natürlich auch der politischen Ebene, dass wir auch hier wünschen, gerne den Doppelpass zu spielen. Nur so hoffen wir, dann auch einen nachhaltigen

Beitrag zu leisten und umzusetzen. Denn in der Tat geht es uns darum, nicht nur im Hinblick auf die Vorbereitung auf die WM Dinge anzusprechen, sondern möglichst auch nachhaltig Wirkung zu erzielen. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Frau Ullrich. Ich bitte die Sachverständigen, noch einmal etwas mit auf die Uhrzeit zu schauen. Es war doch ein kleines bisschen überzogen, aber ich habe gehört, das lässt sich wohl auch optisch sehr schlecht darstellen. Ich würde dann gerne Frau Amtsberg bitten.

Abg. **Luise Amtsberg** (MRHH-B): Herzlichen Dank für die Einladung als Sachverständige zu diesem Thema, der ich sehr gern nachgekommen bin. Ich möchte gern vorab zwei Worte sagen zu meiner Rolle, weil ich glaube, die ist schon zentral zu verstehen bei dem, was ich jetzt gleich auch sagen werde. Mein Selbstverständnis als Beauftragte für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe ist zum einen, der Bundesregierung in allen Feldern, die die Menschenrechtspolitik berühren, beratend zur Seite zu stehen. Dies ist das eine und das andere natürlich die Schnittstelle zur Zivilgesellschaft und auch zum Parlament zu sein, einerseits Anliegen herauszutragen, zu informieren, aber natürlich auch Anliegen aufzunehmen. Deshalb finde ich es ganz passend und freue mich wirklich sehr, heute auch hier zu sein, denn das Thema Katar und Fußball-Weltmeisterschaft wird uns ja weiter beschäftigen. Vielleicht auch dazu noch gesagt: Es ist natürlich auch immer wichtig, dass man bei diesen ganzen Fragen nach innen kritisch auftritt. Wir haben natürlich im Bereich des Sports auch selber noch Hausaufgaben zu machen, aber vielleicht finden wir da an anderer Stelle noch Anknüpfungspunkte. Der Aufgabenbereich Wirtschaft und Menschenrechte bildet einen Schwerpunkt meiner Arbeit. Das gilt natürlich sowohl in Bezug auf China und die unternehmerische Verantwortung dort als auch natürlich mit Blick auf Katar und die Sportgroßveranstaltungen im Allgemeinen. Ich bin überzeugt, da gab es ja auch Sachverständige, die das anders sehen, dass Sportgroßveranstaltungen Chancen sein können für den Menschenrechtsschutz. Internationale Aufmerksamkeit, bi- und multilateraler Dialog mit dem Gastgeberstaat und internationale Zusammenarbeit können dazu beitragen, die Menschenrechte weltweit zu stärken. Insofern stellt auch die WM in Katar eigentlich keine Ausnahme zu dem, ich sage



mal, diplomatischen Bemühen der Bundesregierung insgesamt dar, denn solche Kontexte haben wir auch abseits von Sportgroßveranstaltungen natürlich mit verschiedenen Ländern, mit denen wir in einer engen Partnerschaft auch wirtschaftlich stehen. Auf der anderen Seite steht natürlich das Risiko, dass repressive Regime solche Ereignisse nutzen, um von ihrer eigenen Menschenrechtsbilanz abzulenken oder Menschenrechtsverletzungen gar zu legitimieren. Oder ich würde es gern einmal andersrum formulieren, weil wir ja sicherlich auch zu dem Punkt der Vergabe kommen: Wer Gastgeber der Weltgemeinschaft sein will, der muss natürlich auch die Pluralität der Weltgemeinschaft abbilden, sie respektieren, sie schützen und diesen Grundsätzen, also der Einhaltung der Menschenrechte, Rechnung tragen. Und wenn man dies eben nicht tut und sich bewirbt und gleichzeitig das nicht sicherstellt, dann ist es nicht nur eine Frage von Gefahr, die es birgt, sondern dann ist es real ein Verwässern und ein faktisches Legitimieren von Menschenrechtsverletzungen. Und das anzugehen, gerade jetzt mit Blick auf die Rechte von Frauen, der LGBTIQ+-Community, aber natürlich auch der Fans und Athleten und Athletinnen selbst, das wird die Aufgabe auch sein der internationalen Gemeinschaft und natürlich auch der Bundesregierung. Die Menschenrechtslage, dazu wurde schon ein bisschen etwas gesagt, ist besorgniserregend im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit, bei der Versammlungsfreiheit und natürlich auch mit dem Blick durch die feministische Außenpolitik besorgt uns natürlich die Menschenrechtslage vor Ort. Das wird sicher noch ausgeführt werden. Weil ich die Zeit im Blick habe, werde ich das jetzt nicht in die Tiefe bringen. Allerdings ist natürlich der Fokus auf die Rechte von Arbeitsmigrantinnen und -migranten gegeben allein deshalb, weil wir bei 2,8 Millionen Einwohnern in Katar von 2,23 Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten sprechen. Also weit über 75 Prozent der Bevölkerung stellt diese Gruppe dar und ist rechtlich nicht gleichgestellt, insofern sehr wichtig, dass wir darauf schauen. Wir haben Verbesserungen gesehen, allerdings, und das ist der Fokus, der jetzt in den Blick genommen werden muss, sind die Reformen in der Umsetzung schwierig bis unzufriedenstellend. Das heißt, Katar hebt sich schon ab im regionalen Kontext mit den weitreichenden Verbesserungen, die es getroffen hat für die Arbeitnehmer/-innenrechte. Aber die

Umsetzung ist problematisch und deshalb bin ich auch der Auffassung, dass man sich darauf jetzt konzentrieren muss. Und vielleicht knüpfe ich da auch gleich an, damit ich die wesentlichen Punkte auch sage in meiner Stellungnahme. Ich glaube schon, dass wir die Möglichkeit haben, jetzt auch noch politisch Einfluss zu nehmen auf wesentliche Punkte, die sicher vom BHI noch einmal dargestellt werden, also das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Gerade wenn wir über die Umsetzung der Arbeitnehmer/-innenrechte reden und die schleppende Umsetzung, glaube ich, ist das ein zentraler Punkt. Arbeiterzentrum für Wanderarbeiter wurde schon angesprochen, halte ich auch für hochrelevant. Aber auch das Einfordern der Katarerchen Regierung gegenüber den Arbeitgebern, die Recht verletzen, härtere Strafen, Ausschluss von öffentlichen Aufträgen, können hier wirksame Mittel sein. Und das ist auch meiner Auffassung nach das, was die Bundesregierung leisten kann, hierauf weiter Einfluss zu nehmen in den kommenden Monaten. Man muss natürlich, und diesen Kontext muss man auch beleuchten, wie Katar im geopolitischen Kontext grundsätzlich dasteht. Es ist ja allgemein bekannt, dass wir seit Mai in einer Energiepartnerschaft sind. Wie das nun einmal immer so ist in solchen Partnerschaften, auch nicht ganz unproblematisch. Aber es ist darüber hinaus auch klar, auch über die WM hinausgehend wird der Einsatz für Menschenrechte auch in Bezug auf Arbeitnehmer/-innenrechte, wenn wir gucken, dass die EXPO auch stattfindet in Katar, als erster Wüstenstaat richtet Katar die EXPO aus, dann wird es auch um Arbeitnehmer/-innenrechte gehen. Dass unser Engagement über die WM hinaus bestehen bleibt, ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit und muss auch dringend passieren. Aber vielleicht zum geopolitischen Kontext sei so viel nur gesagt: Das Auswärtige Amt ist in einem Outreach-Prozess dabei, Geberstaaten zu motivieren, die sich auch in der humanitären Hilfe mehr einbringen, damit wir den Aufwand in der Welt auch gemeinsam stemmen können. Hier ist Katar durchaus als positives Beispiel zu nennen. Bei der Afghanistan-Evakuierung im vergangenen August haben wir zahlreiche Menschen, 10 000 Menschen, ausfliegen können über Doha in Drittländer. Was ich damit sagen will: Es ist Licht und Schatten in der Zusammenarbeit. Der Fokus auf die Menschenrechte muss aber bestehen bleiben über die WM hinaus und auf dem



Weg dahin habe ich gerade drei Maßnahmen genannt, die ich für zentral halte, um da auch noch Verbesserungen zu erreichen. Gerade auch mit Blick auf die Frage der deutschen Regierungsrepräsentanz auf der WM lohnenswerte Ansatzpunkte. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Kollegin Amtsberg. Ich bitte um das Eingangsstatement von Frau Müller-Fahlbusch.

Katja Müller-Fahlbusch (Amnesty International Deutschland e.V.): Vielen Dank, dass wir heute hier im Sportausschuss sprechen können. Ich glaube, es ist schon ein wichtiges Zeichen, dass Amnesty International eingeladen wird zu einer Anhörung im Sportausschuss und es verweist darauf, dass, glaube ich, sehr wichtig ist, dass das Thema Menschenrechte im Sport angekommen ist. Wir hoffen, es ist gekommen, um zu bleiben. Das ist nicht selbstverständlich und ich glaube, da hat die WM in Katar sicherlich auch als Katalysator eines Themas gedient und das ist auch wichtig anzuerkennen. Was die Menschenrechtslage vor Ort anbetrifft, da würde ich mich tatsächlich der Kollegin Luise Amtsberg anschließen. Wir kommen auch zu einem differenzieren Bild in der menschenrechtlichen Bewertung. Wir sehen begrüßenswerte Reformfortschritte. Wir sehen aber daneben auch Stagnation, wir sehen Unzulänglichkeiten in der Reformumsetzung, teilweise auch in den Reformen selber. In der Summe kommen wir tatsächlich zu dem Ergebnis, dass sich für das Gros der Arbeitnehmer/-innen die Lebensrealität nicht maßgeblich verbessert hat. Eine Ausnahme sind da sicherlich diejenigen Arbeiter/-innen, die im Zuständigkeitsbereich des katarischen Organisationskomitees sind, die seit 2014 von den Workers-Wellfare-Standards profitieren. Die haben tatsächlich substanzielle Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen erfahren. Man muss sich dazu aber auch klar machen, dass von diesen verbesserten Bedingungen tatsächlich nur ein Bruchteil der Arbeitsmigranten und -migrantinnen im Land profitiert. Wir gehen davon aus, dass in der Spitze der Bautätigkeit es circa zwei Prozent der Arbeitsmigranten und -migrantinnen waren. Es ist aber sehr begrüßenswert, dass das Organisationskomitee jetzt beschlossen hat, diese Workers-Wellfare-Standards auf den Dienstleistungsbereich auszuweiten. Das ist sicherlich ein sehr begrüßenswerter Schritt. Also insgesamt erkennen wir an,

dass die katarische Regierung zentrale Reformen angestoßen hat. Die katarische Regierung selbst sagt ja, sie hat das Kafala-System, also dieses Vormundenschaftssystem, beendet. Da gehen wir nicht mit. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Wir sehen Reformen des Kafala-Systems, wir sehen aber keine Auflösung des Kafala-Systems, und zwar insbesondere, weil ein ganz zentrales Element dieses Kafala-Systems, nämlich das strukturelle Machtungleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitsmigranten und -migrantinnen, nicht aufgelöst und nicht angegangen wurde. Nichtsdestotrotz ist die Liste der Reformen, die man sich anschaut seit 2017/2018, und auch dazu vielleicht kurz angemerkt, zwischen 2010, also der Vergabe der WM, und 2017 haben wir nichts gesehen. Seit 2017, nachdem Katar das Abkommen mit der Internationalen Arbeitsorganisation gezeichnet hat, hat es dann tatsächlich substanzielle Reformfortschritte gegeben: die Einführung eines Mindestlohns, die Abschaffung der Ausreisegenehmigung, die Abschaffung der Genehmigungspflicht für den Arbeitsplatzwechsel, die Einrichtung von Streitlichtungskomitees, die den Zugang zur Arbeitsgerichtsbarkeit verbessern sollen, die Einführung eines Fonds, der dann einspringen soll, wenn Löhne nicht gezahlt werden, die Verbesserung von Hitzeschutzmaßnahmen. Also die Liste ist sehr beachtlich und die ist, das muss auch sagen, in der Region einmalig. Denn das Kafala-System gilt ja nicht nur in Katar, es gilt in vielen Ländern der Golfregion, aber auch darüber hinaus des Nahen Ostens. Und da ist Katar tatsächlich das einzige Land, was solche Reformen angestoßen hat. Auch das gehört zur Geschichte mit dazu. Was wir bis heute feststellen ist, dass die Umsetzung der Reformen mangelhaft ist. Ein ganz kleines Beispiel. Eine sehr wichtige Reform war die Aufhebung der Genehmigungspflicht für den Arbeitsplatzwechsel, weil damit hätten Arbeitsmigranten und -migrantinnen wirklich die Möglichkeit, Missbrauch und Ausbeutung einfach aus dem Weg zu gehen. Während die katarische Regierung sagt, dass über 200 000 Arbeitsmigranten und -migrantinnen schon davon profitiert haben, wissen wir bis heute nicht, wie viele haben sich denn beworben und wem wurde es abgelehnt. Wie viele trauen sich nicht einmal, ihren Wechselwillen zu bekunden, weil sie Sanktionen des Arbeitgebers fürchten, weil mittlerweile ein Handel mit diesen Genehmigungen floriert, der bedeutet, dass Arbeitsmigranten



und -migrantinnen, wenn sie in der Praxis den Arbeitsplatz wechseln müssen, teilweise das fünf- bis 15-fache eines Monatsgehaltes lohnen müssen, um den Arbeitgeber zu wechseln. Da sehen wir, die Umsetzung hapert. Wir sehen auch, dass zum Beispiel diese Genehmigung mittlerweile schon wieder formell in Stellenanzeigen drin stehen, also Arbeitgeber sich trauen, im Lichte der Öffentlichkeit Arbeitsrecht zu brechen, weil sie, und das ist ein großes Problem, häufig keine Konsequenzen befürchten müssen, sondern straflos katarisches Arbeitsrecht brechen. Das ist ein wichtiger Punkt. Ein anderer wichtiger Punkt, der darauf verweist, das teilweise auch das Problem in den Reformen schon ist, sind die sogenannten Gemeinsamen Komitees. Auf diese Reform ist die katarische Regierung sehr stolz. Es ist so, dass sich in Katar katarische Arbeitnehmer/-innen in Gewerkschaften organisieren dürfen, ausländische Arbeitskräfte dürfen das nicht. Sie dürfen keine Gewerkschaften bilden und sie dürfen ihnen auch nicht beitreten. Und quasi als Pendant, als Ersatz hat man die Gemeinsamen Komitees aus Arbeitgebern und Arbeitsmigranten und -migrantinnen eingeführt. Man muss dazu aber wissen, dass es diese Gemeinsamen Komitees beispielsweise nur dann gibt, wenn die Arbeitgeber dem zustimmen. Man muss auch wissen, dass mit diesen Gemeinsamen Komitees natürlich nicht ein Recht auf kollektive Lohnverhandlungen einhergeht oder ein Streikrecht. Insofern sieht man, dass in der Reform schon angelegt ist, dass diese Verbesserung zwar sicherlich ein Fortschritt ist, den man auch anerkennen kann, aber im Grunde genommen ein zahnloser Tiger. Insgesamt sehen wir Bewegung, wir sehen Reformen, aber es reicht bei Weitem nicht aus. Und ein Punkt, der sicherlich auch, je näher die WM kommt und auch während der WM und danach, immer wichtiger wird, ist die ganze Frage: Wie konnte das eigentlich passieren? Die Situation von Arbeitsmigranten und -migrantinnen, Ausbeutung und Missbrauch von Arbeitsmigranten und -migrantinnen, war zum Zeitpunkt der Vergabe hinlänglich bekannt und bestens dokumentiert. Die Vergabe hätte aus unserer Sicht so nicht erfolgen können und es ist jetzt wichtig zu fragen: Was muss geschehen, damit das nicht wieder passiert, was bedeutet das für zukünftige Vergaben, was bedeutet das für menschenrechtliche Standards und Kriterien in der Sportpolitik? Und das sind, glaube ich, sehr wichtige Fragen, mit denen wir uns jetzt

neben der konkreten Menschenrechtslage vor Ort beschäftigen werden müssen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Müller-Fahlbusch. Ich bitte jetzt den Vizepräsidenten Herrn Dietmar Schäfers für die Bau- und Holzarbeiter Internationale.

Dietmar Schäfers (BHI): Vielen Dank für die Einladung. Vielleicht ganz kurz zur BHI. Wir vertreten rund 12 Millionen Mitglieder in 127 Ländern, über 390 Mitgliedsorganisationen im Bau- und Holzbereich. Ich kann es mir jetzt relativ einfach machen, was die Kritik betrifft, weil ja auch Amnesty und BHI sich häufiger austauschen. Katja Müller-Fahlbusch hat hier beschrieben, was zu kritisieren ist. Das sehen wir genauso. Ich möchte meinen Schwerpunkt auf die Erfahrungen, die wir praktisch in Katar machen, lenken. Ich selbst bewege mich seit 2013 regelmäßig in dem Land. Am Anfang nicht so gern gesehen, mittlerweile empfinden wir uns als, ich sage mal, konstruktiver Partner in Katar. In all den ganzen Jahren ist das so gewachsen. Wir haben 2017 mit dem Supreme Committee ein Memorandum of Understanding gemacht, was dazu führte, dass wir auf den WM-Baustellen internationale Arbeitsinspektionen durchführen. Wir haben bis heute – die Baustellen sind jetzt fertig – rund 25 internationale Arbeitsinspektionen gemacht mit Fachleuten aus England, Schweden, Deutschland, Belgien und wo sie alle herkamen. Fachleute, die dies auch hauptberuflich in den jeweiligen Ländern machen, beispielsweise auch von der deutschen Bauberufsgenossenschaft, wo wir auch Mitglieder haben, die haben sich dann Urlaub genommen und haben dort Arbeitsinspektionen durchgeführt. Am Schluss konnten wir sagen auf den WM-Baustellen, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutzstandard dem australischen Standard entsprach. Und in Australien haben wir den höchsten Standard. Von daher vergleichbar mit Australien, USA und Deutschland, wobei ich dabei von den Großbaustellen spreche. Die sind ja meistens immer recht sauber. Die Umsetzungen der Arbeitsreform, das können wir auch bestätigen, sind sehr schleppend, teilweise hinkt es enorm, das ist zu beklagen. Für die Golfregion selbst bildet Katar natürlich so etwas wie einen Leuchtturm. Ich war im Dezember in den Emiraten, in Dubai, da hatten wir gar keine Chance, irgendetwas zu machen. Die Katarer sprechen mit uns und machen Vereinbarungen mit uns und sie halten sich daran.



Das ist die sehr positive Nachricht. Wir haben mittlerweile, das hätte ich mir vor neun oder zehn Jahren noch gar nicht vorstellen können, im März ein Fußballturnier dort organisiert mit Migrant Workers, mit ehemaligen Fußballprofis, mit Jugend und mit Frauen. Die Mannschaften haben wir gemischt und das war auch gar kein Problem, ein solches Turnier durchzuführen. Seit Jahren führen die Katarer auf unseren Vorschlag hin Arbeitsschutzkonferenzen in Doha durch, wo die Wirtschaft eingeladen wird, wo Botschaften vertreten sind, wo Arbeitsmigranten und Firmenvertreter dabei sind und man sich über das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz mehr und mehr offen unterhält. Und die ILO, der Arbeitsminister und ich eröffnen jeweils die Veranstaltung. Das sind alles Dinge, die sicherlich erst einmal positiv zu bewerten sind. Was wir bisher nicht hinbekommen haben, ist die Realisierung eines Migrant Workers Centres, weil wir sagen: Die Arbeiter brauchen eine Anlaufstelle in dem Land. Sie brauchen ein Gesicht, ein Gebäude, möglichst selbstverwaltet, um dort Rechtsberatung, Information über die jeweiligen Gesetze usw. zu erhalten. Da befürchten die Katarer, ich spreche das hier auch ganz offen aus, weil wir da auch sehr offen drüber diskutieren, dass das eine Vorstufe für eine Gewerkschaft ist und das wohl auf mittelfristige Sicht erst einmal nicht zu realisieren sei. Trotzdem arbeiten wir weiter daran. Wir haben jetzt mit vielen nationalen Fußballverbänden gesprochen. Ich war letztes noch in Belgien und die unterstützen alle ein Migrant Workers Centre, genauso wie der Deutsche Fußball-Bund, wofür ich auch sehr dankbar bin. Jetzt möchte ich etwas noch ganz kurz antippen, was wir bisher noch nicht in der Breite veröffentlicht haben, in dem schriftlichen Bericht steht es drin. Nämlich wir haben im März ein Memorandum of Understanding mit dem Arbeitsministerium unterschrieben, wo es darum geht, die Rechte der Arbeitnehmer gemeinsam zu schützen. Das ist in vier Hauptbereiche unterteilt. Da geht es um Schulung und Sensibilisierung, um Arbeitsschutz und Inspektionssysteme, um Schulung und Ausbildung der Arbeitnehmer der gemeinsamen Ausschüsse und Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit im Rahmen der Community Leaders Foren, die dort unten abgehalten werden. Und das bedeutet in der Zielsetzung konkret, und so steht es auch in den Papieren drin, Aktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung der Arbeitsreformen durch

direkte Kontakte, Schulungen und die Unterstützung von Wanderarbeitern. Da gibt es viele Felder, da gibt es Rechtshilfe, da geht es um Anwerbung zu fairen Bedingungen, um Schulungen, Sensibilisierung, Arbeitsschutz und Arbeitsinspektion und vieles mehr. Das werden wir jetzt alles bis September in konkrete Projekte kleiden und dann geht die Arbeit über die Weltmeisterschaft hinaus. Dieser Vertrag ist erst einmal befristet auf zwei Jahre und dann schauen wir weiter und ich bin sehr sicher, dass es dann auch entsprechend weitergeht. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Schäfers. Ich bitte Dr. Sebastian Sons für Center for Applied Research in Partnership with the Orient um sein Statement.

Dr. Sebastian Sons (CARPO): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Die Diskussion um Menschenrechte und Arbeitsmigration in Katar ist selbstverständlich sehr wichtig. Ich möchte allerdings in den nächsten Minuten ein bisschen den Blick weiten und stärker auch auf die geopolitische Relevanz von Katar zu sprechen kommen, einfach auch vor dem Hintergrund, dass es im Zuge des Ukraine-Kriegs und der Energiediversifizierung für Deutschland schlichtweg notwendiger geworden ist, sich auch darüber Gedanken zu machen, welche Rolle spielt Katar in der Welt, in der Region, und welche Rolle spielt dann auch die WM in diesem Zusammenhang. Das heißt, die WM zeigt wie unter einem Brennglas, wie Katar sich in dem vergangenen Jahrzehnt zu einem internationalen Akteur, zu einem wichtigen internationalen Player entwickelt hat. Und diese Strategie fußt vor allen Dingen auf drei wesentlichen Säulen. Erstens: Katar möchte sich als verlässlicher Partner präsentieren. In den Ausführungen ist es deutlich geworden. Katar hat sich in den letzten Jahren geöffnet, wenn es darum ging, auch mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, und das ist Teil der Strategie, das ist Teil, auch um zu zeigen, dass Katar in der Welt eine wichtige Rolle spielt als wichtigster Exporteur von Flüssiggas in der Energiewirtschaft sowieso, aber eben auch zum Beispiel, Frau Amtsberg hat es genannt, als Akteur in der Bereitstellung von Entwicklungszusammenarbeit oder humanitärer Hilfe. Zweitens, und das darf man nicht vergessen: Katar will sich als Marke



etablieren und hat sich als Marke etabliert. Und die WM spielt dabei eine ganz, ganz entscheidende Rolle und ist dabei ein Katalysator geworden, um die Marke Katar auf globaler Ebene zu positionieren. Und damit einher geht auch, und das ist übergeordnetes Interesse Katars, in jeglicher Entscheidung die Legitimität und die Macht des eigenen Regimes, des Emirs Tamim und seiner Herrscherfamilie, zu sichern. Das heißt jegliche Entscheidung, die Katar trifft, muss auch vor dem Hintergrund betrachtet werden: Was nützt es der eigenen Regierung und der eigenen Herrschaftskonsolidierung? Drittens präsentiert sich Katar als diplomatische Plattform, auch das ist bereits angesprochen worden, bei der Unterstützung von Geflüchteten aus Afghanistan. Und auch das hat damit zu tun, dass Katar in einer sehr sensiblen geostrategischen und geografischen Situation ist. Eingeklemmt quasi in einer Sandwichposition zwischen den großen Tankern in der Region, Iran, Saudi-Arabien, Türkei, muss das Land, was ja sehr klein ist, versuchen, in irgendeiner Art und Weise zu überleben, im übertragenen sowie im wörtlichen Sinne. Und das versucht es auch damit, indem es sich als eine solche Plattform präsentiert und das Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ für sich zu nutzen. Das heißt, Katar spricht mehr oder weniger mit jedem, mit den USA, eine der wichtigsten Truppenbasen der USA in der Region ist in Katar, aber eben auch mit Iran. Katar und Iran unterhalten das größte Gasfeld und müssen deswegen schon konziliante Beziehungen miteinander führen. Die Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban fanden in Doha statt, zuletzt auch Gespräche für die Neubelebung des iranischen Atomabkommens. Und wenn sie sich zurückerinnern, dass Katar zwischen 2017 und Januar letzten Jahres auch einer Blockade ausgesetzt war von wichtigen Nachbarstaaten, Saudi-Arabien, die Emirate, Bahrain und Ägypten, dann hat Katar diese Blockade auch deswegen so gut überstanden, weil es sich als eine solche Plattform präsentiert. Und natürlich spielt die WM in diesem Zusammenhang eine ganz, ganz wesentliche Rolle, weil während der Blockade auch ganz klar geworden ist: Die Welt möchte Katar nicht fallenlassen, weil es eben WM-Gastgeber ist. Und deswegen war das auch eine Art Schutzschild gegen externe Bedrohung aus der Region. Das hat alle Auswirkungen für Deutschland. Ich hatte die energiepolitischen Zwänge bereits angesprochen. Deutschland muss in Zukunft in unterschiedlichen

Bereichen stärker mit Katar zusammenarbeiten, ob es will oder nicht. Klar ist auch: Katar ist kein Partner der Wahl, sondern ist ein Partner der Notwendigkeit und eine Zusammenarbeit ist immer problematisch und muss auch problematisiert werden. Nicht nur in Bezug auf die Menschenrechte und die Arbeitsrechte, sondern auch in Bezug auf viele, viele andere Punkte, die die geostrategische Rolle Katars betreffen. Mein Plädoyer heute ist, dass stärker darüber diskutiert werden muss, wie man Menschenrechte und realpolitische Interessen miteinander vereinbaren kann aus deutscher außenpolitischer, entwicklungspolitischer, aber auch sportpolitischer Perspektive. Und dafür braucht es eine klare Strategie im Umgang mit Katar. Meiner Meinung nach ist ein solches Momentum derzeit deswegen gegeben, weil wir im Lichte des Angriffskrieges von Russland in der Ukraine auch eine solche Diskussion führen: Wie gehen wir mit autoritären Regimen um und wie machen wir uns in Zukunft resilienter bzw. wie können wir eben Interessen und Werte miteinander vereinbaren? Lassen Sie mich zum Schluss auf eine relevante Option in dieser Zusammenarbeit eingehen, und das ist beim Immigrationsmanagement, weil wir darüber heute auch intensiv sprechen. Migration ist ein transnationales Phänomen, in dem Migranten und Migrantinnen unter vielen Formen der Ausbeutung leiden, eben nicht nur in Katar und in anderen Golfmonarchien, sondern auch auf ihrem beschwerlichen Weg dorthin oder eben bereits in den Entsendestaaten selbst. Diese Thematik wird mir teilweise zu kurz diskutiert. Noch immer profitieren zu viele vom Leid der Migranten und Migrantinnen, kriminelle Rekrutierungsagenturen, private Firmen, deren Subkontraktoren und natürlich die Entsendestaaten selbst. Sie sind schlichtweg auf die Rücküberweisung angewiesen, um ihre marode Wirtschaft zu stabilisieren. Nehmen wir nur das Beispiel Nepal, einer der wesentlichen Entsendestaaten in die Golfregion. Das Bruttoinlandsprodukt setzt sich zu einem Viertel aus Rücküberweisungen zusammen, das heißt, je weniger Migranten und Migrantinnen in den Golf gehen unter prekären Bedingungen, desto weniger Einnahmen hat ein Staat wie Nepal. Und all diese Profiteure zeigen nur wenig Interesse daran, die Migranten und Migrantinnen zu schützen, da sie schlicht eine existenzielle Einnahmequelle – Humankapital – darstellen, so zynisch es klingen mag. Und auch deswegen greifen viele



Reformen in der Realität nicht. Weil für zu viele zu viel Profit auf dem Spiel steht. Um diesen Missständen auf einer globalen Ebene entgegenzuwirken, sollte Deutschland einen noch ganzheitlicheren Ansatz verfolgen, der Katar sowie die Entsendestaaten von Migranten und Migrantinnen stärker in Eigeninitiativen einbezieht. Wir haben hier schon viele Beispiele gehört, wie das passieren kann und wie das auch versucht wird. Ich glaube, insbesondere auch in der deutschen Entwicklungspolitik, in der deutschen Außenpolitik stehen interessante Programme zur Unterstützung von rückkehrende Arbeitsmigranten und -migrantinnen bei der Wiedereingliederung in ihren Heimatländern zur Verfügung, zum Beispiel in Pakistan. Es gibt Initiativen in den Entsendestaaten selbst. Es gibt Initiativen auch in Katar. Und hier noch mehr Netzwerke auszubauen, noch mehr Dialog zu führen, um eben gemeinsame Aufmerksamkeit zu schaffen, ist einerseits für die deutsche Außenpolitik wichtig, aber eben auch für die deutsche Sportpolitik. Die WM bietet hierfür eine sehr gute Möglichkeit. In dem Zusammenhang würde ich dafür plädieren, diesen Aspekt noch etwas stärker zu diskutieren und freue mich auf die Diskussion, vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Sons. Ich bitte jetzt als Einzelsachverständigen Herrn Florian Bauer um sein Eingangsstatement.

Florian Bauer: Danke, Herr Ullrich. Ich wurde gebeten, kurz noch etwas zu sagen zu meiner Person. Mein Name ist Florian Bauer, ich bin Journalist, Coach für verschiedene Journalisteninstitutionen und lehre an verschiedenen Universitäten, moderiere das politische Tagesgeschehen bei Phoenix und bin seit 15 Jahren bei der ARD und war als FIFA-Experte, Doping-Experte und sportpolitischer Experte der ARD vor allem in autoritär regierten Ländern unterwegs, unter anderem viel in Katar. Ich denke, wir waren mit die ersten weltweit, die sich um Katar gekümmert haben, noch bevor die WM begonnen hat, dann mit dem Guardian und anderen zusammen sehr früh um die Arbeiterrechte und sind dann auch als erste Journalisten dort vor Ort festgenommen worden. Ich würde ein paar Punkte gern rausgreifen und Sie sind herzlich eingeladen, dann zurückzufragen, wenn irgendetwas unklar ist oder Sie genauer interessiert. Ich würde einmal starten mit drei

Statements, die Sie vielleicht ein bisschen überraschen würden. Das eine ist der Satz, den Sie häufiger wahrscheinlich von Ihren Bekannten oder in Ihrer Familie hören: Wie kann man so eine WM an Katar vergeben? Da würde ich sagen: Kann man auf jeden Fall. Da sollten wir drüber sprechen. Dann diesen Satz: Naja, da gab es doch 6 500 tote Arbeiter auf WM-Baustellen. Der ist auf jeden Fall völliger Unsinn, aber auch über den müssen wir ein bisschen tiefer sprechen. Und der dritte Satz, den würde ich mir mal borgen von Gianni Infantino, nur dass ich den etwas anders meine als er: „Ich glaube das wird die beste FIFA-WM aller Zeiten“. Also greifen wir das einmal auf. Die Aufregung um die WM, die es seit dem 3. Dezember 2010, seit der Vergabe, gab. Keiner hat damit gerechnet. Es lag, glaube ich, daran, Katar hat sicherlich, wie viele andere vorher, das meiste Geld bezahlt. Wir kennen das, wenn wir an die WM 2006 denken. Katar hat, nach den Informationen, die wir über die ganzen letzten Jahre immer wieder bekommen haben, anders als das öffentlich dargestellt wurde, nicht die schlechteste WM-Bewerbung gehabt, sondern die beste. Das wurde dann intern aber versucht anders darzustellen. Dann möchte ich auf einen Punkt nochmals hinweisen, wo wir uns einmal ehrlich machen müssen. Ich glaube, viele westliche Fans, ob aus Deutschland, aus England oder Frankreich, wir haben einfach häufig ein Problem, wenn eine Weltmeisterschaft nicht in den typischen Fußball-Ländern stattfindet und das spielt hier auch mit hinein. Dann kam die Hitze dazu. Das ist jetzt obsolet durch die Verlegung. Aus meiner Sicht kann man eine FIFA-WM oder ein Großereignis im arabischen Raum stattfinden lassen, darüber können wir gern noch einmal intensiver diskutieren. Ich habe immer wieder nachgefragt, warum es keine panarabische WM gab. Da gibt es natürlich die einen oder anderen Diskussionen, die logischerweise schon dagegen stehen. Die Katarer haben immer gesagt, sie hätten sich dafür eingesetzt. Da wäre ich ein bisschen vorsichtig, aber ich glaube, wir würden anders darüber diskutieren, wenn es eine panarabische WM wäre, zu der es nicht gekommen ist. Und dann kam natürlich die große Diskussion der Gastarbeiter. Hier will ich noch einmal kurz sensibilisieren zu dem, was vor mir Herr Dr. Sons gesagt hat. Die Missstände, die wir in Katar haben, die gibt es natürlich in vielen anderen Ländern, nicht nur am Golf, sondern auch weltweit. Wenn Sie vielleicht



mal im Urlaub waren in Dubai, dann haben Sie wahrscheinlich noch nicht Ihre Hotelangestellten oder Ihre Taxidriver gefragt, wo die denn so leben, denn die leben in ähnlichen Baracken wie die in Katar. Das macht es aber natürlich nicht besser. Also lassen Sie uns einmal auf die Situation vor Ort schauen. Ich will nicht wiederholen, was Amnesty eben und in vielen, vielen Berichten seit 2013 immer wieder geschrieben hat, aber ich würde gern einmal den Blick vor Ort on the Ground sehen. Wir waren sehr, sehr früh sehr, sehr viel immer wieder in Arbeitercamps, vor allem in der Industrial Area am Rande von Doha. Sie müssen sich das vorstellen, das sind riesige Drecksbaracken, in denen in meist 15, maximal 20 Quadratmeter großen Räumen dann acht, zehn, zwölf, teilweise 14 Menschen auf Stockbetten untergebracht sind. Die haben meist keine großen Unterkünfte, also Möglichkeiten, ihre Sachen irgendwo hinzustellen. In die schmalen Schränke können sie zwei/drei Hemden reinhängen und ansonsten liegt die Kleidung am Ende des Bettes. Das Essen ist unter dem Bett und so riecht es dort drinnen auch. An den Wänden ist meist irgendwelcher Schimmel. Diese Menschen arbeiten sechs Tage die Woche, zwölf bis 14 Monate am Stück. Sie haben dann noch zwei Stunden des Commutings, also hin und zurück zur Arbeit. Sie verdienen im Durchschnitt 200 bis 220 Euro im Monat mittlerweile durch die Anhebung des Mindestlohns, das hat hier und da ganz gut geklappt. Dann dürfen sie nach 14 Monaten mal kurz, wenn sie Glück haben, für ein oder zwei Monate nach Hause, die übrigens meist unbezahlt sind. Nur das wir einmal das klar haben, von was wir hier tatsächlich sprechen. Ja, Katar hat einige Reformen auf den Weg gebracht und ja, die sind im Vergleich zu vielem, was wir eben nicht beispielsweise in Saudi-Arabien sehen, deutlich besser, aber sie sind eben bei Weitem nicht gut. Denn viele dieser Reformen werden einfach nicht richtig umgesetzt und dazu kommt ein, und das ist, glaube ich, hier noch nicht wirklich gesagt worden, enormer Widerstand in der katarischen Bevölkerung. Nicht nur bei katarischen Unternehmen, sondern auch tatsächlich in der katarischen Bevölkerung. Und das ist einfach auch wichtig zu wissen, dass der Emir vielleicht auf der einen Seite steht, aber die Herrscherfamilie nicht alles durchgreifen kann und es gibt auch viele wichtige Familien in Katar. Gerade wenn Sie sich mit Katarer unterhalten, dann ist da auch eine große Angst da,

dass hier den Gastarbeitern zu viele Rechte zugestanden werden. Diese 6 500 toten Arbeiter auf WM-Baustellen, über die in Deutschland häufig berichtet wurde, nachdem dies im Guardian veröffentlicht wurde, das ist ein Fehler des Abschreibens gewesen. Der Guardian hat von 6 500 toten Arbeitern gesprochen. Die kommen auch nur aus einigen südasiatischen Ländern. Im letzten Jahr ist dann berichtet worden, dass die Menschenrechtsorganisationen eher so von 15 000 toten Arbeitern ausgehen. Ich persönlich gehe von deutlich mehr aus als das. Erstens weil es deutlich mehr Gastarbeiter aus anderen Ländern gibt, aus Afrika, beispielsweise Ägypten, und weil es natürlich ganz andere Todesursachen gibt als die, auf die wir so gucken. Denn wenn Sie sich vorstellen, dass sie zwölf bis 14 Monate von ihren Familien getrennt sind, dann gibt es einfach unglaublich viele psychologische Probleme, zum Beispiel viele nehmen sich dort auch das Leben. Auf den Totenscheinen steht immer „cardiac arrest“, also Versagen des Herzens, was an sich völliger Blödsinn ist. Dass das bis heute noch nicht intensiv untersucht wurde, das ist eines dieser Dinge, die ich mir gewünscht hätte, dass dort international deutlich intensiver geschaut hätte werden müssen. Letzter Punkt, Ausblick auf die WM, die wir sehen werden. Ich habe es gesagt, beste FIFA-WM aller Zeiten. Seit dem Jahr 1998 gibt es ja keine Fußball-WM mehr, sondern das Ding heißt nur noch FIFA-WM, vom Fußball ist da keine Rede mehr. Und wenn Sie sich das vorstellen, dass die FIFA-WM eine Rolle spielt, na klar, dann spielen natürlich auch die Vorgaben der FIFA eine Rolle, und die sind eindeutig. Man will vor allem ein Hochglanzbild nach außen signalisieren. Das schafft Katar. Sie haben es mit einem autoritären Regime zu tun, das natürlich alles möglich machen wird und es vor allem der FIFA recht machen wird. Insofern ist es aus meiner Sicht keine Frage, dass das die beste FIFA-WM aller Zeiten ist. Aus meiner Sicht ist diese WM auch eine Chance, viele haben diese Chance aber aus meiner Sicht nicht genutzt. Die FIFA sowieso nicht, die ist weit weg von jeglicher Reformfähigkeit. Der DFB, Frau Ullrich, aus meiner Sicht, Sie sind ja noch nicht so lange dabei, wenn ich das zurückhaltend sagen darf, der DFB hat diese Chance bis heute nicht genutzt und seit 15 Jahren auch nie wirklich ernsthaft angegangen. Vor allem aber auch viele andere, auf die wir wenig schauen, zum Beispiel die Sponsoren, haben



überhaupt nichts gemacht und unterschätzen bis heute ihre Macht, die sie überhaupt nicht nutzen genauso wie viele Medienhäuser, wenn wir mal selbstkritisch sind. Sie werden zu dieser WM genauso wie zu anderen Sportgroßveranstaltungen keine sportpolitischen Expertinnen und Experten schicken oder Moderatorinnen und Moderatoren schicken, die explizit auf Sportpolitik geschult sind. Und insofern brauchen wir uns nicht zu wundern, dass, wenn die WM dann tatsächlich stattfindet, der Ball wieder rollt und es auch nur darum geht.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Bauer. Ich bitte Herrn Prof. Dr. Thomas Beschorner um sein Statement als Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität in St. Gallen.

Prof. Dr. Thomas Beschorner: Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, besten Dank, meine Damen und Herren für die freundlichen Einladung nach Berlin. Es wurden ja schon eine ganze Reihe wichtiger Sachen von den Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt. Das gibt mir die Möglichkeit, vielleicht ein paar weitergehende Perspektiven hier zu entfalten. Meine gutachtliche Stellungnahme liegt Ihnen ja ausführlicher vor. Meine Damen und Herren, es gibt im Leben bekanntlich das Wesentliche und das Dringende. Und wir tendieren dazu, die dringenden Sachen anzupacken und die wesentlichen hintenanzustellen. Das verhält sich sportpolitisch offensichtlich nicht anders. Es sind noch genau 140 Tage, bis der erste Ball rollt, und wir treffen uns heute in dieser Anhörung. Ich begrüße die Anhörung sehr, freue mich auch sehr über die Einladung und die dann folgenden Diskussionen. Und zugleich muss man sagen, so knapp vor Toresschluss befinden wir uns damit maximal in einem Reparaturmodus. Wir befinden uns im Bereich des Dringlichen, vielleicht nicht des Wesentlichen. Verschiedene Themen wurden hier angesprochen. Menschenrechtsfragen, ein sehr differenziertes Bild von Frau Amtsberg und Frau Müller-Fahlbusch skizziert. Weitergehende soziale Fragen werden uns beschäftigen, Diskriminierungsfragen beispielsweise, ökologische Fragen, haben wir noch gar nicht drüber gesprochen. Ich persönlich bin auch sehr interessiert zu sehen, ob und inwieweit überhaupt eine freie Berichterstattung aus Katar durch Medien stattfinden wird. Diese und weitere Themenkomplexe gehören zum Dringlichen. Sie sind nicht unwichtig, das ist

überhaupt keine Frage. Zugleich, würde ich sagen, wesentlich wäre eine andere Diskussion gewesen. Ich denke auch, dass die deutsche Politik und auch andere Länder und der DFB und auch andere Verbände sich vor dem Hintergrund der aktuellen Situation eine wichtige Frage gefallen lassen müssen: Warum ist eigentlich nie ernsthaft über einen Boykott der WM in Katar aus humanitären Gründen diskutiert worden, wie das ja unter anderem von Fanverbänden und Fanlagern durchaus angeregt worden ist? Und vielleicht sogar noch einen Schritt weiter: Wieso haben führende Fußballnationen nicht über ein alternatives Turnier nachgedacht? Dortmund statt Doha wäre mutig gewesen, keine Frage. Was wäre das ethisch Richtige gewesen, meine Damen und Herren? Frühzeitig bedacht wäre eine solche Initiative durchaus auch nicht unrealistisch gewesen. Und eine derartige, mutige Intervention seitens der Politik, seitens des DFB hätte massiv zur Reputation Deutschlands, des DFB und des professionellen Fußballs insgesamt beigetragen. Zwischen dem Dringenden und dem Wesentlichen liegt das Wichtige. Und damit kommen wir zu einigen Fragen, die ich ganz kurz beantworten will. Was kann man eigentlich in der Zukunft daraus lernen, was sollte daraus gelernt werden? Dazu vier knappe Hinweise. Es gilt erstens zur Kenntnis zu nehmen, dass die FIFA ein weltpolitischer, auch geopolitischer Akteur ist, Herr Söns hat das wunderbar skizziert, der die Geschicke unserer Zeit mitgestaltet, nicht demokratisch legitimiert, aber dennoch wirksam. Nicht notwendigerweise immer zum Guten. Damit zusammenhängend sollte zweitens der rechtliche Status der FIFA als gemeinnützige Organisation, übrigens formal angesiedelt in der Schweiz, da komme ich gerade her, geprüft werden. Die Bundesrepublik Deutschland könnte eine derartige rechtliche Prüfung bei den Schweizer Kolleginnen und Kollegen einmal anregen. Drittens sollten sich die FIFA und auch der DFB und auch andere Sportorganisationen von einer Rhetorik verabschieden, die Demokratisierungsprozesse durch sportliche Großveranstaltungen vermutet. Demokratisierung und Liberalisierung durch sportliche Großveranstaltungen, sei es im Fußball oder bei den Olympischen Spielen, finden de facto nicht statt. Dafür gibt es keine wissenschaftliche Evidenz. Die Argumente, die ich höre, oder die Geschichten, die ich dazu höre, sind maximal von anekdotischer Evidenz, Geschichten seitens des DFB und auch



der FIFA. Auch hier, auch im Sport sollten wir uns von dieser Wandel-durch-Handel-Story mal langsam verabschieden. Und vielleicht anknüpfend an Herrn Sons finde ich übrigens, dass die umgekehrte These deutlich plausibler ist, dass nämlich große internationale Sportevents autoritäre Regime im Land stützen und sogar stärken, Herr Sons hat das angesprochen und Frau Amtsberg ist darauf eingegangen. Viertens, und damit komme ich langsam zum Schluss, erscheinen mir bei der Beobachtung verschiedener Phänomene im Profifußball die Governance-Strukturen von verschiedenen Verbänden durchaus tiefere, korrupte oder wenigstens vetternwirtschaftliche Elemente aufzuweisen. Im Übrigen sind das allesamt ziemliche Boys-Clubs. Ist dies der Fall, so würde es erklären, dass eine Vielzahl von moralisch fragwürdigen Entscheidungen im Sport, im Fußball, nicht zufälliger, sondern systematischer Natur sind. Konstruktiv gewendet, eine Verbesserung der Governance-Strukturen, insbesondere eine stärkere partizipative und demokratische Orientierung von Spitzenorganisationen im Sport könnte dazu führen, das Spiel wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Meine Damen und Herren, ob Sportverbände, Politik, Sponsoren oder Fernsehanstalten, wer weiterhin meint, Business as usual machen zu können, wird sich nicht nur mit der Kritik einer Verfolgung rein ökonomischer Interessen konfrontiert sehen, man wird sich auch dem Vorwurf einer stillen Komplizenschaft mit bestimmten Regimen gefallen lassen müssen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die Eingangsstements unserer Sachverständigen. Damit kommen wir nun zur ersten Fragerunde, für die insgesamt 42 Minuten vorgesehen sind, davon entfallen zwölf Minuten auf die SPD-Fraktion, elf Minuten auf die Fraktion der CDU/CSU, sieben Minuten auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fünf Minuten auf die Fraktion der AfD, vier Minuten auf die Fraktion der FDP und DIE LINKE. hat sich leider zurückgezogen. Diese Zeitfenster gelten für Fragen und Antworten der Sachverständigen. Ich bitte die Fragesteller, jeweils den oder auch die Sachverständigen zu benennen, an den oder die die Fragen dann gerichtet werden. Unsere Sachverständigen bitte ich, die Zeit bei ihren Antworten im Blick zu halten, um auch den weiteren angesprochenen Sachverständigen die Möglichkeit für ihre Antwort noch zu überlassen. Wir beginnen mit der Fraktion der SPD und ich

würde Frau Poschmann darum bitten, die Fragen zu stellen.

Abg. Sabine Poschmann (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, herzlichen Dank für die Eingangsstements. Uns ist, glaube ich, klar, dass auch nach den Reformen, die zu sehen sind, es Kritik gibt, das wurde hier noch einmal deutlich. Die Reformen sind zwar angestoßen, aber es hapert an der Umsetzung. Ich hätte vier Fragen an Frau Müller-Fahlbusch und an Herrn Schäfers. Die erste Frage: Sehen Sie Ansatzpunkte der katarischen Regierung, dass sie an der Umsetzung der Reformen überhaupt ein Interesse haben, dass sie da mitwirken möchte? Zweitens: Was erwarten sie von der Bundesregierung in Bezug auf die Verbesserung der Situation der Arbeitsmigranten in Katar? Drittens: Welche Schritte sind notwendig, um die Dynamik, die jetzt durch die beschlossenen Reformen nun einmal da ist, langfristig umzusetzen und ist das Memorandum of Understanding, das die Gewerkschaften mit dem Arbeitsministerium abgeschlossen haben, eventuell der Schlüssel für eine Umsetzung? Und Viertens: Was erwarten Sie vom DFB? Welche Rolle kann der DFB überhaupt noch leisten und welche Rolle kann er in der Zukunft leisten? Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Bitte, wer möchte beginnen?

Katja Müller-Fahlbusch (Amnesty International Deutschland e.V.): Dann beginne ich gerne. Zu der ersten Frage, ob es Ansatzpunkte für einen echten politischen Willen gibt, das ist ja im Grunde genommen die Frage. Ja, gibt es, und trotzdem gibt es auch Fragezeichen. Auch da ist es tatsächlich schwierig, eine ganz klare Antwort zu formulieren. Wir wissen ja, die katarische Regierung schaut nicht nur auf die WM. Es gibt die Vision 2030. In diese Vision ist alles das, was die katarische Regierung tut, eingebettet. Und in dieser Vision 2030 wird klar, dass die katarische Regierung sich sehr wohl bewusst ist, dass sie auf längere Zeit hin auch Arbeitsmigranten und -migrantinnen braucht, um den eigenen Wohlstand sicherzustellen. Und es ist in dieser Vision 2030 auch erkennbar, dass der katarischen Regierung klar ist, dass es gewisse Mindeststandards, Lebensstandards, arbeitsrechtliche Standards braucht. Ich glaube, man kann schon plausibel annehmen, dass die katarische Regierung nicht nur bis Dezember 2022 schaut und danach das Ruder umdrehen möchte. Ich hatte vorhin angesprochen, die Umsetzung ist häufig



mangelhaft, aber wir sehen auch Bereiche, wo die Umsetzung funktioniert. Wir sehen zum Beispiel, dass die katarische Regierung vereinzelt auch schon Firmen gesperrt hat. Da geht es um Firmen, die eingeschätzt werden, dass sie Hochrisikofirmen sind, Löhne nicht zu zahlen, Lohndiebstahl zu begehen. Da gibt es eine ganze Reihe von Firmen, die mittlerweile gesperrt sind, diese dürfen in Katar nicht mehr tätig werden. Die katarische Regierung hat auch wiederholt Maßnahmen nachgeschärft, Stichwort Hitzeschutz. Es wurde klar, die bestehenden Hitzeschutzmaßnahmen sind nicht ausreichend. Im Mai 2021 hat die katarische Regierung noch einmal nachjustiert. Das spricht ja schon dafür, dass es da auch ein Interesse gibt, dass man hinschaut und dass man es durchaus ernst meint mit den Reformen. Gleichzeitig ist es eben so, dass wir in der Fläche und in der Breite wirklich ernsthafte Probleme mit der Umsetzung haben. Dass, ich hatte es vorhin schon angesprochen, Verstöße des katarischen Arbeitsrechts nicht geahndet werden, dass die Arbeitsinspektion, die, wenn man es tatsächlich ernst meint, eine Zentralinstitution ist, dass diese nicht angemessen ausgestattet wird und gar nicht in die Lage versetzt wird, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Und das sind wieder Punkte, die durchaus Fragezeichen aufwerfen ob der Ernsthaftigkeit. Also ein differenziertes Bild auch hier. Was erwarten wir von der Bundesregierung? Zunächst einmal erwarten wir, dass Menschenrechtsdefizite und -verletzungen offen angesprochen werden. Das haben wir in der Vergangenheit nicht immer so gesehen, auch weil Katar natürlich geostrategisch eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Das darf aber dem nicht im Wege stehen, dass Menschenrechtsverletzungen benannt werden, dass Defizite angesprochen werden. Wir erwarten auch von der Bundesregierung Reformen da, wo sie sind, und Reformkräfte da, wo sie bestehen, auch zu unterstützen und zu stärken. Wir haben das Thema Energiepartnerschaften schon ganz kurz angerissen. Katar bekommt damit noch einmal einen ganz neuen Stellenwert und auch die Abhängigkeit der Bundesrepublik Richtung Katar hat sich dramatisch geändert. Aber das darf nicht dazu führen, dass Menschenrechte hinten runterfallen. Menschenrechte müssen auch in den Energiepartnerschaften unverhandelbare Leitplanken sein. Und dies ist ein Thema, was über die WM in Katar hinaus reicht, so wie insgesamt das Thema der Menschenrechte von Arbeitsmigranten und -migrantinnen in Katar nicht

nur die WM berührt, sondern viele weitere Branchen und Sektoren und natürlich einen ganz anderen Zeithorizont hat. Die Bundesrepublik Deutschland ist international, gerade auch was die Arbeitsgesetzgebung, die industriellen Beziehungen, den sozialen Dialog anbetrifft, tatsächlich ein Modell. Wir haben vorhin das Thema Gewerkschaften schon angesprochen, wo man von katarischer Seite nicht so sehr glücklich damit ist. Aber das ist sicherlich ein Thema, was die Bundesregierung durchaus auch stark machen kann, auch in Gesprächen stark machen kann, weil es hier eine sehr wichtige Erfahrung gibt, die man mit den Katarer teilen kann. Wenn man in dem Bereich Gewerkschaftsrecht, also dem Recht, sich mit ernsthaften Möglichkeiten und Potenzialen zu organisieren, in Katar nicht weiterkommt, dann ist das Ausmaß dessen, was man verändern kann, begrenzt. Wie kann die angestoßene Dynamik aufgenommen werden? Auch das ein schwieriges Thema, da kann sicherlich der Kollege Dietmar Schäfers noch mehr dazu sagen. Das Memorandum of Understanding ist sicherlich wegweisend. Es ist auch deshalb wegweisend, weil es den Zeithorizont über 2022 hinaus öffnet und das ist, glaube ich, jetzt wichtig. Alles was wir jetzt tun können, um über 2022 hinaus auch die öffentliche Aufmerksamkeit, auch den Druck auf Katar aufrechtzuerhalten, ist wesentlich. Das Zentrum für Arbeitsmigranten und -migrantinnen wurde schon angesprochen. Wir haben jetzt zusammen mit anderen, zum Beispiel mit BWI, eine Forderung aufgestellt zum einen an die FIFA, zum anderen aber auch an die katarische Regierung, erlittene Menschenrechtsverletzungen zu entschädigen. Auch das wäre ein wichtiger Präzedenzfall mit einer sehr, sehr wichtigen Signalwirkung, weil er erstmal heißt: Anerkennen der eigenen Verantwortung für das, was in dem Bereich passiert. Das sind sicherlich einige wichtige Punkte. Was erwarten wir vom DFB? Wir sehen beim DFB, zumindest in den letzten Monaten, durchaus begrüßenswerte Schritte. Wir sehen und hören Worte, die uns zuversichtlich stimmen, und hoffen, dass der DFB sich in Sachen Menschenrechte im Fußball tatsächlich jetzt auf den Weg macht. Es gibt eine Menschenrechtspolitik, aber das muss jetzt alles mit Leben gefüllt werden. Der DFB ist natürlich der DFB als nationaler Fußballverband, aber der DFB ist ein wichtiges Mitglied in der FIFA und der UEFA, er ist der größte Fußballverband der Welt. Und



natürlich hat er als solches in der FIFA und in der UEFA ein enormes Gewicht. Das muss aus unserer Sicht der DFB nutzen. Das eine ist, sich noch einmal stark zu machen als DFB, was das Zentrum für Arbeitsmigranten und -migrantinnen anbetrifft. Und was wir uns ganz konkret vom DFB wünschen und erwarten, ist auch die Forderung nach Entschädigung nach einem angemessenen Entschädigungsprogramm zu unterstützen und sich innerhalb der FIFA dafür stark zu machen und das transparent und klar und im Zweifelsfall auch sehr kritisch zu kommunizieren.

Dietmar Schäfers (BHI): Katja hat ja schon einiges gesagt, aber ich möchte noch einmal ein paar Punkte deutlich herausstellen. Natürlich sehen wir Ansatzpunkte bei der katarischen Regierung in der Umsetzung der beschlossenen Reformen. In dem Verständnis der Katarer ist die Veränderung von Katar ein Projekt bis 2030. Ich bin als Gewerkschafter schon in meiner DNA immer sehr ungeduldig, von daher läuft das natürlich immer alles viel zu lang. Aber allein, dass sie diese Vereinbarung geschlossen haben mit uns als BHI, nämlich praktisch Dinge zu machen, um die Arbeitsreformen besser umzusetzen, das ist sicherlich nur ein Teilaspekt, zeigt ja schon, dass der Wille vorhanden ist. Und jetzt bitte ich eines zu bedenken, hier sitzen ja viele Politiker im Raum, und es ist vorhin schon gesagt worden. Es ist ja nicht so, dass da einer sagt, ab morgen ist Reform und dann funktioniert das. Vor dem Hintergrund der Politik und der Kultur in der Golfregion ist das natürlich ein riesen Spagat, den die da unten unternehmen und auch wenn man sich einmal die Mehrheitsverhältnisse und die Geschichte der Bevölkerung anguckt. Ich wünsche mir auch, dass das, was sie auf dem Gesetzesblatt gemacht haben, morgen umgesetzt wird. Aber so fantastisch wird doch keiner hier im Raum sein oder in der Öffentlichkeit, dass es funktioniert. Da legt man nicht einen Hebel um. Für uns Westeuropäer und für mich als Deutscher sind die Reformschritte – und jetzt einmal abgesehen von der Umsetzung, die natürlich hinkt, da müssen die sich stärker anstrengen – ganz kleine Schritte, aber es sind kleine Schritte. In der Kultur und der Politik der Katarer sind das riesen Schritte und die Nachbarländer um Katar herum gucken, was passiert denn da. Das muss man sich ansehen. Und dann haben wir in dem Land natürlich Reformen und Konservative. Das ist auch eine irre Auseinandersetzung, die da stattfindet. Da sind

dann teilweise die Auseinandersetzungen in Deutschland gar nicht damit zu vergleichen, weil das noch einmal eine ganz andere Dynamik und Qualität hat. Darum setzen wir auf Kritisieren, auf Druckmachen, aber eben auch über Vereinbarungen Schritt für Schritt weiterkommen. Und ich glaube, das kann gelingen, dort auch Verbesserungen letztendlich zu erzielen. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie mit der deutschen Wirtschaft beispielsweise, die da unten arbeitet, auch klare Verabredungen trifft, was auch die Situation in Katar betrifft, wie sie ihre eigenen Leute behandeln, wie ihre Einstellungspolitik in Katar ist und sich da auch im Prinzip einen Kodex entsprechend geben. Wir haben Vereinbarungen beispielsweise mit VINCI gemacht, davon ist die EUROVIA eine deutsche Tochtergesellschaft. Das betrifft 20 000 Arbeitnehmer in Katar, das heißt, das ist ein Fortschritt. Die multinationalen Unternehmen verändern teilweise auch ihre Politik, so wie PORR und andere Firmen. Und natürlich überprüfen wir dann auch, was ist denn bei den deutschen Firmen, die dort arbeiten, und da kann ich beispielsweise für ZÜBLIN sagen: absolut sauber und vorbildlich als deutsches großes Unternehmen dort unten. Der DFB hat natürlich vor allen Dingen eine Rolle innerhalb der FIFA. Wir haben damals Boykott geschrien, aber dann im Prinzip unsere Politik verändert. Ich bin heute sogar dankbar, dass die FIFA die Fußball-Weltmeisterschaft nach Katar vergeben hat, weil wir über Katar noch nie so eine große Diskussion über das Thema Menschenrechte und Arbeitsrechte hatten vor solchen Sportevents. Das ist zumindest schon einmal positiv. Der DFB muss natürlich mehr Druck innerhalb der FIFA machen als größter Sportverband der Welt und kann natürlich auch über eigene Projekte, die er in Katar installiert, vielleicht gemeinsam mit den Katarer auch ein Zeichen setzen. Wir haben hier gehört, dass der DFB das Arbeiterzentrum auch unterstützt.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Schäfers. Damit wäre die erste Fragerunde erst einmal beendet und ich würde die Fraktion der CDU/CSU darum bitten.

Abg. Stephan Mayer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zunächst einmal bei allen Sachverständigen ganz herzlich bedanken für das sehr differenzierte Bild, das sie dargestellt haben bezüglich der Menschrechtssituation, bezüglich der



Arbeitsbedingungen von Gastarbeitern in Katar. Es ist doch deutlich geworden, dass sich in den letzten Jahren, insbesondere seit 2017, einiges verbessert hat, was die Abschaffung bzw. die Reform des Kafala-Systems anbelangt und – der Begriff ist ja auch gefallen –, dass Katar in der Golfregion ein Leuchtturm ist, was die Gewährleistung und die Verbesserung der Menschenrechtssituation, aber vor allem die Arbeitsbedingungen der Gastarbeiter anbelangt. Aber es ist auch unstrittig, dass es natürlich noch erhebliche Defizite gibt, was die Umsetzung und den Vollzug des neuen Rechts oder der neuen Gesetzgebung, die zwar formal-juristisch geschaffen wurde, aber in der Realität noch nicht angekommen ist. Ich möchte schon behaupten, dass diese Veränderungen, und man kann sie auch klar als Verbesserungen bezeichnen, nicht eingetreten wären, wenn Katar nicht den Zuschlag bekommen hätte für die FIFA-WM in diesem Jahr. Wir stehen jetzt viereinhalb Monate vor Beginn der FIFA-WM und ich möchte auch den Ball aufgreifen, den einige von Ihnen ja, Herr Schäfers, Sie haben gesagt: „Die katarische Regierung ist ein verlässlicher Partner, sie halten sich auch an Vereinbarungen“. Es ist auch von mehreren Sachverständigen gesagt worden, sie nehmen auch unsere Wünsche, unsere Forderungen ernst, sie haben ein offenes Ohr. Mich würde jetzt interessieren, einmal beispielhaft von Herrn Dr. Sons und von Herrn Bauer, wie denn jetzt insbesondere diese kommenden viereinhalb Monate vor Beginn der Fußball-WM genutzt werden können. In der zweiten Jahreshälfte ist die FIFA-Fußball-WM, neben den European Championships in München – aber da ist die Menschenrechtssituation im Großen und Ganzen ganz in Ordnung – das zentrale Sportgroßereignis. Mich würde interessieren: Wie können wir seitens der Öffentlichkeit, aber natürlich auch der Politik diese viereinhalb Monate nutzen, gemeinsam mit der katarischen Regierung diese Defizite, die unstrittig immer noch vorhanden sind, nach Möglichkeit, ich würde nicht sagen komplett abzuschaffen, aber zu reduzieren? An Frau Generalsekretärin Ullrich die konkrete Frage: Was unternimmt denn der DFB jetzt in den kommenden viereinhalb Monaten im Vorfeld der WM, aber dann auch während der WM, wenn sich die deutsche Delegation im Land befindet, um auf diese Defizite, was die Menschenrechtssituation anbelangt, was die Demokratiedefizite anbetrifft, was Defizite bei den

Arbeitsbedingungen anbelangt, auch nach Möglichkeit auf gleicher Augenhöhe mit der katarischen Regierung anzusprechen bzw. dann auch zu revidieren? Es war zu hören, dass der DFB-Präsident gemeinsam mit der Bundesinnenministerin noch im Vorfeld nach Katar reisen wird. Aber mich würde interessieren, was der DFB insgesamt, die Delegation vorhat, während des Aufenthaltes insbesondere hier auch noch mögliche Verbesserungen anzustoßen.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Sons, Herr Bauer, Frau Ullrich, 7:50 Minuten Zeit.

Dr. Sebastian Sons (CARPO): Vielen Dank für die Fragen. Zwei Punkte, die ich jetzt ausführen will, es gibt natürlich deutlich mehr. Zum Ersten, die Diskussion über Katar so differenziert und so konstruktiv wie möglich führen. Dass Katar nicht nur im Menschenrechtsbereich bestimmte Verbesserungen angestoßen hat und auch darüber zu diskutieren, warum Katar das macht, um dann auch politisch zu wissen: Welche Höhe haben wir denn überhaupt? Katar und Deutschland müssen in der Zukunft, ich hatte es gesagt, enger zusammen arbeiten und deswegen muss sich die deutsche Bundespolitik überlegen, welche Instrumente Deutschland zur Verfügung hat. Entwicklungspolitik ist mit Sicherheit ein Hebel, in dem Katar auch sehr intensiv tätig ist, wo man auch in der Region bestimmte Projekte implementieren kann, in denen beide Länder teilweise einen ähnlichen Ansatz verfolgen, als ein Beispiel. Breitensport ist ein weiterer Punkt, wo mit Sicherheit auch einiges getan werden kann, um jetzt nur zwei zu nennen. Und ich glaube, dass diese Zeit jetzt genutzt werden kann, um eine solche Diskussion auch öffentlich zu führen. Ich beschäftige mich seit über zehn Jahren mit der Golfregion, mit Saudi-Arabien, Katar etc. und bisher war die Diskussion in der Öffentlichkeit doch entweder sehr stark von Stereotypen geprägt oder von Unwissen. Das ändert sich durch die WM glücklicherweise und ich glaube, wir müssen diese Chance jetzt auch nutzen, um tatsächlich über die WM hinauszublicken und diese Golfstaaten als das zu nehmen, was sie sind, nämlich das Herz in der Region. Die Veränderungen, die sich dort auf sehr heterogene Weise entwickeln, werden nicht zu einer Demokratisierung führen. Sie werden zu einer Liberalisierung in bestimmten Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft führe. Und diese Tendenzen, diese



Strategien, die dort angelegt werden, nicht nur in Katar, sondern auch in Ländern wie Saudi-Arabien, die müssen wir stärker verfolgen, um da Instrumente zu entwickeln, die tatsächlich auch dazu führen, dass wir Themen wie Menschenrechte stärker platzieren können. Ich glaube, dass es über Felder, die ich gerade genannt habe, möglich ist. Und ich glaube, dass es auch möglich ist, weil wir momentan eine nationale Sicherheitsstrategie im Auswärtigen Amt entwickeln, wo zum Beispiel die Rolle der Golfstaaten vielleicht auch mit einfließen sollte, und weil die EU vor wenigen Wochen ein neues Papier, eine neue Strategie zum Umgang mit den Golfkooperationsratsstaaten erlassen hat, wo viele, viele Punkte der Zusammenarbeit drin stehen, an dem sich Deutschland in gewisser Weise orientieren könnte, um dann tatsächlich auch nachhaltig eine Strategie im Umfang mit den Golfstaaten zu entwickeln, was in den letzten Jahren schlichtweg nicht passiert ist. Diese Strategie darf sich nicht nur auf Katar beziehen, weil es ist ein sehr, sehr kleines Land, sondern es muss sich eben auch auf die anderen Länder beziehen, auf Saudi-Arabien, auf die Vereinigten Arabischen Emirate, auch auf Länder wie Kuwait oder Oman. Sehr heterogene Akteure, die wir oftmals in einen Topf werfen. Und ich glaube, es ist Zeit, jetzt durch die WM hier den Blick zu schärfen, um zu schauen: Was kann Deutschland aufgrund des Zwangs, den wir haben, machen und wo liegen auch unsere Grenzen?

Der **Vorsitzende**: Danke Herr Dr. Sons. Ich würde Herrn Bauer gleich anschließen.

Florian Bauer: Ich würde sehr gerne das unterstützen, was Sie, Herr Dr. Sons, gesagt haben. Mein Eindruck ist der gleiche, dass man seit der WM doch relativ locker flockig darüber hinweg geht. Jetzt kriegt man was mit von Gastarbeitern und jetzt fällt einem irgendwie ein, dass man gerne für die kämpfen möchte. Und das ist etwas, was eben nicht nur katartypisch ist, sondern eben in vielen Ländern, nicht nur am Golf, sondern natürlich auch weltweit eine große Rolle spielt. Ich wundere mich über doch einige Punkte, die ich hier gerne, Herr Mayer auf Ihre Frage, teilen möchte. Ich wundere mich, dass die Menschenrechtsorganisationen das Thema Katar nicht viel breiter aufziehen und beispielsweise nicht auch die Golfregion insgesamt da viel stärker ins Schaufenster stellen. Wir wissen ja sehr genau, was passiert in Saudi-Arabien mit

den ganzen Hausangestellten. Die Situation der Gastarbeiter/-innen, vor allem aber Gastarbeiter in Saudi-Arabien ist genau die gleiche wie in Katar, in großen Teilen deutlich schlechter noch. Das sind Dinge, die Sie als Menschenrechtsorganisation deutlich besser wissen als wir Journalist/-innen. Da würde ich mir schon wünschen, dass Sie die Chance auch nutzen, um das noch stärker mit dieser WM in den Blick zu rücken. DFB habe ich vorhin schon gesagt. Ich bin sehr gespannt, Frau Ullrich und der DFB und die Nationalmannschaft, wo wir Sie denn dann sehen werden, also nicht nur Sie, Frau Ullrich, sondern auch die Nationalmannschaft, ob Sie sich tatsächlich Arbeiterunterkünfte anschauen werden, die das WM-Organisationskomitee Ihnen zeigen wird und, das darf man gerne auch mal sagen, die tatsächlich teilweise kooperativer sind, als man das manchmal denkt. Uns wurden teilweise auch schlechte Unterkünfte gezeigt, aber natürlich zeigen die Ihnen eben nicht alles. Und dann ist schon die Frage, ob Sie als Nationalmannschaft nicht einfach mal mit dem Team in die Industrial Area fahren und sich das Ganze mal vor Ort anschauen und Sie nehmen einen Pulk von Journalist/-innen mit. Das würde ich mal gerne sehen, wie dann die Berichterstattung während der WM ist. Den Hinweis auf die Sponsoren habe ich schon gegeben. Adidas ist, als ich das das letzte Mal gecheckt habe, glaube ich, ein langjähriger großer Sponsor des DFB und wenn ich mich nicht irre auch der WM. Insofern ist da doch die Frage, ob dann vielleicht die Sponsoren oder Sie als DFB möglicherweise zusammen mit Adidas nicht noch auf die eine oder andere Idee kämen. Aber ich bin ja Gott sei Dank nicht beim DFB angestellt. Und der letzte Blick ist die Idee während der WM, also da kann ich nur jedem raten: Augen auf. Denn was da dann tatsächlich vor Ort passiert mit Menschen, die homosexuell, die transsexuell etc. sind, das möchte ich dann mal gerne sehen. Und ob dann wirklich genug Journalist/-innen dort sind, die auch da hinschauen und die dann im Zweifel auch tatsächlich darüber frei berichten können, das würde ich gerne sehen dann.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Bauer. Ich bitte Frau Ullrich.

Heike Ullrich (DFB): Ich versuche es schnell zu machen. Verschiedene Ebenen: a) Information, uns schlauer machen, und wenn ich „uns“ meine, dann sind das diejenigen, die im DFB Verantwortung



tragen. Auch hier politische Verantwortung zu übernehmen und schlauer zu machen, heißt aber auch, das Team, was vor Ort spielen wird, schlauer zu machen. Wir hatten hier mehrere Kontaktpunkte auch gerade mit NGOs, Amnesty, Human Rights Watch, die sich mit der Mannschaft getroffen haben. Das Interesse bei unserer Mannschaft, aber im Übrigen auch bei anderen Mannschaften, ist sehr groß. Hier a) zu lernen, sich zu informieren und b) dann auch zu überlegen, welche Zeichen kann man selber setzen. Was die Zeichensetzung der Mannschaften angeht, versuchen wir gerade, die Ideen zu sammeln. Hier gibt es, interessanterweise auch von den Mannschaften selbst, unterschiedlichste Ideen. Wenn ich von den Mannschaften spreche, dann gehe ich jetzt wieder von den europäischen Nationalverbänden aus. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Herbst, wenn es geht, konsolidierte Ideen wirklich gemeinsam vorzutragen und nicht in einen Wettbewerb ausarten zu lassen, welche europäische Mannschaft nun das schönste oder das mutigste Zeichen setzt. Ich gehe fest davon aus, dass auch die Mannschaften selber Zeichen setzen. Und wir wollen aber hier ganz bewusst mit den Mannschaften diese Gedanken entwickeln und ihnen nicht Dinge vorgeben, denn sie haben eine eigene Stimme. In der Tat hat Nancy Faeser das ja auch angekündigt, es fühlen sich ja auch noch einige andere politische Vertreter eingeladen, vor Ort Fragen zu stellen, wo in der Tat auch mein Gefühl war, dass hier neben der Stimme des Sports vielleicht eine Unterstützung auch der Politik sinnvoll ist, sei es in Gesprächen mit den Ministerien vor Ort, dem Außenministerium, dem Innenministerium etc. Wir haben die Fragen jetzt genau nach verdichtenden Themen wie Einführung Migrant Centre und auch angemessene Entschädigungsprogramme gestellt. Das sind auch die Fragen, auf die wir uns konzentrieren wollen in der UEFA-Familie, um hier wirklich dann auch hoffentlich sichtbare und messbare Erfolge nachhaltig zu implementieren, weil wir glauben, dass das zwei Themen sind, die in der Tat dann auch nachhaltig sehr stark wirken können. Vor Ort wird es dann von unserer Delegation auch weiterhin genau diese Fragestellung geben, also a) Treffen und b) bin ich mir sehr sicher, dass unser Präsident als Delegationsleiter, so wie Sie ihn, so wie wir ihn alle kennenlernen, sich vor Ort sehr klar ein Bild machen möchte von der Situation der Mitarbeiter/-

innen vor Ort unterschiedlichster Art, beispielsweise Wohnverhältnisse. Wir reden jetzt immer nur von den Wohnverhältnissen auch der Mitarbeiter, die wir im Kopf haben, aus den Construction Areas, ich hatte aber vorher auch erwähnt, der Bereich der in Privathaushalten tätigen Kolleginnen und Kollegen. Das sind, denke ich, die Punkte, denen wir vor Ort dann auch nochmal aktuell nachgehen wollen. Was machen wir als DFB darüber hinaus? Wir haben jetzt gerade sehr erfolgreich, wie ich finde, ein Female Leadership Programm in Jordanien durchgeführt zusammen mit der GEZ und würden gern auch, wir überlegen gerade, wann der richtige Zeitpunkt ist, ob vor einer WM oder vielleicht sogar nach der WM dann, ein solches Female Leadership Programm in Katar durchführen, gerne dann auch mit unterschiedlichsten Arten von Female Leaders, zum Beispiel auch mit Migrant Workers, denn auch hier gibt es bereits Female Leaders, und sind hier dabei, das Konzept aufzusetzen, also auch ganz sichtbare Aktivitäten vor Ort zu stärken. Also wir versuchen schon die Ideen, die Gedanken der UEFA-Teilnehmer zusammenzuführen, sie zu clustern. Und die Themen Migrant Working Centres und angemessene Entschädigungsprogramme nachhaltig zu installieren, sind hier die Schwerpunktthemen. Ich kündige an, ich bin mir sehr sicher, es wird Signale auch aus den Mannschaften heraus geben. Und es ist selbstverständlich auch unsere Verpflichtung, wenn wir dann vor Ort sind, entsprechend zu schauen, wie sich die Dinge entwickelt haben und wo wir nachhaltig unseren Beitrag leisten können. Die UEFA Working Group wird auch im nächsten Jahr noch einmal runtergehen und schauen, was sich entwickelt hat. Wir verständigen uns von Schritt zu Schritt, ob wir dann vielleicht noch einmal runtergehen, also wir wollen uns auch noch nicht festlegen, wann unsere Arbeit in der Working Group beendet ist. Vereinbart ist, auf alle Fälle nächstes Jahr im Frühjahr frühestens den Abschluss zu finden – Ende aber offen, wenn wir das Gefühl haben, wir helfen, indem wir noch einmal zu einem weiteren späteren Austausch einem Dialog dann beitragen können.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Ullrich. Ich bitte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um die erste Fragerunde.

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):



Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Sachverständige, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, die, glaube ich, sehr divers gewesen sind und undemontsprechend auch wirklich umfangreich weitergebracht haben. Ich würde ganz gern zu Beginn erst einmal festhalten, dass nach jetzigem Stand die Vergabe der Fußball-WM nach Katar, zumindest zum Zeitpunkt Ende 2010, sicherlich als Fehler zu bewerten ist. Die positive Veränderung lag ja nicht kausal an der Vergabe der WM nach Katar, sondern lag tatsächlich am Druck der Zivilgesellschaft und den jeweiligen Organisationen, einige sind ja auch hier vor Ort, die dann sich nachhaltig für die Veränderung eingesetzt haben, und hat ja auch erst im Jahr 2017 begonnen und demontsprechend sieben Jahre hatten wir da tatsächlich erst einmal keine Veränderung. In der Zeit wäre es ja durchaus möglich gewesen, beispielsweise auch die Zustände auf den Baustellen der WM-Stadien zu verbessern. Ich finde es auch etwas bedauerlich, dass kein Vertreter, keine Vertreterin des Organisationskomitees trotz Einladung den Weg nach Berlin gefunden hat hier in die Runde. Das wäre, glaube ich, noch einmal ein ganz schönes Zeichen gewesen auch des Austausches. Wir müssen uns dann in den nächsten Monaten noch einmal über die Prinzipien der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen unterhalten. Das ist ja eine Debatte, die jetzt auch anstehen wird. Dennoch, und das kam ja jetzt auch hier aus den zahlreichen Beiträgen hervor, müssen wir das öffentliche Interesse für die Situation in Katar nutzen, um Verbesserungen herbeizuführen, auch weil wir durch die neue Energiekooperation oder auch die Kooperation in Bezug auf geflüchtete Menschen in Afghanistan nun auch verstärkt im wirtschaftlichen Bereich zusammenarbeiten. Hierbei sind für uns die folgenden fünf Felder zentral: 1. Menschenrechte für alle, insbesondere Frauen und LGBTIQ. 2. Versammlungs- und Pressefreiheit sowie voller Zugang für alle Journalistinnen und Journalisten zu den Orten, die sie interessieren. 3. Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer/-innen. 4. Kritik an der Unterstützung von Terrorismus durch Katar. Das kam heute noch nicht auf, ist, glaube ich, aber auch eine wichtige Sache. Insbesondere Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel sind zu verurteilen. 5. Umweltschutz, auch wenn das natürlich vor dem Hintergrund der umfangreichen Neubauten und der klimatisierten Stadien durchaus zynisch sein mag, aber ich glaube, auf dem Feld haben wir durchaus

noch Möglichkeiten. Die erste Frage an Luise Amtsberg würde ich gerne stellen: Was tun die deutsche Botschaft in Katar und das Auswärtige Amt, um während der WM insbesondere Frauen und LGBTIQ zu schützen und zu unterstützen? Gibt es diesbezüglich Absprachen mit der katarischen Regierung, dem Organisationskomitee oder der FIFA?

Der **Vorsitzende**: Frau Amtsberg, bitte.

Abg. **Luise Amtsberg** (MRHH-B): Danke. Absprachen so in der Form nicht, aber ich glaube, es ist erst einmal wichtig zu gucken, was können wir als Bundesregierung ganz grundsätzlich tun, um Fans, Athleten und Athletinnen und alle Menschen, die unter Druck geraten, bestmöglich zu unterstützen. Da ist natürlich die konsularische Arbeit der Botschaft vor Ort relevant. Da gibt es jetzt ein paar Ansatzpunkte, die Präsenz des Personals der Rechts- und Konsularabteilung aufzustocken. Es gibt die Überlegung oder ist, glaube ich, sogar schon beschlossen, dass es ein internationales Konsularzentrum, von Katar geplant, geben wird. Das ist natürlich auch zu bespielen und zu bestücken, damit auch während der Veranstaltungen vor Ort Personal da ist, das sich mit etwaigen konsularischen und damit verbunden – auch menschenrechtlichen – Fragen auseinandersetzen kann. Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, und das ist im Kontext Olympia natürlich der Fall gewesen und auch sehr relevant gewesen, dass es eine Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit gibt. Ich sage mal, das ist jetzt von der Seite kommend, was können wir tun, wenn Menschenrechte verletzt werden, wenn die bürgerlichen Freiheiten von Menschen, Staatsbürger/-innen aus Deutschland, Fans und Athletinnen und Athleten verletzt werden? Es ist, glaube ich, wirklich zentral, dass wir da auch rund um die Uhr präsent und erreichbar sind mit ausreichendem Personal. Wir haben natürlich darüber hinaus eine ganze Reihe von vorbereitenden Maßnahmen mit auf den Weg gebracht, also Leitfäden für Fans, für Athletinnen und Athleten, die natürlich eng geknüpft sind an die Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes. Aber, und das berührt dann sozusagen Deine Frage auch, es ist natürlich so, dass wir von rechtlicher Seite die Reisehinweise nicht ändern können, wenn von der katarischen Seite nicht tatsächlich eine rechtliche Änderung der Gesamtlage entsteht. Und ich habe auch natürlich schon Gespräche geführt mit der



katarischen Seite. Allein die Ankündigung, dass alle willkommen sind, die reicht nicht, um die Reise- und Sicherheitshinweise entsprechend anzupassen. Das heißt, da werden wir auch ein sehr klares, differenziertes und auch sehr deutliches Bild zeichnen müssen. Ob man das konkretisieren kann, was es eigentlich bedeutet, da gibt es auch Gespräche und Diskussionen, so wie ich es wahrnehme, innerhalb der katarischen Regierung, wie man das besser belegen und auch rechtlich unterfüttern kann. Darauf würde das Auswärtige Amt dann entsprechend auch reagieren. Zu der ganzen Frage zu Anlaufstellen und Hotlines für die Menschen vor Ort, sollte irgendetwas Menschenrechtsunkonformes passieren und Unterstützung notwendig sein, das können wir sicher auch noch ausbauen, da wird es auch Gespräche geben. Auch ich werde im Vorfeld natürlich nach Katar reisen mit dem Blickpunkt Menschenrechtspolitik, auch breiter natürlich. Ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass wir jetzt auch im Vorfeld mit den Sportverbänden, aber auch den Fanvereinigungen Gespräche führen, dass wir aufklären und informieren. Das ist natürlich auch ein Stück weit die Aufgabe der Bundesregierung, aber nicht nur alleine, sondern in Zusammenarbeit mit FIFA, mit den Sportverbänden. Die Frage nach den Gastgebern vor Ort, wie die eine Informationspolitik machen, die bleibt da auch zentral. Also auf diesen Bereichen oder Feldern bewegen wir uns da jetzt. Aber ich glaube, die konsularische Betreuung und Präsenz vor Ort wird sehr zentral werden bei dieser WM.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Amtsberg. Noch eine kurze Nachfrage?

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe mich sehr über die Ausführungen von Heike Ullrich, des DFB, gefreut. Das, finde ich, waren zwei wichtige Punkte. Herr Neuendorf hatte das ja auch bereits im April einmal ins Spiel gebracht, die Entschädigung der Arbeiter/-innen auf den WM-Baustellen voranzubringen. Hier wollte ich noch einmal konkret nachfragen, ob es da auch schon erste Erfolge gibt und ob der DFB sich beispielsweise auch eine eigene finanzielle Beteiligung vorstellen kann oder welche Überlegungen es diesbezüglich gibt.

Der **Vorsitzende**: Frau Ullrich noch einmal kurz.

Heike Ullrich (DFB): Sehr gern. Wir haben das

Thema ganz konkret auch jetzt bei unserem Besuch angesprochen. Diese Haltung ist keine reine DFB-Haltung, sondern auch hier haben wir eine Verständigung aller Beteiligten der Working Group gesehen, dass wir uns hierfür einsetzen wollen. Die FIFA saß selbst auf operativer Ebene auch mit am Tisch, hat die Punkte aufgenommen und hat uns bestätigt, dass sie das Thema für sich intern diskutierten, durchaus auch weiter diskutieren. Weil wir reden jetzt über Katar, aber es gibt auch hoffentlich weitere große Sportveranstaltungen und Weltmeisterschaften, die auszutragen sind. Insofern ist das ein Thema, das, so wie ich es verstanden habe, auch grundsätzlich angegangen werden soll, wie man hier zu Entschädigungsmöglichkeiten kommt. Und wir hoffen, hier auch im Sommer noch konkretere Rückmeldungen in den nächsten Wochen von der FIFA zu erhalten, anhand deren konkreter Maßnahmen wir dann auch weiter in den Dialog mit der FIFA gehen können. Würde sich der DFB hier anhängen, war die zweite Frage. Ja, wir haben auch erste Gedanken, wie man dann selber auch unterstützen könnte, aber wir sehen, Schritt 1 ist erst einmal zu gehen, dass wir auch die FIFA im Lead sehen als organisierende, koordinierende Ausrichterstelle.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Ullrich. Ich würde dann die Fraktion der AfD darum bitten, ihre Fragen zu stellen.

Abg. **Jörn König** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kollegen. Danke an alle Sachverständigen für die Ausarbeitung und für Ihre Eingangsstatement, das war sehr interessant und auch ein sehr breites Spektrum. Wir bedauern auch sehr, dass es kein Vertreter des WM-Organisationskomitees hierher geschafft hat trotz Einladung. Davon kann man halten, was man will. Insgesamt habe ich erstmal zwei Fragen in der Runde und zwar an Florian Bauer. Es wurde jetzt hier von mehreren Seiten bestätigt, dass es seit der WM-Vergabe an Katar Verbesserungen gab. Andererseits hat jetzt Amnesty International in ihrem Statement geschrieben, dass diese schon wieder teilweise rückläufig seien. Sie sind nun, ich würde fast sagen, ein intimer Kenner des Landes. Wie sehr können Sie die Entwicklungen a) in die positive Richtung beobachten und b) können Sie bestätigen, dass es jetzt zum Teil wieder rückläufig wird? Und wie groß sind aus Ihrer Sicht die Chancen, dass sich diese positive Entwicklung nach der Fußball-



WM fortsetzt? Wir haben 2024 in Katar Schwimm-WM. Das ist sicherlich nicht vergleichbar, aber Katar will sich ja weiter als Sportstandort positionieren.

Der **Vorsitzende**: Herr Bauer, ich bitte um die Antwort.

Florian Bauer: Danke. Die positive Entwicklung ist natürlich die, dass einfach rechtlich es einfach ganz andere Rahmenbedingungen als vor zehn Jahren gibt, das heißt also, rechtlich dürfen Arbeiter eben jetzt deutlich theoretisch mehr als vorher. Das heißt also, theoretisch dürfen die Arbeitgeber ihnen die Pässe nicht mehr abnehmen, theoretisch ist die Arbeitsplatzveränderung viel leichter möglich als vorher, wo das eben nicht möglich war, weil im Kafala-System eine Art von Leibeigenschaft herrschte, das heißt wenn sie bei einem Arbeitgeber gearbeitet haben, dann hat der... *(unverständlich; schlechte Übertragung)* ...nach Hause geschickt. Das alles ist theoretisch jetzt erleichtert. Auf dem Papier merken Journalisten und Journalistinnen, die sich da weiter mit beschäftigen, die Menschenrechtsorganisationen genauso, dass eben das dann doch nicht so funktioniert, wie das Gesetz es eigentlich hergibt. Das hat mit ganz vielen Dingen zu tun, die teilweise Amnesty International auch ausgeführt hat. Das heißt also, die Umsetzung der Reformen on the Ground sind – mein Eindruck ist – marginal weiterhin. Es ist natürlich trotzdem ein großes Zeichen, weil dieses Kafala-System ist ja nun einmal nicht nur in Katar, sondern in der gesamten Region gültig. Und wenn jetzt ein wichtiger Player wie Katar sich vornimmt, zumindest nach außen hin, das Kafala-System abzuschaffen...wobei wir davon wirklich weit, weit weg sind, auch wenn schon 2014 eine Zeitung in Katar das nach einer Pressekonferenz, auf der wir selbst waren, damals getitelt hat, davon sind wir wirklich weit weg. Aber natürlich ist allein diese Ankündigung schon einmal eine Veränderung, die in dieser Region, so wie Herr Dr. Sons es auch schon gesagt hat, natürlich ein deutlicher Schritt nach vorne ist. Die Frage, die jetzt gestellt werden muss, ist ja die, inwiefern das Ganze eben nachhaltig ist. Und das führt ja zu Ihrer zweiten Frage und da, glaube ich, muss man sich doch mal ehrlich machen. Waren Sie, war irgendjemand von Ihnen noch einmal in Athen und hat sich die Olympiabauten der Olympischen Spiele von 2004 angeschaut? Waren Sie im Zweifel

irgendwie noch einmal in Peking und haben mal geguckt, was aus der Tischtennishalle geworden ist, wo 2008 bei Olympia gespielt wurde? Das passiert natürlich eher weniger, das heißt, wie viele Journalistinnen und Journalisten, wie viele Politiker/-innen von Ihnen, von uns gibt es, die tatsächlich hinterher auch nachschauen? Da gibt es natürlich eine gewisse Hoffnung der wahrscheinlich in diesem Fall interessierten Öffentlichkeit, dass das in Katar insofern stärker der Fall ist, weil es eben die Agenda 2030 gibt und weil natürlich auch der Emir und schon vorher sein Vater, Sheik Hamad, natürlich schon sehr stark dieses Land Richtung Westen und auch Richtung Verwestlichung getrieben hat, so wie das wenige arabische Länder in dieser Geschwindigkeit getan haben. Und das ist auch der Grund dafür, warum viele in Katar dieses Tempo nicht mitgehen wollen und gerade auch viele alteingesessene Familien da ganz klar dem Emir ein Stopp-Zeichen aufgezeigt haben und viele der Dinge, die der Emir wahrscheinlich auch machen wollte in den letzten Jahr, so einfach nicht umsetzbar waren. Insofern wäre ich doch sehr vorsichtig zu glauben, dass die angedachten und im Moment auch veröffentlichten Reformen auch tatsächlich sehr stark implementiert werden. Noch ein Hinweis zu dem, was Sie, Frau Ullrich, gerade gesagt haben, weil wir das selbst erlebt haben, weil das ja gerade die Frage der Grünen war. Wenn es einen Fonds geben sollte, ob von der FIFA, ob von den katarischen Behörden, ob unterstützt vom DFB oder der Regierung, dann ist die Hauptfrage hier ganz klar: Wie kommen die Beteiligten, die das eigentlich bekommen sollen, an dieses Geld? Denn Sie müssen sich vorstellen, diese Menschen leben in Nepal, in Bangladesch, in Pakistan, auf den Philippinen, sind in großen Teilen wieder zurück in ihren Ländern, wissen im Zweifel von diesem Fonds nichts, haben teilweise überhaupt keine Bankkonten, wissen häufig nicht, wie man da ran kommt. Und deswegen müsste man schon wirklich sicherstellen, dass das Geld am Ende auch ankommt. Auch mit dem Hinweis auf etwas, das wir selbst im Jahre 2014 erlebt haben, nämlich die groß angelegte Ausbeutung der Arbeiter der Olympiabauten von Sotschi, über die Human Rights Watch, Amnesty und wir in der ARD sehr intensiv berichtet haben. Aufgrund dessen gab es dann einen Fonds des IOC von mehreren Millionen Euro für diese Gastarbeiter, vor allem aus den STAN-Ländern, also Tadschikistan



etc. Und ein Großteil dieser Gelder ist niemals bei den Arbeitern angekommen. Wie auch? Die wurden von Russland aus dem Land geworfen und niemand wusste mehr, wo sie sind, und die wussten nicht, wie sie an das Geld kommen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Bauer. Ich bitte um die erste Fragerunde der Fraktion der FDP.

Abg. **Bernd Reuther** (FDP): Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich habe zwei Fragen. Die erste richtet sich an Herrn Dr. Sons und auch an Herrn Bauer, der ja erst gerade das Thema Nachhaltigkeit schon angesprochen hat. Wie bewerten Sie die Nachfolgenutzung der Sportstätten zu der WM? Ist ja auch ein heiß diskutiertes Thema. Und die zweite Frage an Herrn Schäfers, da geht es auch um Infrastruktur, allerdings nicht um die Stadien, sondern es wurde ja auch sehr viel in den ÖPNV investiert. Die Metro in Doha, wie war dort die Situation der Arbeiter/-innen? Da sind ja auch eine Reihe von europäischen Bauunternehmen beteiligt. Und wie sehen Sie da die Folgenutzung des ÖPNV nach der WM, auch gerade mit Blick auf die Arbeiter/-innen und weitere Teile der Bevölkerung. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Also die Einschätzungen dann von Herrn Dr. Sons, Herrn Bauer und Herrn Schäfers.

Dr. Sebastian Sons (CARPO): Kurze Einschätzung zum Thema Nachhaltigkeit. Natürlich brüstet sich Katar damit, dass es eine nachhaltige, eine ökologische WM ist. Dazu muss man allerdings sagen, dass in allen Golfstaaten momentan nicht nur Greenwashing, sondern einfach auch die Tendenz, den Einsatz von erneuerbaren Energien und von grüner Technologie auch als legitimierendes Machtinstrument zu nutzen, überall vorherrscht. In Katar, in Saudi-Arabien, auch in Ländern wie Ägypten. Die jetzige COP wird das wieder zeigen. Das heißt, man muss hier Rhetorik und Propaganda und Realität definitiv auseinanderhalten. Ohne Frage wird die Nachhaltigkeit ein großes Problem sein. Die Temperaturen im November sind natürlich deutlich angenehmer als jetzt, wenn man jetzt die WM hätte stattfinden lassen. Das wird definitiv ein Faktor sein. Aber darüber hinaus ist der Strom- und Wasserverbrauch in Katar einer der höchsten der Welt. Das wird sich auch während der WM nicht ändern. Insbesondere solche Großevents sind ja grundsätzlich nicht ökologisch durchführbar. Wenn man sich anschaut, dass allein die

Flugtransfers massiv zunehmen werden. In den letzten Wochen haben alle Anrainerstaaten, Saudi-Arabien, die VAE und andere angekündigt, bis zu 60 Flüge am Tag stattfinden zu lassen, damit Fans aus diesen Ländern nach Katar hinfliegen, das Spiel schauen und wieder zurückfliegen können, einfach weil es zu wenig Unterkünfte in Katar gibt. Das ist natürlich ein enormes ökologisches Problem, gar keine Frage. Zum öffentlichen Nahverkehr vielleicht nur ein Satz. Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ist bei bestimmten Bevölkerungsschichten in Katar durchaus da, das funktioniert. Insbesondere natürlich auch bei den vielen Expatriates, die in Katar leben, so dass sich das ja auch schon vor der WM in bestimmten Bereichen etabliert hat.

Dietmar Schäfers (BHI): Wir haben ja die Bahnstrecke nicht inspizieren können im Rahmen der Vereinbarung, die wir hatten. Aber wir haben natürlich ein Stückchen Übersicht und auch Kontakte mit Arbeitnehmern oder auch teilweise mit Führungspersonen auf der Baustelle. Die Deutsche Bahn war auch irgendwo maßgeblich beteiligt. Also die Erfahrungen, die wir mit dem Bau der ÖPNV-Strecke gehabt haben, sind so, dass keine großen Unfälle oder sonstige Vorkommnisse waren. Wenn mal was passiert, ich sage das mal so, dann ist das da, wo die großen Multis aus Europa beispielsweise mit beteiligt sind. Dann sind das die ganz normalen Dinge, die Sie tagtäglich im deutschen Baugewerbe hier in Deutschland auch erleben, nämlich unterschreiten von Mindestlöhnen, Lohnzahlungen, die nicht erfolgen, und auch sonstige Dinge. Damit will ich nichts entschuldigen, nicht dass ich falsch verstanden werde. Die Folgenutzung, Herr Sons hat ja schon einiges dazu gesagt. Mittlerweile ist es ja auch möglich seit einiger Zeit, seit einigen Jahren, dass man Wanderarbeiter auch im Stadtbild sehen kann, was vorher überhaupt nicht gewünscht war in Doha. Der Katarer an und für sich wird sich daran gewöhnen müssen, mit der U-Bahn zu fahren. Der steht lieber im Stau im Auto, aber vielleicht braucht der auch ein 9-Euro-Ticket.

Der **Vorsitzende**: Herr Bauer, ganz kurz vielleicht noch.

Florian Bauer: Gerne. Also das, was Sie zu den Stadien gesagt haben, Herr Dr. Sons, würde ich 100 Prozent unterstreichen. Es gab ja in der Bewerbung den ganz klaren Hinweis, dass ein



Großteil der Stadien hinterher wieder zurückgebaut wird, zum Teil um ein Level, das heißt also, dass Stadien, die 40 000 bis 60 000 Zuschauer haben, hinterher 20 000 Zuschauer haben. Dieses Konzept ist jetzt deutlich verkleinert worden. Außerdem sollten mehrere Stadien komplett abgebaut werden und in Entwicklungsländer auf Kosten der Katarer verschifft werden. Da habe ich bis heute keine zufriedenstellende Antwort der katarischen Behörden und des WM-OK bekommen, ob das tatsächlich so kommen wird. Ich bin im September noch mal da und dann werden wir sicherlich noch mal nachfragen. Da werde ich auf jeden Fall ein Auge drauf haben. Vielleicht noch ein Hinweis zu dem, was Herr Dr. Sons gesagt hat, dass der Verbrauch in dem Land so groß ist. Nur so ein kleiner Hinweis, das wollen die Katarer ungern, dass man das veröffentlicht. Aber Wasser und Strom kosten eben auch nichts. Kein Katarer zahlt für Wasser und Strom in diesem Land. Das heißt, es ist völlig egal, wieviel er davon nutzt. Das ist eine Info, die ungern veröffentlicht wird.

Der **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Diskussionen der ersten Fragerunde. Wir würden dann zur zweiten Fragerunde kommen, uns stehen dort 32 Minuten zur Verfügung. In der Verteilung bedeutet das neun Minuten für die Fraktion der SPD, acht Minuten für die Fraktion der CDU/CSU, fünf Minuten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vier Minuten für die Fraktion der AfD und drei Minuten für die Fraktion der FDP. Diese Zeitfenster gelten wieder für Fragen und Antworten der Sachverständigen. Ich würde die Fraktion der SPD, Frau Lugk, bitten zu beginnen.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Ich möchte nochmal an ein Statement anknüpfen. Frau Müller-Fahlbusch, Sie haben vorhin schon anmoderiert, dass es offene Fragen gibt, die angesprochen werden müssen, und hatten da tatsächlich schon auf die Vergabeverfahren mit abgehoben, sind dann aber aufgrund der Zeitbegrenzung – meinem Eindruck nach – nicht dazu gekommen, zwei, drei konkrete Sachverhalte darzulegen. Ich würde mich freuen, wenn Sie das nachholen könnten.

Katja Müller-Fahlbusch (Amnesty International Deutschland e.V.): In der Tat hat dafür die Zeit nicht mehr gereicht. Was ich vorhin schon angesprochen hatte, die Menschenrechtslage war bekannt und zumindest unseren Recherchen

zufolge hat das bei der Vergabe überhaupt keine Rolle gespielt. Das Evaluationsdokument der FIFA, wenn man sich das mal anschaut, darin ist an keiner Stelle die Rede von Arbeitsmigranten, von Menschenrechten, obwohl der Sachverhalt hinlänglich bekannt war. Und das kann eben unserer Meinung nach nicht sein, und wir stellen auch konkrete Forderungen mit Blick auf eine reformierte Vergabep Praxis. Unserer Einschätzung nach müssen menschenrechtliche Risiken tatsächlich zu Beginn des Verfahrens in den Blick genommen werden, und dafür braucht es einen umfangreichen Konsultationsprozess, der partizipativ gestaltet ist. Die relevanten Stakeholder müssen in diesen Prozess mit hineingeholt werden, um erstmal zu sammeln und zu sichten, welche menschenrechtlichen Risiken gibt es denn, die müssen in Summe aufgeführt werden und zwar zu Beginn des Prozesses. Dann muss auch wieder in einem partizipativen Prozess, auch das kann nicht ohne die Betroffenen passieren, geschaut werden, welche Maßnahmen können und müssen ergriffen werden, um diese jetzt identifizierten menschenrechtlichen Risiken zu beseitigen oder zu minimieren. Und auch ein sehr wichtiger Punkt aus unserer Sicht ist, dass eben tatsächlich sehr frühzeitig ein funktionierender und niedrigschwellig zugänglicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismus eingerichtet werden muss. Wir diskutieren jetzt über Entschädigungszahlungen, einen Entschädigungsmechanismus. Natürlich ist es jetzt viel zu spät, weil wenn so eine Diskussion am Ende des Prozesses erfolgt, stehen wir tatsächlich vor den konkreten Schwierigkeiten, die Herr Bauer auch zu Recht angesprochen hat. Ein ganz wichtiger Punkt ist, Sie wissen vielleicht, dass die FIFA ihre Vergabep Praxis bereits reformiert hat. Das soll gelten für Weltmeisterschaften ab 2026. Was allerdings schwierig ist, ist eine Vergabep Praxis zu reformieren, die dann aber nicht eingehalten wird. Papier ist geduldig. Die Vergabep Praxis ist nur so gut, wie sie dann umgesetzt wird. Und es ist beispielsweise sehr wenig glaubwürdig, ein Vergabeverfahren zu reformieren, zu sagen, man nimmt menschenrechtliche Standards, auch Nachhaltigkeitsstandards anderer Art, verbindlich in den Vergabep Prozess und führt dann gleichzeitig eine Vergabe durch, wie wir sie jetzt gesehen haben mit Blick auf die Club-WM in den Vereinigten Arabischen Emiraten, und lässt die eigenen Kriterien und Standards völlig außer Acht. Das wirft schon die Frage auf,



wie ernsthaft ist dieser Sinneswandel, wie ernsthaft ist dieser Reformgedanke. Das heißt, alles, was wir fordern an Vergabepaxis, ist nur substanziell und nur so wertvoll, wie es dann tatsächlich auch konsequent umgesetzt wird und zwar für jedes sportliche Großevent. Auch da dürfen dann nicht unterschiedliche Standards gelten für Fußball-WMs oder -EMs oder Olympische Spiele. Das muss natürlich ein einheitliches Level Playing Field sein.

Der **Vorsitzende**: Weitere Fragen aus der Fraktion der SPD? Frau Lugk.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Wir haben den Entschädigungsmechanismus jetzt mehrfach thematisiert. Wir lesen in Ihrer Stellungnahme auch, dass die Grundlage fehlt, dass viele Todesfälle als Todesfälle aufgenommen werden, aber der Zusammenhang praktisch nicht dargelegt wird – das haben wir auch in einer weiteren Stellungnahme gelesen –, und dass man natürlich damit schon Probleme heraufziehen sieht, wie man das dann eigentlich umsetzen möchte, weil man den Berechtigtenkreis gar nicht verifizieren kann. Und daher wäre meine Frage an Frau Amtsberg, ob das ein Punkt wird, der in den Gesprächen, die jetzt stattfinden werden auf den verschiedenen Reisen, an vorderster Front mit angesprochen wird.

Abg. **Luise Amtsberg** (MRHH-B): In der Tat haben das alle Menschenrechtsorganisationen unisono gesagt, und ich glaube, dass an der Glaubwürdigkeit der Quellen auch mit Blick in die Vergangenheit, so wie berichtet wurde usw. daran eigentlich nicht zu rütteln ist. Ich halte es für relativ unrealistisch, mit diesen politischen Forderungen durchzukommen, zu denen ich große Sympathien habe, weil ich finde, das muss der Anspruch sein, dass man bei Menschenrechtsverletzungen auch Accountability und Gerechtigkeit irgendwie einfordert. Ich glaube, dass sie politisch angezeigt ist, insofern, dass man die Aufklärung vorantreibt. Das zweite ist die Frage der Entschädigung. Das erste ist, dass solche Umstände eben auch ordentlich untersucht werden. Und da scheint es mir, zumindest nach dem, was ich jetzt auch von Amnesty International und auch Human Rights Watch gelesen habe, sehr starke Defizite zu geben. Ich glaube, Herr Bauer hat es auch angesprochen, dass dann eben mit einer pauschalen Beurkundung der Todesursache das Thema eigentlich beendet ist. Und das hinterlässt natürlich viele Schmerzen bei den betroffenen Familien, bei den Hinterbliebenen

und um da einen politischen Punkt einzuziehen: Ich glaube, dass dieser Punkt auch für die katarische Seite überlegenswert ist und auch für die Seite der FIFA, weil die Frage der sozialen gesellschaftlichen Unterstützung dieses speziellen Großereignisses, das stand auch in irgendeiner Stellungnahme von den Anwesenden hier im Raum, davon profitieren könnte, wenn man sich selbstkritisch mit solchen Fragen auseinandersetzt und da entsprechende Maßnahmen einleitet. Ich halte es aber trotzdem, nach dem, was ich jetzt gespiegelt bekommen habe, für eine Forderung, die sich nicht so leicht durchsetzen lässt, um das Erwartungsmanagement mit zu betreiben. Und trotzdem finde ich schon wichtig, was gibt es für eine soziale Akzeptanz gegenüber diesem Großevent. Die Frage sollten wir uns auch alle stellen und vor allen Dingen die katarische Seite, wie sie das auch steigern kann, dass man gerne zu dieser WM fährt, weil man das Gefühl hat, hier hat ein Lernprozess stattgefunden, hier wurde etwas verbessert.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Es geht natürlich auch darum, eine Signalwirkung zu entfalten, die in die Zukunft wirken soll, damit auch eindeutig ist, dass man die Erwartung hat, dass, wenn Vergaben erfolgen, die FIFA diesen Punkt so intensiv mit abprüft, dass auch jeder, der sich bewirbt, sich bewusst ist, dass es Konsequenzen hat, wenn ich die Sorgfaltspflicht beispielsweise bei den Arbeitsbedingungen nicht umsetze, und dass es dann Ansprüche derer gibt, die auf WM-Baustellen beispielsweise beschäftigt sind. Wir haben jetzt aber gerade schon den Link gehabt zur Club-WM und da würde ich mich nochmal um eine Einschätzung vom DFB freuen. Es wurde gerade festgestellt, dass sich zwar ein Papier gegeben wurde, wo man sich Dinge vorgenommen hat, die allerdings bei der jetzigen Vergabe für die Club-WM zumindest nicht eins zu eins eingehalten worden sind. Ich würde den DFB bitten zu sagen, wie man das zukünftig vielleicht besser gestalten kann, woran es vielleicht auch gelegen hat.

Heike Ullrich (DFB): Gerne. Das ist eine Frage, die wahrscheinlich besser noch an die FIFA zu richten ist. Insofern hoffen wir, dass wir demnächst auch die Papiere kriegen für die FIFA-Frauen-Weltmeisterschaft. Dann sehen wir nämlich auch, was in den Bewerbungsunterlagen von uns einzureichen



ist für die FIFA-WM 2027, zu der wir uns gemeinsam mit Belgien und Holland bewerben wollen, und wie konkret jetzt die Maßnahmen und Einforderungen der FIFA aussehen zu diesen Großveranstaltungen. Zu Ihrem konkreten Fall kann ich nicht viel sagen aus der Beobachterrolle. Die Club-WM war eigentlich angesetzt letztes Jahr in Japan. Japan hat sie zurückgegeben aufgrund der Covid-Situation. Es wurde auch nicht, so wie die Weltmeisterschaft zukünftig, vom Kongress entschieden, also von 211 Nationen, sondern nach meinem Kenntnisstand dann von dem FIFA-Council und der Wechsel von Japan für ein Jahr später in die Vereinigten Arabischen Emirate gegeben. Ich habe keine Kenntnis darüber, nach welchen Kriterien dann eine Gewichtung stattgefunden hat. Insofern wäre das eine Frage, die in der Tat an die FIFA weiterzugeben wäre.

Der **Vorsitzende**: Eine Minute noch.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Hat der DFB denn eine Stellungnahme abgegeben und sich dafür eingesetzt, dass man darauf ein großes Augenmerk hätte richten müssen?

Heike Ullrich (DFB): Ist mir nicht bekannt, muss ich ganz offen sagen, da ich die Diskussion vor Ort auch nicht kenne. Mit Peter Peters haben wir einen Vertreter im Council, aber die Unterlagen waren mir jetzt persönlich als jemand, die auch zumindest im letzten Jahr zum Beispiel interimsmäßig als Generalsekretärin schon tätig war, nicht bekannt.

Der **Vorsitzende**: Ich würde dann für die zweite Fragerunde weitergeben an Herrn Brand von der CDU/CSU.

Abg. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen. Ich finde ausdrücklich richtig, notwendig und gut, dass der Sportausschuss den Menschenrechtsausschuss aktiv eingebunden hat zur Anhörung heute. Ich denke, das sollte auch ein Zukunftsmodell sein. Wir waren kürzlich in der Arbeitsgruppe CDU/CSU zusammen mit dem Präsidenten des DOSB, weil ich glaube, diese Vernetzung ist ganz entscheidend, um am Ende in der Sache auch etwas erreichen zu können. Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, bezieht sich auf die, wie ich finde, sehr mutige These, dass man dankbar sein kann, die WM nach Katar gelegt zu haben, dass man dann über Menschenrechte redet, damit sich eine Situation verbessern kann. Das halte ich für ausdrücklich

naiv und falsch. Wir sehen das im Übrigen auch bei Großveranstaltungen an anderer Stelle. Ich nehme mal das Thema Olympische Spiele und China. 2008 war es das Argument zu sagen: Prima, dann können wir über Menschenrechte sprechen. Bis zu den nächsten Olympischen Spielen in diesem Jahr ist es nicht besser geworden, sondern dramatisch schlechter. Das heißt, wir lügen uns da auch in die Tasche, indem wir da oftmals Sprüche ablassen nach dem Motto, es wird jetzt mal über Menschenrechte gesprochen. Und ich glaube, ein ganz entscheidender Punkt, den hat der Herr Bauer angesprochen, aber auch andere, auch die Frau Müller-Fahlbusch, am Ende helfen nicht die warmen Worte. Den Betroffenen helfen sie überhaupt nicht, wenn ich am Ende eine Rechtslage habe, die die Dinge verbessert, aber nicht in der Realität. Und dem muss man sich stellen, wenn man diese Diskussion führt. Meine erste Frage geht an Frau Ullrich. Ich will auch vorweg sagen, ich finde, wir müssen schon den Anspruch haben als DFB, ich bin selbst Fußballer, nicht als ein wichtiger Verband innerhalb der FIFA auf die FIFA zu verweisen nach dem Motto, naja, da ist der Ansprechpartner die FIFA. Mich würde vom DFB interessieren, wie stark denn ihre Rolle jetzt gegenüber der FIFA ist, genau diese Dinge einzufordern. Beim Thema Entschädigung, das war aus meiner Perspektive noch sehr undeutlich, nach dem Motto, wir reden dann im Sommer darüber und dann können wir vielleicht hoffentlich Näheres dazu sagen. Und das Gleiche gilt für die ganzen Themenfelder Sponsoring, das Thema Folgenutzung, das sind doch alles Themen, die wir aktiv als DFB aus Deutschland heraus dort stärker strukturell anfassen müssen. Und da würde mich einfach, Frau Ullrich, nochmal sehr konkret interessieren, welche Schritte geht denn der DFB? Die Wahrheit ist doch, wir sind doch gar nicht die Speerspitze der Veränderung, nicht sie als Verband, wir nicht als Politik, sondern die Wahrheit ist doch, die Akzeptanz hat wesentlich gelitten bei den Fans, bei der Öffentlichkeit, bei den Medien. Auch bei den Sportlern selbst ist es doch so, dass die Akzeptanz für Sportgroßveranstaltungen gesunken ist. Nicht was den sportlichen Wettbewerb angeht, der überhaupt nicht, Sportler sind nicht Diplomaten, das sollen sie auch nicht werden, aber dieses ganze System über die Frage Sponsoring, Einflussnahmen, da hat Herr Bauer gerade etwas zu gesagt, oder auch die Folgenutzung. Da würde ich



mir wünschen, dass Sie da nochmal konkreter Ihren Fahrplan nennen und die konkreten Aktivitäten. Meine zweite Frage richtet sich an die Bundesregierung. Wir haben es hier auch zu tun, ich rede von der Akzeptanz der Bevölkerung, mit vielen Steuergeldern, die hier investiert werden, neben Sponsoring und vielen anderen Dingen. Insofern würde mich schon interessieren, gerichtet an die Menschenrechtsbeauftragte, auch an den Staatssekretär Özdemir vom BMI, ob es nicht an der Zeit wäre, staatliche Fördergelder an die Erfüllung von Mindeststandards bei Menschenrechten zu knüpfen. Athleten Deutschland fordert das zum Beispiel, ich finde das eine sehr vernünftige Forderung.

Der **Vorsitzende**: Frau Ullrich, bitte. Ans BMI heute leider nicht. Das wurde im Vorfeld festgelegt und auch schon einmal angedeutet, aber wenn Sie gerne eine Position dort abgeben möchten, dann können wir das machen.

Heike Ullrich (DFB): Veranstalter ist in der Tat die FIFA und natürlich stellen wir auch die Fragen, aber konzentrieren uns jetzt auch auf die Veranstaltungen, die vor uns liegen, nämlich EM 2024, und nehmen das dann auch für uns als Anlass, die Dinge, die wir lernen können aus anderen Veranstaltungen, bei uns besser zu machen. Ich gucke jetzt mal auf den eigenen Markt, weil in der Tat ist die UEFA eigentlich Veranstalter und wir sind natürlich als DFB Mitveranstalter 2024. Stadion, Infrastruktur, wir hatten jetzt gerade öffentliche Diskussionen auch zu Stuttgart oder auch zu Hamburg. Das sind Punkte, die wir für unseren Markt verantwortlich angehen müssen und hier auch diese Punkte klar ansprechen. Inwiefern in der Tat jetzt der DFB die Rolle hat, die Nachnutzung der Veranstaltungsorte vor Ort nachzuhalten, weiß ich nicht, stelle ich auch in Frage. Wir stellen die Fragen, wir wissen, dass für zwei, drei, vier Stadien hier Nachnutzungen auch möglich sind. Ich selber habe jetzt ein Stadion gesehen, wo das auch sehr gut möglich ist. Ich weiß nicht, ob Sie selber schon unten waren, sich da auch nochmal dann erkundigt haben. Das sind Stadien, die zum Beispiel aus Containern gebaut werden, die in der Tat entweder komplett zurückgebaut werden können, die hinterher für Konzerte genutzt werden können, für andere Veranstaltungen und kulturelle Veranstaltungen. Man kann hier die Frage stellen, inwiefern ist es Aufgabe des DFB, die

Nachhaltigkeit solcher Veranstaltungsorte dann mit zu gewährleisten oder zu hinterfragen. Wir fragen natürlich danach. Ob wir wirklich die Rolle haben, hier die Nachnutzung zu gewährleisten, bleibt dahingestellt. Zweite Frage, Partner, ja, wir sind im Austausch auch mit Adidas, auch mit Volkswagen, wie wir vor Ort bestimmte Aktivitäten angehen. Zum Beispiel mit Volkswagen unterstützt, machen wir das Programm, was ich vorhin angesprochen hatte, das Female-Leadership-Programm, dass wir ganz aktiv auch vor Ort uns Themen annehmen und diese Themen auch spielen wollen. So sehen wir auch unsere Rolle, dann vor Ort aktiv sichtbar zu sein.

Abg. **Luise Amtsberg** (MRHH-B): Ich weiß nicht, ob ich für die ganze Bundesregierung antworten kann, aber ich wurde auch als Menschenrechtsbeauftragte nochmal explizit adressiert, deshalb beantworte ich die Frage gerne. Ich halte es für eine sehr gute Idee, das zu machen, weil ich glaube, wir müssen an verschiedenen Punkten Druck ausüben, dass sich die Vergabe, und im Übrigen nicht nur die Nachvollziehbarkeit und die Festsetzung von Kriterien, sondern auch die Einklagbarkeit, wenn bestimmte Voraussetzungen während des laufenden Events verletzt werden, dass es dann auch Mechanismen und Sanktionen gibt, die dann auch entsprechend weh tun, so dass man sich das an anderen Orten nicht erlaubt. Wir haben eine ganze Kette von Accountabilities, die da irgendwie erfüllt sein müssen, und es beginnt bei der Vergabe. Die Förderung der Menschenrechtspolitik zu einem Grundansatz zu machen für solche Events, halte ich für vollkommen richtig. Wenn ich richtig informiert bin, wird zum Beispiel auch der Bund der Athleten und Athletinnen gefördert. Das halte ich für richtig, weil das natürlich auch wichtige Stimmen aus dem Kreise derer sind, die vor Ort sind und deren Rechte eben auch geschützt werden müssen. Ich habe am Anfang auch deutlich gemacht in meinem Einleitungsstatement, dass ich glaube, dass diese Sorgfaltspflichten eben auch für die FIFA gelten müssen. Jetzt könnte man argumentieren, gemeinnütziger Verein oder so, aber ich glaube, dass wir das sehr, sehr klar machen müssen an allen Stellen, dass das eine Frage der Sorgfalt ist, die FIFA und andere Strukturen da nicht ausnimmt, egal in welcher wirtschaftlichen Organisationsform sie jetzt sind. Das, glaube ich, sind schon wichtige Impulse gekoppelt mit der Frage der Vergabe, wo wir eben nicht nur gucken müssen, dass es



Mindeststandards gibt, sondern dass die dann auch eingeklagt werden, wenn sie verletzt werden. Aber es sind natürlich Projekte, die sich über Jahre jetzt noch ziehen werden.

Der **Vorsitzende**: Dann würde ich weitergeben an Bündnis 90/Die Grünen.

*Nicht rekonstruierbarer Zwischenruf des
Abg. **Michael Brand** (CDU/CSU)*

Der **Vorsitzende**: Wir hatten es vorhin schon einmal angedeutet, dass heute die Bundesregierung beziehungsweise das BMI nicht als Auskunft hier zur Verfügung steht. Das hatten wir gleich zu Beginn gesagt. Aber ich denke, wir können und werden es auf alle Fälle auch am Mittwoch, zum nächsten Sportausschuss, nochmal diskutieren. Das sollten wir so aufnehmen. Danke.

*Zwischenruf des Abg. **Michael Brand** (CDU/CSU):
Ich muss sagen, das ist schon ungewöhnlich, dass
die Regierung nicht sprechfähig ist.*

Der **Vorsitzende**: Es geht nicht um Sprechfähigkeit, sondern sie waren nicht eingeladen. Da gibt es auch gewisse Vorschriften, wurde mir gesagt, und an diese Vorschriften sollten wir uns auch halten. Ich bitte dann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um ihre zweite Fragerunde. Herr Krämer, bitte.

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Etwas irritiert darf man schon sein ob der unterschiedlichen Positionen der CDU/CSU-Fraktion, die sich jetzt hier diametral gegenüber gestanden haben von der ersten zur zweiten Runde. Ich würde aber tatsächlich die Ausführungen von Herrn Brand unterstützen und finde das durchaus einen überlegenswerten Ansatz. Ich würde ganz gerne nochmal auf den Punkt der Pressefreiheit zurückkommen. Herr Bauer, da Sie auch anwesend sind, Sie wurden vor sieben Jahren in Katar verhaftet. Ich wollte fragen, ob es bis heute eine Aufarbeitung der Vorkommnisse oder eine Entschuldigung seitens des katarischen Regimes, der katarischen Regierung gegeben hat, und ob aus Ihrer Sicht Journalistinnen und Journalisten ohne Angst nach Katar reisen und von dort aus dann frei berichten können.

Florian Bauer: Eine Entschuldigung, ich glaube nicht. Was uns damals passiert ist, ist insofern interessant, weil ich das nicht überbewerten möchte, was uns da passiert ist. Es gibt deutlich schlimmere Dinge, die in den letzten Jahrzehnten Journalisten und Journalistinnen und vor allem

auch ganz anderen Menschen passiert sind. Das ist schon ein wichtiger Hinweis, dass es ein Verfahren gab, das bei der Staatsanwaltschaft anhängig war und dann gab es irgendwann im Laufe der Tage, der Verhandlungen, die die deutsche Botschafterin dankenswerterweise mit mir zusammen dort geführt hat, die Situation, dass die Staatsanwaltschaft gesagt hat, entschuldigen Sie, aber wir können jetzt nichts mehr machen, weil die Sache bei der State Security, also dem Inlandsgeheimdienst lag. Und am Ende war es, so wurde es uns zumindest kommuniziert, der Außenminister Katars, der uns dann hat ausreisen lassen, der sich über den Geheimdienst hinweggesetzt hat. Das fand ich recht beeindruckend, weil es natürlich schon gezeigt hat, wie in einem autoritär regierten Land nun mal Strukturen sind. Aber, jetzt werden Sie sich vielleicht ein bisschen wundern, sowohl ich als auch viele meiner Kollegen und Kolleginnen waren in Ländern, in denen es deutlich gefährlicher ist zu arbeiten. Ich würde nicht sagen, dass es gefährlich ist, als Journalist in Katar zu arbeiten. Das heißt nicht, dass es nicht Situationen geben kann, die vielleicht auch in irgendeiner Form brenzlich sein können. Aber vielleicht schon, um das Bild hier ein bisschen gerade zu rücken zumindest, wir waren sehr häufig in Katar und Katar war aus meiner Erfahrung heraus nie ein Unrechtsstaat, wie er häufig hier in Deutschland, England und Frankreich in den Medien dargestellt wurde. Und das fand ich auch ein großes Problem der letzten zwölf Jahre Berichterstattung, dass wir leider ein großes Problem haben und das Problem lautet, dass ein Großteil der Berichtersteller/-innen – und zum großen Teil können sie dazu gar nichts, weil einfach die Gelder oder die Zeit in deutschen, französischen, englischen Medienhäusern nicht da waren –, aber die waren einfach nie vor Ort. Dann macht man sich natürlich ein Bild, in diesem Falle von Katar oder von Bangladesch oder Pakistan oder Saudi-Arabien, passt vielleicht nicht ganz ins Bild, das im Zweifel doch relativ einseitig ist. Mein Eindruck war schon, dass die Berichterstattung hinsichtlich dieser WM in Katar sehr einseitig ist. Und auch wenn ich jetzt hier die letzten knapp zwei Stunden wahrscheinlich doch sehr viel Kritisches gesagt habe zu Katar, dann möchte ich schon hinzufügen, meine und unsere Aufgabe als Journalisten und Journalistinnen sehe ich schon darin, objektiv, kritisch-analytisch heranzugehen. Da gibt es eben viele Dinge, die man kritisch



beleuchten und veröffentlichen muss. Das haben wir, wie viele andere Kollegen und Kolleginnen auch, gemacht, aber es gibt eben auch viele Dinge, die schon auch in diesem Land positiv zu bewerten sind, wenn man das so weit als Journalist tun kann und sollte, weil man eben mit vielen Leuten vor Ort spricht. Deswegen also Vorsicht! Ich glaube nicht, dass es eine Gefahr gibt für Journalisten und Journalistinnen bei dieser WM. Ich glaube auch nicht, dass sie gehindert werden, tatsächlich über irgendwelche Themen zu berichten. Aber natürlich, und das muss man klar festhalten, hat die katarische Regierung natürlich den Gürtel deutlich enger geschnallt, wenn es zum Beispiel darum geht, dass sie in die Industrial Area fahren und dort einfach in Arbeiterunterkünfte gehen. Als ich die ersten Male da war, habe ich das einfach gemacht und habe dort einfach stundenlang in Arbeiterunterkünften gesessen und mich mit den Menschen unterhalten. Und das können sie jetzt nicht mehr machen, weil, wenn sie das jetzt machen, dann werden sie im Normalfall festgenommen und dann werden sie im Zweifel angeklagt. Während einer WM wird da nicht viel passieren, aber ich bin dann schon gespannt, wie die katarische Regierung damit umgeht oder ob im Zweifel, es gibt die Gerüchte, schon geschaut wird, dass man im Umfeld dieser WM eben einen Teil der etwa 1,82 Millionen Gastarbeiter/-innen, vor allem Gastarbeiter, aus dem Land bringt. Das kann ich mir rein praktisch nicht vorstellen, aber diese Gerüchte gibt es im Land. Und zumindest kann ich mir nicht vorstellen, dass es eine breite Masse an Gastarbeiter/-innen auf Fan Zones oder im Umfeld der WM sichtbar gibt. Und da bin ich schon gespannt, wie dann mit Journalisten und Journalistinnen umgegangen wird, die dort versuchen, auch kritisch über diese Themen zu berichten.

Der **Vorsitzende**: Ich übergebe dann die zweite Fragerunde an die Fraktion der AfD, Herrn König.

Abg. **Jörn König** (AfD): Wir haben noch eine Frage an Herrn Sons, und zwar geht es da um die Außenpolitik von Katar, denn die Katarer hatten immer wieder ein paar Probleme mit Blockaden und mit den Nachbarstaaten. Ich hätte ganz gern Ihre Einschätzung zur aktuellen Situation, denn in der Vergangenheit war es so, dass es immerhin See- und Landblockaden gab. Wird es so weit gehen, dass es vielleicht sogar Auswirkungen auf die WM hat und wie groß sind die ganzen Bedrohungen für

Katar selber? Und wie sehen Sie das nach der WM, nicht dass es einfach wieder blockiert wird hinterher. Wäre ja durchaus möglich.

Dr. Sebastian Sons (CARPO): Seit Januar 2021 ist die Katar-Krise oder die Golf-Krise offiziell beigelegt. Im Al-Ula-Abkommen hat damals das Blockade-Quartett in Katar beschlossen, die Blockade aufzuheben. Seitdem gibt es ohne Zweifel auch eine wirtschaftliche, politische und diplomatische Annäherung, insbesondere zwischen Saudi-Arabien und Katar. Saudi-Arabien hat aus strategischen Gründen relativ schnell begriffen, dass diese Blockade auch für das saudische Regime ein ziemlicher Fehlschlag war, weil man darunter international noch mehr an Reputation verloren hat und weil vor allen Dingen auch mit der Katar-Blockade der gesamte Investitionsmarkt der arabischen Halbinsel in Misskredit geraten ist. Das heißt, diese Regime sind alle abhängig davon, ihre Wirtschaft zu diversifizieren, sie sind alle abhängig davon, dass sie ausländische Investitionen ins Land locken, dass sie ausländische Unternehmen ins Land locken. Und diese Katar-Blockade für vier Jahre hat genau dieses Ziel unterminiert. Von daher war es am Ende eine strategische Entscheidung, insbesondere von Saudi-Arabien, diese Blockade dann auch wieder einzustellen. Es wird in Zukunft, gerade im ökonomischen Bereich, Rivalität weiterhin geben, insbesondere zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar. Beide verfolgen seit Jahren ein ähnliches Geschäftsmodell, sind in ähnlichen Sektoren tätig, Tourismus, Unterhaltung, Finanzen etc. Saudi-Arabien zieht da jetzt nach. Das Formel-1-Rennen in Jeddah, das in Saudi-Arabien stattfindet, ist nur eines von ganz vielen Beispielen, dass quasi das saudische Königreich versucht, das Geschäftsmodell von Dubai zu kopieren. Und das führt auch unweigerlich zu wirtschaftlicher Konkurrenz. Und man darf nicht vergessen, diese Blockade war vielleicht das neueste und herausstechendste Beispiel, was bei uns aufgrund der WM so ankam, aber es gab auch im Vorfeld immer wieder Rivalitäten auf politischer Ebene, auch auf persönlicher Ebene zwischen den unterschiedlichen Herrschern. Da geht es auch darum, wer hat mehr Strahlkraft in der Region gegenüber seiner eigenen Bevölkerung, so dass diese Gefahr einer neuen Rivalität oder einer eskalierenden Rivalität nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Momentan, als letzten Satz, ist es aber so, dass quasi ein Burgfrieden



herrscht, weil man genau weiß, in einer weltweiten Rezession, in einer Zeit der Corona-Pandemie braucht man auch die Einheit innerhalb des Golfkooperationsrates, um das Geschäftsmodell aufrechtzuerhalten. Und wenn das nicht passiert oder wenn das jetzt auch aufgrund dieser Rivalitäten wieder in Frage gestellt werden würde, dann würde am Ende auch die Legitimation der einzelnen Herrscherhäuser vielleicht in Frage gestellt werden. Und das will man in Katar, in Saudi-Arabien, in den Emiraten und in den anderen Ländern auf jeden Fall vermeiden.

Abg. **Jörn König** (AfD): Kurze Nachfrage dazu. Die Katarer haben so einen Grundsatz: Wir reden mit allen. Und ich sage, die reden dann auch mit dem Iran, was den Saudi-Arabern nicht gefällt, die reden mit der Hamas und den Taliban. Sehen Sie da noch Eskalationsgefahren?

Dr. Sebastian Söns (CARPO): Insbesondere natürlich die Beziehungen zu Iran waren und sind den Saudis ein Dorn im Auge. Nur man ist sich momentan auch in Saudi-Arabien bewusst, dass der Iran einfach Realität ist. Wie Sie mitbekommen haben dürften, gab es direkte Gespräche zwischen Iran und Saudi-Arabien in den letzten Monaten in Bagdad, im Irak, so dass man in Saudi-Arabien sehr wohl auch eine taktische Annäherung an den Iran braucht, um eben genau diese regionale Stabilität in gewisser Art und Weise auch zu bewahren oder zumindest zu erhalten. Katar ist dafür eine geeignete Plattform. Deswegen geht momentan die Stimmung eher in die Richtung: Okay, wir versuchen, Katar mit einzubinden, weil Katar über Netzwerke verfügt, die uns auch nützen können, um am Ende des Tages auch eine geeinte Front gegen Iran oder gegen andere Feinde schließen zu können. Man akzeptiert einfach Zähne knirschend, dass Katar und Iran ein gemeinsames Gasfeld haben und deswegen auch in Zukunft miteinander arbeiten müssen. Man wird sehen, was jetzt tatsächlich bei der Reise von Joe Biden nach Saudi-Arabien Mitte Juli herauskommt. Wahrscheinlich wird danach nochmal stärker zu sehen sein, wie stark sich auch die Golf-Staaten gemeinsam mit den USA und Israel gegenüber Iran noch abgrenzen werden. Noch ist nicht klar, ob das Nuklearabkommen scheitert. Auch das wird nochmal Auswirkungen darauf haben. Und Katar wird in all diesen Konflikten eine exorbitante Rolle spielen, einfach aus dem Grund, weil es in den letzten Jahren –

genau das, was Sie angesprochen haben – es geschafft hat, mit allen zu sprechen. Und deswegen werden auch Akteure, die diese Netzwerke nicht haben, nicht Deutschland oder die USA, sondern eben auch Länder wie Saudi-Arabien, Katar nutzen wollen, um tatsächlich dann auch ihre eigenen politischen Interessen durchzusetzen.

Der **Vorsitzende**: Ich bitte die Fraktion der FDP um die zweite Fragerunde. Herr Hartewig, bitte.

Abg. **Philipp Hartewig** (FDP): Ich habe noch ein paar Fragen zur Sportpolitik in Katar an Herrn Dr. Söns und Herrn Bauer. Zunächst: Wie sieht der nächste Zehnjahresplan für Katar im Sportbereich aus, welche sportpolitischen Ziele verfolgt Katar sowohl im Breiten- als auch im Spitzensport? Die Schwimm-WM wurde vorhin erwähnt. Wie ist der Zugang überhaupt der Bevölkerung zum Sport, auch verbunden mit Gleichstellungsfragen wie Frauen- oder Mädchen-Fußball, aber auch Behinderten- oder Inklusionssport, sowohl was die Möglichkeiten zum Sport treiben angeht, Sichtbarkeit, Förderung als auch zum Beispiel der Zugang als Zuschauer beim Frauen-Fußball? Und wie schätzen Sie generell die Auswirkungen der WM auf den Fußball, aber auch auf gesamten Sport in Katar und der gesamten Region ein? Danke.

Dr. Sebastian Söns (CARPO): Für Katar wird Sport in der Politik weiterhin eine ganz wesentliche Rolle spielen. Katar hat begriffen, dass man sich mit der WM und auch mit anderen großen Sportereignissen einen Namen machen kann, dass man auf der Weltkarte präsent ist, trotz aller Nebengeräusche, trotz aller Kritik. Auch das hat dazu geführt, dass man in Katar gelernt haben muss, mit diesem Druck umzugehen. Das heißt, ob es jetzt die Schwimmweltmeisterschaften sind oder die Asia-Games oder andere, ob es vielleicht irgendwann zukünftig die Olympischen Spiele sein werden, mag alles Zukunftsmusik sein, aber auf jeden Fall hat Katar auch in der Sportpolitik weiterhin große Ambitionen. Aus zwei Gründen. Zum einen das, was ich schon angesprochen habe. Es geht darum, sich international einen Namen zu machen. Zum anderen ist Sport natürlich auch ein sozialer Klebstoff, um insbesondere die eigene Bevölkerung an sich zu binden, zum Beispiel die Investitionen in Paris Saint-Germain sind nicht nur eine wirtschaftliche Diversifizierung und sind nicht nur reines Sports-Washing, sondern es geht hier zum Beispiel auch darum, einen katarischen Nationalismus,



einen katarischen Patriotismus aufzubauen. Wenn man keine Nationalmannschaft hat, die besonders erfolgreich ist, dann hat man mit PSG – zumindest in der Theorie – ein Aushängeschild. Und es ist in vielen Bereichen der katarischen Bevölkerung durchaus so, dass man auch PSG als Verein Katars wahrnimmt, was er de facto auch ist. Das vielleicht dazu. Und dann hat natürlich Sportpolitik auch eine gesundheitliche Perspektive in Katar. Wie in allen anderen Golfstaaten auch gibt es gerade bei der einheimischen Bevölkerung große Probleme bei Zivilisationskrankheiten, Übergewicht, Diabetes etc. Und diese Maßnahmen, die auch im gesellschaftlichen Bereich angeregt wurden in den letzten Jahren seit der WM-Vergabe, aber auch schon davor, die sollen natürlich darauf hinwirken, dass die Gesellschaft gesünder wird, dass man auch Kosten sparen kann und dass man dadurch auch zeigt, wenn ihr Sport macht, seid ihr gesünder. Wenn ihr gesünder seid, seid ihr bessere Staatsangehörige und könnt auch unsere Ziele in der Welt besser verfolgen. Dieses nationalistische Prinzip oder dieses Prinzip der Identitätspolitik darf man nicht unterschätzen, wenn es um Sportpolitik geht. Als allerletzten Satz, das gilt auch für Frauen, für Menschen mit Behinderungen etc., weil man eben weiß, man schaut jetzt ganz genau hin in Katar. Und dementsprechend sieht man zum Beispiel Women Empowerment als integralen Bestandteil auch dieser Sportpolitik oder als Teil der gesamten Politik. Man kann dadurch eben auch gewisse Reputation im Ausland, bei der eigenen Bevölkerung erlangen, und man bezieht einen relevanten Kreis der eigenen Bevölkerung mit in bestimmte Bereiche ein. Da reden wir nicht über komplette Gleichberechtigung, aber ob das jetzt Katar oder zum Beispiel auch Saudi-Arabien ist, man kann die Frauen schlichtweg nicht mehr ignorieren, weil sie wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich eine so wichtige Kraft geworden sind, dass sie eben auch darüber entscheiden, wie viel Legitimation das jeweilige Herrscherhaus hat. Und darum geht es am Ende des Tages.

Der **Vorsitzende**: Herr Bauer, wollen Sie noch etwas dazu sagen?

Florian Bauer: Sehr gerne. Ich würde Herrn Dr. Sons da wirklich sehr zustimmen. Frauen wurden in Katar deutlich früher schon viel ernster und viel stärker in die Gesellschaft integriert als das beispielsweise in Saudi-Arabien der Fall ist.

Und das merkt man natürlich. Vor einigen Jahren hätte ich Ihnen sofort gesagt, die nächsten Olympischen Spiele können sie jetzt schon nach Doha geben. Ich merke schon, durch das, was international mit dieser WM passiert ist und dieses internationale Bashing von Katar, gibt es natürlich auch große Widerstände in der katarischen Gesellschaft gegenüber eben auch solchen Sportgroßveranstaltungen. Und deswegen bin ich mir nicht mehr so sicher, aber ich glaube schon, dass der Emir nochmal einen Move in Richtung Austragung Olympische Sommerspiele vorhaben könnte, aber es gibt da auf jeden Fall deutlich mehr Gegenwind von der Bevölkerung als das bisher der Fall war. Einen Punkt, ich habe Ihre zweite Frage nicht verstehen können, weil da mein Internet gerade gehakt hat, Herr Hartewig, wenn Sie die nachschieben wollen. Ansonsten würde ich gerne noch einen Satz zu dem sagen, was Sie, Frau Amtsberg, eben mit dem Nachsatz gesagt haben, das wird sich noch Jahre hinziehen, Ihre Gedanken zu Sportgroßevents. Da werden Sie hier im Sportausschuss im Zweifel auch nochmal eine Veranstaltung zu machen, da bin ich sehr gespannt, denn das war mein Hauptthema seit 2007. Ich habe mich gefühlt 12 Jahre lang um nichts anderes gekümmert als um Sportgroßveranstaltungen und war schon 2016 auf einer großen Veranstaltung in Washington D.C., wo alle dabei waren, das IOC, die FIFA, ganz viele Sponsoren, Sportverbände, Sportler, da war Martina Navratilova etc. Und da wurde 2016 schon groß darüber gesprochen, wie man Menschenrechte stärker verankern kann in der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen. Und gefühlt muss man immer sagen, gerade bei dem Satz, den Sie, Frau Amtsberg, eben gesagt haben, da ist irgendwie seit 2016 nicht viel passiert. Natürlich ist das in den FIFA-Regularien jetzt verankert, aber de facto interessiert das erstmal keinen Menschen. Ich bin sehr gespannt, ob es dann 2026 jemanden interessiert, ob Arbeiterrechte, Menschenrechte, Supply Chain Management tatsächlich, zum Beispiel in Mexiko oder in den USA, eine Rolle spielen.

Der **Vorsitzende**: Sehr verehrte Damen und Herren Sachverständige, vielen Dank für die wirklich konstruktiven Beiträge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen auf alle Fälle alles Gute. Kommen Sie, diejenigen, die hier sind, gut nach Hause, allen anderen nochmal ein großes Dankeschön für das Interesse hier in dieser Runde. Ich würde damit die 13. Sitzung schließen und



freue mich auf die 14. Sitzung am Mittwoch in alter Frische.

Schluss der Sitzung: 15:23 Uhr

Frank Ullrich, MdB
Vorsitzender





Luise Amtsberg, MdB



01.07.2022

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung des Sportausschusses am 04. Juli 2022 zum Thema:
Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022

1 Einführung

Das Sportjahr 2022 mit den Olympischen Spielen in Peking und der Fußball-Weltmeisterschaft (WM) der Männer in Katar zeigt uns, wie dringlich ein Umdenken in der Vergabep Praxis von Sportgroßveranstaltungen ist. Der Schutz von Menschenrechten muss künftig zentrale Maßgabe bei der Vergabe werden. Dabei ist die grundsätzliche Menschenrechtssituation vor Ort genauso zu berücksichtigen, wie die Einhaltung menschenrechtlicher Standards im direkten Zusammenhang mit der Sportgroßveranstaltung. Dies betrifft neben der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur auch die Menschenrechte der Athlet*innen und Fans.

Die Erfahrungen zeigen darüber hinaus, dass repressive Regime solche Ereignisse nutzen, um Menschenrechtsverletzungen über die hohe Präsenz an internationalen politischen Gästen zu legitimieren. Auf der anderen Seite bieten internationale Sportgroßveranstaltungen ein Potential für die Förderung des weltweiten Menschenrechtsschutzes und für Verbesserungen vor Ort. So können internationale Aufmerksamkeit, Öffnung und Dialog die Anerkennung und Einhaltung von Menschenrechtsnormen im Gastgeberstaat positiv beeinflussen.

Der Bundesregierung kommt somit die wichtige Aufgabe zu, solche positiven Entwicklungen im Kontext von Sportgroßveranstaltungen zu fördern und langfristig Verbesserungen beim Schutz der Menschenrechte zu erreichen. Dabei ist es unerlässlich, Sportgroßveranstaltungen genau zu beobachten und kritisch zu begleiten. Dies gilt von deren Vergabe über die Durchführung bis hin zur Nachbereitung - denn die Aufmerksamkeit internationaler Menschenrechtsbeobachter*innen darf auch nach dem sportlichen Event nicht enden. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, gemeinsam mit den internationalen und nationalen Sportverbänden, Athlet*innen und Fanvereinigungen gegenüber dem gastgebenden Land die Einhaltung von Menschenrechten einzufordern.

Im Austragungsstaat der Fußball-WM Katar zeichnet sich, trotz aller richtigen und notwendigen Kritik, punktuell eine positive Entwicklung ab, die es in der Beurteilung ebenfalls zu berücksichtigen gilt. Es ist notwendig, diese Entwicklungen weiter zu fördern, ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit aber auch kritisch zu hinterfragen. Nur so kann der internationale Sport auch in Katar das erfüllen, wofür er steht: Begegnung auf Augenhöhe, Fairness und Völkerverständigung.

2 Menschenrechte schützen vom Vergabeprozess bis über das Ende der Spiele hinaus

Der Vergabeprozess stellt die entscheidende Weichenstellung zur menschenrechtlichen Bilanz einer Sportgroßveranstaltung dar. Es ist klar, dass angesichts der menschenrechtlichen Defizite Katars die Fußball-WM im Jahr 2022 niemals an diesen Staat hätte vergeben werden dürfen. Zukünftig müssen sich Vergabeprozesse strikt nach den UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte richten.

Nachdem die FIFA die UN Leitprinzipien im Jahr 2016 anerkannt und im darauffolgenden Jahr eine umfassende Menschenrechtspolitik veröffentlicht hat, verlangt sie bei neuen Bewerbungen inzwischen ein Menschenrechts-Assessment und eine Stärkung von Stakeholder-Prozessen. Nun muss die FIFA, genau wie andere nationale und internationale Sportverbände, zeigen, dass sie diese Standards auch konsequent umsetzt.

Die Verantwortung für die menschenrechtliche Bilanz von Sportgroßveranstaltungen darf von deren Organisator*innen und Profiteur*innen nicht an Gastgeberstaaten wie Katar ausgelagert werden. Bei der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen müssen zudem ökologische Aspekte mitgedacht werden, da diese ebenfalls Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Umwelt- und Gesundheitsrechte nach sich ziehen können.

Über die Vergabe hinaus darf der Menschenrechtsschutz auch während der Durchführung von Sportgroßveranstaltungen nicht vernachlässigt werden. Mechanismen, die die Umsetzung der Kriterien durch den Gastgeberstaat kontrollieren und deren Nichteinhaltung ahnden, sind maßgeblich.

Mit dem Ende der Sportgroßveranstaltung darf zudem der menschenrechtliche Prozess nicht enden. So muss die langfristige Kooperation Katars mit internationalen Organisationen wie der ILO und weitere Reformen über die WM hinaus bereits jetzt anvisiert werden. Es ist dabei Aufgabe unserer Außenpolitik, progressive Kräfte im Land nachhaltig zu stärken.

3 Menschenrechtliche Herausforderungen im Rahmen von Sportgroßveranstaltungen und der Fußball-WM der Männer in Katar

Bei der Fußball-WM der Männer in Katar stehen die massiven Menschenrechtsverletzungen gegenüber Arbeitsmigrant*innen innerhalb des als „Kafala“ bezeichneten Vormundschaftssystems zu Recht im Fokus. Es ist bestürzend, dass im Rahmen dieses Systems der Bau der Infrastruktur für die WM zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gegen Arbeitsmigrant*innen führte. Die Aufklärung von zahlreichen Todesfällen beim Bau von Stadien und Unterkünften erfolgt bis heute nur unzureichend. Allerdings ist dies von enormer Bedeutung, um Gerechtigkeit gegenüber den Hinterbliebenen herzustellen und seitens der katarischen Regierung glaubhaft zu machen, dass sie sich ernsthaft für eine nachhaltige Verbesserung ihrer menschenrechtlichen Bilanz einsetzen.

Wenngleich die von der katarischen Regierung für Anfang 2020 angekündigte vollständige Abschaffung des „Kafala-Systems“ weiterhin der Umsetzung harret, ist positiv zu bewerten, dass auch aufgrund internationalen Drucks umfassende Reformen erreicht wurden. Dazu zählen unter anderem die gesetzliche Einführung eines neuen Mindestlohns, das Recht auf freie Arbeitsplatzwahl, Maßnahmen zur Überwachung der Lohnzahlungen, sowie eine vom katarischen Arbeitsministerium eingerichtete Online-Plattform für Beschwerden von Arbeitsmigrant*innen. Weiterhin verbesserte sich der Zugang internationaler und Nicht-Regierungs-Organisationen nach Katar, um Inspektionen durchzuführen und die Einhaltung internationaler Normen unmittelbar zu überwachen. Auch der andauernde Dialog zwischen der katarischen Regierung mit den verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Stakeholdern ist zunächst positiv zu bewerten.

Die häufig fehlende Durchsetzung dieser Reformen ist jedoch scharf zu kritisieren. Ein strukturelles Machtungleichgewicht zwischen Arbeitgeber*in und (ausländischem*r) Arbeitnehmer*in besteht weiter. So können Arbeitnehmer*innen weiterhin nur mit Zustimmung der Arbeitgeber*innen Gewerkschaften gründen, zahlreiche Fälle von Lohndiebstahl und der Einbehaltung von Pässen sind bekannt und es besteht weiterhin nur eingeschränkter Zugang zur Gerichtsbarkeit. Somit ist der erhoffte Kulturwandel bei Arbeitgeber*innen größtenteils ausgeblieben und in der Praxis bestehen zahlreiche Aspekte des „Kafala-Systems“ weiter.

Die Umsetzung der von Katar angekündigten Reformen muss dringend international weiter begleitet und gefördert werden. Zentral sind hierbei die Ausweitung der Strafverfolgung und Arbeitsinspektionen in Katar, um die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen zu gewährleisten.

Auch unabhängig von der Infrastruktur für die WM müssen menschenrechtliche Defizite des Gastgeberstaates Katar klar benannt werden: Neben den bereits genannten anhaltenden Einschränkungen der Rechte von Arbeitsmigrant*innen sind Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Rechte von Frauen und LSBTI-Personen scharf zu kritisieren.

Zwar ist es nicht originäre Aufgabe von Sportgroßveranstaltungen oder von deren Organisator*innen, eine Verbesserung der Menschenrechtslage im Gastgeberstaat herbeizuführen. Sportgroßveranstaltungen wie die Fußball-WM in Katar dürfen aber keinesfalls für die Ablenkung von Menschenrechtsverletzungen oder die Legitimierung repressiver Strukturen instrumentalisiert werden. Stattdessen sollte die internationale Aufmerksamkeit genutzt werden, um auf Verstöße gegen internationale Menschenrechtsnormen hinzuweisen und den betreffenden Gastgeberstaat zur formalen und tatsächlichen Anerkennung dieser Normen zu bewegen.

4 Menschenrechtliche Herausforderungen in Bezug auf die Rechte von Athlet*innen und Fans

Nicht zuletzt sollte die Gefährdung der Menschenrechte der teilnehmenden Athlet*innen und Fans an der WM in Katar alarmieren. Bezüglich katarischer und ausländischer Athlet*innen, nicht zuletzt deutscher, steht in diesem Zusammenhang die Frage der freien Meinungsäußerung im Fokus. Sportler*innen dürfen weder einem Zwang zu politischen Äußerungen noch einem Verbot dessen ausgesetzt werden. Der Bundesregierung wird die Aufgabe zuteil, in Zusammenarbeit mit den Sportverbänden, deutsche Athlet*innen konsularisch zu begleiten.

Ein weiterer Aspekt des Menschenrechtsschutzes im Rahmen von Sportgroßveranstaltungen und konkret bezüglich der Fußball-WM in Katar betrifft die Rechte der Menschen, die als Fans in das Gastgeberland reisen. In Katar werden zur Fußball-WM mehr als eine Million Besucher*innen erwartet. Neben dem Respekt vor lokalen Gegebenheiten, die man selbstverständlich erwarten darf, ist es unerlässlich, dass die Menschenrechte der Fans in all ihrer Diversität respektiert und geschützt werden. Dies gilt, auch im Sinne der feministischen Außenpolitik der Bundesrepublik, insbesondere für Frauen und LSBTI-Personen. Berichte, dass alleinstehende Frauen oder gleichgeschlechtliche Paare keine Hotelreservierungen vornehmen können, belegen, dass den durch die katarische Regierung gemachten Versprechungen nicht ausreichend Taten gefolgt sind. Zudem offenbart dies erneut die eklatanten Defizite bei der Vergabep Praxis, die grundsätzlich daran gekoppelt sein muss, dass alle Gruppen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts gleichberechtigten Zugang zur jeweiligen Sportgroßveranstaltung erhalten. Durch die feste Anknüpfung an Vergabekriterien hätte ein de facto Ausschluss ganzer Gruppen verhindert werden können und müssen.

Es ist daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung frühzeitig Schritte veranlasst hat, um deutsche Fans in Katar zu informieren, zu unterstützen und zu schützen, wo und wann immer es notwendig sein wird. So hat die deutsche Botschaft in Doha u.a. bereits eine Aufstockung des für die Anliegen deutscher Staatsangehöriger im Ausland zuständigen Personals der Rechts- und Konsularabteilung veranlasst und eine 24/7-Erreichbarkeit der Botschaft über einen Bereitschaftsdienst geplant.

Abseits des konkreten Umgangs mit der Fußball-WM in Katar muss künftig durch die Vergabekriterien gewährleistet werden, dass ein Gastgeberland, das nicht bereit ist, die Vielfalt und Pluralität der Weltgemeinschaft abzubilden und zuzulassen, als Austragungsort nicht in Frage kommen kann.



27. Juni 2022

2020 Reform in Katar: Fortschritt und Empfehlungen

Einführung

Die in der Gesprächsgrundlage aufgeführten Punkte zu den Rechten und Bedingungen in Katar sind nur eine Skizze, und die Liste kann noch weiter fortgesetzt werden. Die Punkte sollen den Fortschritt in Katar herausstellen und auf weitere erforderliche Verbesserungen hinweisen. Sie basieren auf den Erfahrungen der Wanderarbeitnehmer. Die Gesprächsgrundlage ist in drei Abschnitte eingeteilt: Gesetzesänderungen, Arbeitsschutz und Arbeitnehmervertretung.

Die schnellsten, sichtbarsten und substanziellsten Fortschritte hinsichtlich der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitsmigranten, die bei Projekten für den Bau der Stadien und damit zusammenhängenden Einrichtungen für die FIFA WM 2022 arbeiten, die unter der Verantwortung des Supreme Committee for Delivery and Legacy (SC) stehen.

Der SC hat eine solide Leistung erbracht: Verbesserung des Arbeitsschutzes; Beschwerden der Arbeitnehmer werden über Arbeitnehmerschüsse behandelt; Löhne und Zusatzleistungen werden durchgesetzt. Dies gilt ebenso für Unternehmen, mit denen die BHI Rahmenabkommen hat, unter anderem bei Bauprojekten, die nicht mit der WM in Verbindung stehen.

Die BHI nimmt die Gesetze und Bestimmungen des katarischen Arbeitsrechts hinsichtlich der Arbeitnehmerrechte der Wander-

Arbeitnehmer anerkennend zur Kenntnis: Gesetz Nr. 17 – Mindestlohn ohne Diskriminierung; Gesetz Nr. 18 – Abschaffung des Kafala-Systems; neue Arbeitsschutzpolicy.

Es gab und gibt jedoch zu oft eine Kluft zwischen den Gesetzesänderungen und ihrer Umsetzung, selbst bei einigen der grundlegenden rechtlichen Änderungen, die von der Regierung beschlossen wurden und für alle Arbeitsmigranten gelten. Daher beruhen viele der Empfehlungen der BHI auf den guten Erfahrungswerten mit dem SC und kooperierenden Unternehmen, die auf Gesetzesänderungen reagiert haben.

Beschäftigung und Reformen des Arbeitsrechts

Es besteht Bedarf an einem Arbeiterzentrum für Wanderarbeiter, das von Wanderarbeitern selbst geleitet wird. Das Zentrum ist ein sicherer Ort für Wanderarbeiter, wo sie sich über ihre Rechte informieren und Rechtsbeistand und Beratung erhalten können. Das Zentrum ist ein Ort, an dem Arbeitnehmervertreter und Sicherheitsbeauftragte sich weiter qualifizieren können. Gleichzeitig ist das Zentrum ein Mechanismus, der den sozialen Dialog und die Konsultation mit den katarischen Behörden und Arbeitgeberorganisationen erleichtern soll.

Fortschritt

1. Die BHI und viele andere Akteure hatten sich zunächst gegen die Wahl von Katar als Austragungsort der WM 2022 gestellt. Nach der BHI-Kampagne „Rote Karte für die FIFA“, bei der unter anderem eine Beschwerde gegen die FIFA im Rahmen der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eingereicht worden war, und nach Beschwerden vor der ILO gegen Katar aufgrund von Verstößen gegen das ratifizierte ILO-Übereinkommen Nr. 29 über Zwangsarbeit wurden Gesetze und Bestimmungen langsam geändert.

Es öffneten sich zudem Türen für die BHI, so dass ein Kontakt mit der FIFA und dem Supreme Committee for Delivery and Legacy (SC) möglich wurde, dem Gremium vor Ort, das für den Bau der Infrastruktur für die Weltmeisterschaft zuständig ist. Die BHI hat die FIFA bei der Gestaltung ihrer Menschenrechtspolicy

unterstützt und eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) mit dem SC verhandelt, die 2017 in Kraft trat.

2. Die katarische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, mit denen im Endeffekt das Kafala-System abgeschafft wurde.

Dieses System hatte den Arbeitgebern die Kontrolle über die Rechte von Arbeitsmigranten und die Bedingungen gegeben. Die Pässe der Arbeiter wurden konfisziert. Sie durften das Beschäftigungsverhältnis nicht ohne die Erlaubnis ihres Arbeitgebers verlassen. Es war ihnen nicht gestattet, den Arbeitgeber aus freiem Willen zu wechseln, und sie konnten für „Vergehen“ gegen ihre Arbeitgeber inhaftiert werden. Die Rechtsgrundlage für dieses System besteht nicht länger. Darüber hinaus sollten Arbeitnehmer auch keine Vermittlungsgebühren mehr bezahlen müssen, um Arbeit zu bekommen, und falls diese doch bezahlt werden, dann müssen die Arbeitgeber sie ihnen zurückerstatten.

3. Es wurde ein Mindestlohn festgelegt, der für alle Beschäftigten gleichermaßen gilt, unabhängig von ihrer Nationalität. Seine Höhe soll jedes Jahr überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

4. Durch Rechtsreformen haben Arbeitnehmer die Kontrolle über ihre Pässe zurückerhalten, und das Non-Objection Certificate (NOC) wurde abgeschafft, die erforderliche Bescheinigung des Arbeitgebers, dass kein Einspruch gegen eine Rückkehr ins Heimatland oder einen Arbeitgeberwechsel innerhalb von Katar besteht. Wenn Arbeitnehmer ein Beschäftigungsverhältnis aufgrund von dauerhaftem und schwerwiegendem Unrecht verlassen, werden sie nicht länger des sogenannten „Absconding“ beschuldigt oder inhaftiert. Andere chronische Probleme wurden angegangen, etwa die verspätete Zahlung oder Nichtzahlung von Arbeitslöhnen.

Die Löhne sollten von den Arbeitgebern zurückgefordert werden, und währenddessen wird den betroffenen Arbeitnehmern aus einem neu geschaffenen Fonds schnell das ihnen zustehende Geld ausbezahlt. Es sind ein Beschwerdemechanismus und Arbeitsinspektionen eingeführt worden. Die BHI hat dabei

geholfen, die Reformen nachzuverfolgen (Monitoring) und umzusetzen.

Empfehlungen

1. Die Abschaffung des Kafala-Systems war zwar eine sehr wichtige Reform und hat die Zwangsarbeit reduziert und viele Arbeitnehmer aus der Situation befreit, dass ihr Arbeitgeber über ihre Rechte bestimmt, doch es gibt immer noch zahlreiche Arbeitgeber, die dieses Gesetz ignorieren.

Das Gesetz sollte strikt durchgesetzt werden und Arbeitgeber, die sich nicht daran halten, sollten scharfe Strafen auferlegt bekommen, unter anderem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen.

2. Mit der Abschaffung des Kafala-Systems werden die Menschenrechte aller Menschen geschützt, als Arbeitnehmer und als Migranten, daher sollte das katarische Gesetz auch koordiniert über das MADSLA, das Innenministerium und andere zuständige Regierungsgremien angewendet werden.
3. Es konnten zwar Arbeitnehmern mehrere Millionen Dollar an unbezahlten Löhnen ausbezahlt werden, doch die Verfahren sind aufgrund des Rückstaus von Fällen bei den Gerichten, Insolvenzen oder anderen Gründen oft zu langsam.

Das Ministerium, das für das Gesetz zuständig ist (MADSLA), sollte seine Weisungen durchsetzen können, ohne sich an das Gericht wenden zu müssen.

4. Die Einrichtung eines Fonds für die Unterstützung und Versicherung der Arbeitnehmer war eine wichtige Neuerung, damit gewährleistet ist, dass Arbeitnehmer nicht auf Gerichtsbeschlüsse warten müssen, um ihre ausstehenden Löhne zu erhalten. Der Fonds sollte voll einsatzfähig und mit Finanzmitteln ausgestattet sein. Es sollte überlegt werden, dass der Fonds über Arbeitgebergebühren vorfinanziert wird.

Der Fonds könnte dann wieder aufgestockt werden, wenn das Geld eingetrieben wird, das den Arbeitnehmern zustand.

5. Die FIFA sollte ihre Zusammenarbeit mit dem SC in den verbleibenden Monaten vor Beginn der WM intensivieren, auf

Grundlage der Umsetzungsempfehlungen des unabhängigen Beratungsausschusses für Menschenrechte, die mit den Empfehlungen der BHI übereinstimmen. MNU sollten Due Diligence ausüben, um sicherzustellen, dass die Menschenrechte der Arbeitnehmer geachtet werden, und zwar für Beschäftigte beim Unternehmen selber, bei Subunternehmern, Zulieferern oder anderen, mit denen Geschäftsbeziehungen bestehen.

Arbeitsschutz

Fortschritt

1. Arbeitsunfälle, einige davon auch tödlich, sind in Katar viel zu oft vorgekommen, auch wenn die Zahlen je nach Quelle sehr voneinander abweichen. Es gab auch noch andere Probleme mit der Gesundheit an der Arbeitsstätte, besonders aufgrund der Hitze.
2. Unter der Autorität des SC sind auf den Baustellen beträchtliche Fortschritte gemacht worden. Gemeinsame Teams mit Inspektoren von BHI-Mitgliedsverbänden und dem SC haben gut und transparent zusammengearbeitet.

Die Arbeitsschutzbedingungen sind verbessert worden. Beim Bau einiger Stadien gab es wenig schweren Unfälle oder Todesfälle.

3. Die Hitzebelastung wurde über Planung, Pausen und persönliche Schutzausrüstung reduziert. Insbesondere bei Unternehmen, mit denen die BHI Rahmenabkommen hat, wie etwa QDVC/VINCI, BESIX und We Build, waren die Zusammenarbeit und Fortschritte besonders gut, auch auf Baustellen, die nicht direkt mit der WM in Verbindung stehen.
4. Die Unterkünfte der Arbeitnehmer wurden verbessert, indem die Anzahl der dort lebenden Menschen reduziert, die sanitären Anlagen verbessert, Räume bzw. Einrichtungen für Freizeit und Erholung bereitgestellt und die Qualität der Verpflegung verbessert wurden.

Empfehlungen

1. Arbeitgeber sollten dazu verpflichtet werden, für die Beschäftigten unabhängige medizinische Untersuchungen anzubieten.
2. Es sollte ein stärkerer Schwerpunkt auf vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen liegen.

3. Die psychische Gesundheit, einschließlich Stress, sollte zu den Prioritäten beim Arbeitsschutz gehören.
4. Es sollten akkurate Statistiken geführt werden, die einen Vergleich zwischen den Unternehmen und zwischen Ländern ermöglichen.
5. Gemeinsame Inspektionen in der Bauwirtschaft sollten auch über den Zuständigkeitsbereich des SC hinaus und auf andere Branchen ausgeweitet werden, etwa auf die Tourismusbranche.

Arbeitnehmervertretung

1. Der SC hat auf den Baustellen Worker-Welfare-Foren eingerichtet. In freien Wahlen sind Arbeitnehmervertreter gewählt worden.

Die BHI hat das Verfahren verfolgt und mit dem SC zusammengearbeitet, indem sie den gewählten Arbeitnehmervertretern in Schulungen vermittelt hat, wie sie mit Anliegen der Arbeiter und Arbeitsschutzproblemen umgehen können. QDVC/VINCI hat in Zusammenarbeit mit der BHI auf Arbeitsstätten im ganzen Land Arbeitnehmerausschüsse eingerichtet.

2. Die BHI arbeitet mit den Zusammenschlüssen von Arbeitsmigranten zusammen (Community Leaders) und sie dabei unterstützt, eine Föderation zu gründen, die in regelmäßigem Kontakt mit dem SC und dem MADSLA steht.

Empfehlungen

1. Es sollten in der gesamten Bauindustrie und in anderen Branchen Arbeitnehmerausschüsse nach dem SC-Modell entstehen. Mitglieder der unabhängigen Arbeitnehmerausschüsse sollten Schulungen und Kompetenzerweiterungen durchlaufen, bevor gemeinsame Arbeitsschutzausschüsse eingerichtet werden.
2. Es sollte ein Arbeitnehmerzentrum eingerichtet werden, das von den Wanderarbeitnehmern selber geführt wird. Hier könnten außerdem Ideen entstehen, wie das katarische Recht besser umgesetzt werden kann, und es könnte die Aufnahme von Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen vorbereiten helfen.
3. Die Regierung sollte darin bestärkt werden, ihren Weg zur vollumfassenden Achtung der grundlegenden Rechte der ILO

abzuschließen, was auch das Recht auf Bildung von Gewerkschaften und Kollektivverhandlungen umfasst.

Ein konstruktives System von Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen, einschließlich Branchentarifverhandlungen, würde Konflikte reduzieren, die Branche stabilisieren helfen und gewährleisten, dass verantwortungsbewusste Arbeitgeber nicht von denjenigen unterlaufen werden, die gegen Arbeitnehmerrechte verstoßen und keine guten, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen bieten.

Neue Vereinbarung über die WM hinaus

BHI und der Arbeitsminister in Katar haben im März 2022 ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet.

In gemeinsamen Projekten soll die Situation der Arbeitsmigranten verbessert werden und die Umsetzung der Reformen verbessern helfen.

Die bisherige Vereinbarung mit dem SC war beschränkt auf die WM Baustellen. Die neue Vereinbarung mit dem Arbeitsminister gilt für das gesamte Land.

Die Laufzeit der Vereinbarung ist vorerst befristet bis Ende 2024.

Schlussbemerkung:

Bei aller berechtigten Kritik erkennt die BHI die Bemühungen von Katar die Situation der Arbeitsmigranten zu verbessern an und setzt weiterhin auf Diplomatie und schrittweise Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Katar.

Dietmar Schäfers
Vizepräsident BHI

Mobil: +49 177 8526232

Mail: dietmar.schaefers@igbau.de

Mail: dietmarschaefers@icloud.com



Stellungnahme des Deutschen Fußball-Bundes e.V.

im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestags am 04. Juli 2022 zum Thema „Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022“

I. Hintergrund:

Aus sportlicher Sicht ist die FIFA-Weltmeisterschaft das bedeutendste Turnier des Weltfußballs, sowohl für die Spieler als auch für Millionen von Fans weltweit. Als Teil der internationalen Fußballgemeinschaft hat sich der Deutsche Fußball-Bund (DFB), so wie auch die anderen für das Turnier qualifizierten Mitgliedsverbände der FIFA, dazu verpflichtet, an der WM-Endrunde teilzunehmen.

Die Vergabe der FIFA-Weltmeisterschaft an Katar kann in vielerlei Hinsicht als problematisch erachtet werden, insbesondere im Hinblick auf Menschenrechte und Nachhaltigkeit. Im Sinne des Sports, der Sportler und Fans hätte man sich eine andere Entscheidung vorstellen können.

Im Zuge des damit verbundenen Diskurses um Menschenrechte nahm die FIFA im Jahr 2016 als erster internationaler Sportverband die Achtung der Menschenrechte in ihre Satzung auf. Seit 2017 besteht die Praxis der FIFA, bei den Vergaben von FIFA-Turnieren menschenrechtliche Mindestkriterien zugrunde zu legen und entsprechende Standards, z.B. im Hinblick auf Arbeitsschutz, freie Meinungsäußerung oder Inklusion, von vorneherein zu gewährleisten.

Das Thema „Menschenrechte“ genießt auch einen hohen Stellenwert beim DFB. Auf dem 43. DFB-Bundestag im Jahr 2019 wurde ein Bekenntnis „zur Achtung aller international anerkannten Menschenrechte“ in § 2 der DFB-Satzung aufgenommen. Zur Untermauerung dieses Bekenntnisses hat der DFB eine Menschenrechts-Policy entwickelt, wonach er sich – auch unter Nutzung seines gesellschaftlichen Einflusses – in Wahrnehmung seiner menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entsprechend den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UN-Leitprinzipien) und dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) der Bundesregierung im Rahmen seiner Aktivitäten für die Achtung der Menschenrechte einsetzt.

In diesem Sinne ist der DFB in all seinen Handlungen darum bemüht, menschenrechtliche Risiken und mögliche Verletzungen zu verhindern, zu reduzieren bzw. entsprechende Abhilfe zu schaffen. Zu diesem Zweck prüft und nutzt der DFB geeignete Optionen, die ihm angesichts seiner Verbandsstruktur, seiner gesellschaftlichen Rolle sowie seiner Geschäfts- und Vertragsbeziehungen zur Verfügung stehen.

II. Motor für Entwicklung? Chancen und Risiken von Sport-Events

In einer vielfach von Konflikten geprägten Welt sind Verständigung, Austausch und Zusammenarbeit notwendig, um über politische, religiöse und kulturelle Grenzen

hinweg Grundlagen für Verbesserung zu schaffen. Dies gilt umso mehr in Hinblick auf die Durchsetzung menschenrechtlicher Standards.

Der DFB vertritt die Position, dass gerade der Sport im Rahmen seiner Möglichkeiten auf und abseits des Platzes Brücken bauen kann. Der DFB ist sich insofern seiner Verantwortung bewusst und nutzt im Rahmen seiner Möglichkeiten seine öffentlichkeitswirksame „Strahlkraft“, um auf gesellschaftliche Fragen aufmerksam zu machen und die Achtung der Menschenrechte anzumahnen. In diesem Zusammenhang hat der DFB auch die Potenziale für eine nachhaltige und positive Entwicklung in einem Ausrichterland im Blick. Nach Ansicht des DFB ist es von besonderer Bedeutung, einen vertrauensvollen und regelmäßigen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen und den für die Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik zuständigen staatlichen Akteuren zu pflegen, um Problemfelder zu adressieren und gemeinsam Handlungsoptionen zu erarbeiten.

Vor diesem Hintergrund teilt der DFB die Auffassungen u.a. von Auswärtigem Amt, Amnesty International (AI), der International Labour Organisation (ILO) sowie der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter (BWI), dass in es Katar bereits zu spürbaren Verbesserungen und Reformen mit Bezug zu Arbeits- und Sozialstandards gekommen ist. Gleichwohl gibt es noch Defizite bei der Umsetzung der entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen. Weiterhin erhebliche Mängel bestehen bei der Umsetzung von Presse- und Meinungsfreiheit oder der Anerkennung der Rechte von Frauen und Homosexuellen/LGBTIQ+. Die Achtung dieser Menschenrechte ist aus Sicht des DFB nicht nur während des Turniers sicherzustellen, sondern auch danach. Gerade deshalb weisen Menschenrechtsorganisationen und andere Interessenvertretungen darauf hin, dass das verbleibende Zeitfenster bis zum Beginn des Turnieres genutzt werden muss, um weiterhin Druck auf die katarische Regierung auszuüben, um weitere Umsetzungsmaßnahmen anzustoßen.

III. Bisherige Maßnahmen des DFB:

Die menschenrechtsbezogenen Aktivitäten des DFB bauen auf dem langjährigen und vielfältigen gesellschaftspolitischen Engagement des DFB auf. Denn seit vielen Jahren fördert der DFB gesellschaftliche Werte wie Respekt, Vielfalt, Integrität, Transparenz sowie Solidarität im Fußball und fordert diese auch von anderen ein. Bereits 2010 verankerte der DFB diese Werte in seiner Verbandssatzung und in seinem Ethik-Kodex.

National wie international setzt sich der DFB mit verschiedenen Maßnahmen für menschenrechtliche Belange ein.

Beispielsweise für

- die Teilhabe von Menschen,
- die Kraft der Integration,
- die Förderung von Fair-Play,

- eine vielfältige Fankultur,
- Maßnahmen zur Gewaltprävention und Gleichberechtigung.

Dieses Engagement erstreckt sich auf den Breiten- wie auf den Spitzenfußball, von den Amateurvereinen bis zur Nationalmannschaft. Auch das interne Compliance-Management-System des DFB bietet wichtige Ansatzpunkte für die Prävention bzw. einen effektiven Umgang mit negativen Folgen der Missachtung von Menschenrechten.

Im Vorfeld von Länderspielen im Ausland und anderen internationalen Wettbewerben analysiert der DFB regelmäßig die Menschenrechtssituation vor Ort. Dabei werden unter Einbindung zuständiger Stellen der Bundesregierung und anderer Wissensträger Informationen gesammelt und Dialoge mit allen beteiligten Interessengruppen initiiert. Mannschaften, Delegationen und Funktionär*innen erhalten so Informationen zur Menschenrechtssituation vor Ort, die bei Bedarf durch Begleitmaßnahmen ergänzt werden.

So wurden beispielsweise 2017 mit der Einrichtung einer Projektgruppe anlässlich der DFB-Bewerbung für die Austragung der UEFA EURO 2024 und dem Sozialprogramm zur FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2018 erstmals spezifische Projekte mit einem Fokus auf Menschenrechte umgesetzt.

IV. Bisherige Maßnahmen in Bezug auf die FIFA WM 2022 in Katar

Der DFB hat frühzeitig eine interne Projektgruppe eingerichtet, in der Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Fachbereichen zusammenarbeiten. Die Projektgruppe steht mit unabhängigen Expert*innen sowie Vertreter*innen aus dem Sport, der Politik und anderen Teilen der Gesellschaft in regelmäßigem Austausch. Hierzu zählen u.a. die FIFA, die UEFA, andere Nationalverbände, Nichtregierungsorganisationen (z.B. Human Rights Watch, Amnesty International, BWI, Centre for Sport and Human Rights), die Bundesregierung (Auswärtiges Amt), die ILO und Fan-Organisationen. Mit Bezug auf die Problemstellungen, Potenziale und Verbesserungen im Kontext der WM 2022 stellt die Projektgruppe hiermit einen Überblick zu wichtigen Organisationen und Informationsquellen bereit.

Im Zuge dessen wurden u.a. folgende Aktivitäten initiiert bzw. durchgeführt:

- Verabschiedung einer Position und entsprechende Kommunikations- bzw. Medienarbeit
- Transparente Bereitstellung von Informationsmaterialien, Berichten und Stellungnahmen diverser Stakeholder auf der DFB-Webseite
- Umfangreicher Dialog mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Interessengruppen als Basis für die Ermittlung und Einschätzung von menschenrechtlichen Risiken und Problemfeldern, u.a. Hearings und Informationsveranstaltungen für die Nationalmannschaft
- Aktives Engagement im Rahmen einer von der UEFA eingesetzten Arbeitsgruppe mit Fokus auf Menschen- und Arbeitsrechte in Katar

- Planung von konkreten Aktivitäten vor Ort bzw. in der Region, bspw. fand in Zusammenarbeit mit der GIZ im März in Amman eine erste Edition des DFB-eigenen Fortbildungsprogrammes für Nachwuchsführungskräfte aus dem Managementbereich des Fußballs statt („Future Leaders in Football“-Programm), die sich ausschließlich an weibliche Teilnehmerinnen aus dem Mittleren Osten richtete.

Um die verbleibende Zeit zu nutzen, appelliert der DFB an alle beteiligten Akteure, sich weiterhin für die Achtung der Menschenrechte einzusetzen und stark zu machen, um gemeinsam zu einer Verbesserung der menschenrechtlichen Situation vor Ort beizutragen.

STELLUNGNAHME

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG DES SPORTAUSSCHUSSES DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS ZUM THEMA „FUßBALL-WELTMEISTERSCHAFT IN KATAR 2022“, 4. JULI 2022

Berlin, 27.06.2022

VORBEMERKUNG

Amnesty International bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme bei der öffentlichen Anhörung im Sportausschuss des Bundestags zum Thema „Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022“.

In der vorliegenden Stellungnahme konzentriert sich Amnesty International vornehmlich auf die **menschenrechtliche Situation der Arbeitsmigrant*innen** in Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar.

ZUSAMMENFASSUNG:

Seit der Vergabe der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft der Männer im Jahr 2010 an Katar, stehen Menschenrechte und insbesondere die Rechte von Arbeitsmigrant*innen im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Amnesty International hat seit über zehn Jahren in zahlreichen Berichten weitverbreitete und systematische Verletzungen von Rechten von Arbeitsmigrant*innen untersucht, sowie Verletzungen der Rechte von Frauen, von LGBTI-Personen, sowie der Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit dokumentiert.¹

Nach fortwährender Kritik hat die katarische Regierung im Jahr 2017 schließlich ein **Abkommen mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** geschlossen, in dem sich Katar zu weitreichenden Reformen im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und insbesondere zur Reform des als Kafala bezeichneten Vormundschaftssystems verpflichtet hat.

In der Folge wurden eine Reihe von **Reformen** angestoßen, die durchaus **transformatorischen Charakter** haben könnten, **wenn sie denn vollständig umgesetzt würden**.

Nach ersten Fortschritten in den Jahren 2018 – 2020, hat Amnesty International **2021 jedoch ein Nachlassen des Reformfortschrittes** festgestellt. In Teilen wurden durch Untätigkeit der katarischen Regierung sogar **bereits erreichte Fortschritte rückgängig gemacht**. Innerhalb der katarischen Wirtschaft formiert sich zunehmend Widerstand gegen die Reformen, aus Sorge Einfluss und Profitmöglichkeiten zu verlieren.

¹ Alle Berichte von Amnesty International zu Katar finden sich hier:

<https://www.amnesty.org/en/latest/research/?qlocation=2047> z.B.:

“The dark side of migration: Spotlight on Qatar’s construction sector ahead of the World Cup” (2013):

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/010/2013/en/> oder ‘Treat us like we are human’: Migrant workers

in Qatar (2013): <https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/011/2013/en/>, The Ugly Side of the Beautiful

Game: Exploitation of migrant workers on a Qatar 2022 World Cup site (2016):

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/3548/2016/en/>



Verletzungen des Arbeitsrechts durch katarische Arbeitgeber*innen bleiben für diese in aller Regel straflos und ohne Konsequenzen. Diese „**Kultur der Straflosigkeit**“ lässt bisherige Erfolge erodieren und sendet ein verheerendes Signal an Arbeitsmigrant*innen.

Die katarische Regierung muss **unmittelbar und konsequent die angekündigten Reformen umsetzen und echten politischen Willen** zeigen, wenn sie ihre Ankündigung von einem spürbaren Fortschritt für Arbeitsmigrant*innen wahr werden lassen möchte.

MENSCHENRECHTLICHE SITUATION DER ARBEITSMIGRANT*INNEN IN KATAR: AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

Amnesty International erkennt an, dass die katarische Regierung zentrale Reformen des Kafala-Systems angestoßen hat. Dazu zählen unter anderem:

- Die Abschaffung der Genehmigungen für die **Ausreise** (Exit Visa) sowie für den **Arbeitsplatzwechsel** (No-Objection Certificate/-NOC) im August 2020
- Die Einführung eines allgemeinen **Mindestlohns** im März 2021
- Die Verbesserung der **Hitzeschutzmaßnahmen**
- Die Einführung von **Streitschlichtungskomitees**, um den Zugang zur Arbeitsgerichtsbarkeit für Arbeitsmigrant*innen zu verbessern im März 2018
- Die Einführung eines **elektronischen Lohnzahlungssystems** zur Verhinderung von Lohndiebstahl im März 2018
- Die Einführung eines **Fonds für nicht gezahlte Löhne** (operationell seit 2020)
- Die Einführung von **gemeinsamen Komitees aus Arbeitgeber*innen und Arbeitsmigrant*innen**.

Diese Reformen, die **potenziell transformatorischen Charakter** haben, haben dennoch bis heute **nicht dazu beigetragen, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant*innen in Katar nachhaltig und auf breiter Ebene zu verbessern**.² Spürbare Verbesserungen erfahren insbesondere diejenigen Arbeitsmigrant*innen, die auf den direkten WM Baustellen tätig sind – etwa zwei Prozent aller Arbeitsmigrant*innen - und die von den „Workers‘ Welfare Standards“ des katarischen Organisationskomitees profitieren.

Während sich die Möglichkeit der freiwilligen und selbstbestimmten Ausreise für Arbeitsmigrant*innen im Jahr 2021 **spürbar verbessert** hat, unterliegen sie hinsichtlich des Arbeitsplatzwechsels weiterhin **erheblichen Hürden**.

Zwar verweist das katarische Arbeitsministerium (MADLSA) darauf, dass zwischen September 2020 und August 2021 226.840 Anträge auf Jobwechsel stattgegeben wurden.³ Die Gesamtzahl der gestellten Anträge sowie Zahl der Ablehnungen ist nicht bekannt – zudem ist die Zahl derjenigen wechselwilligen Arbeiter*innen, die aus Angst vor ihren Arbeitgeber*innen gänzlich von der Antragstellung absehen, nicht erfasst.

Amnesty hat zahlreiche Fälle von Arbeitsmigrant*innen dokumentiert, die Sanktionen und Strafmaßnahmen durch ihre Arbeitgeber*innen erlitten, wenn sie ihren Wunsch nach einem

² “Reality Check 2021: A year to the 2022 World Cup – The state of Migrant Worker’s Rights in Qatar”, <https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/4966/2021/en/>

³ Ebd., S. 10



Arbeitsplatzwechsel zum Ausdruck brachten. So wurde ihnen ohne Ankündigung das Visum beendet oder sie wurden wegen „Davonlaufens“ angezeigt, einem Straftatbestand im katarischen Recht.

Der **Fond**, der eingerichtet wurde, um im Falle nicht gezahlter Löhne Arbeitsmigrant*innen diese fehlenden Löhne auszuzahlen, ist zwar seit 2020 operationell. Allerdings sind weder die Kriterien, nach denen ausstehende Löhne ausgezahlt werden noch die Höhe der bisher geleisteten Auszahlungen überprüf- und nachvollziehbar. Organisationen, die Arbeitsmigrant*innen vor Ort unterstützen berichten von zahllosen Fällen, in denen Arbeiter*innen, denen das Recht auf Auszahlung nicht gezahlter Löhne anerkannt wurde, dennoch keinen Zugang zu Mitteln des Fonds erhielten.

Das Recht sich gewerkschaftlich zu organisieren, existiert in Katar **weiterhin ausschließlich für katarische Staatsangehörige – nicht aber für Arbeitsmigrant*innen**. Seit 2018 dürfen sich Arbeitsmigrant*innen und Arbeitgeber*innen in sogenannten Gemeinsamen Komitees zusammenschließen – diese bedürfen jedoch der Zustimmung des*der Arbeitgeber*in und sehen beispielsweise kein Recht auf Kollektivverhandlungen vor. Insbesondere in Anbetracht des im geltenden Kafala-System herrschenden Machtungleichgewichts zwischen Arbeiter*innen und Arbeitgeber*innen, stellen die **gemeinsamen Komitees eine unzureichende Maßnahme** dar und können nicht mit dem **Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich einer Gewerkschaft anzuschließen**⁴ verglichen werden.

Trotz anderslautender gesetzlicher Bestimmungen werden weiterhin Reisepässe von Arbeitsmigrant*innen konfisziert, unbezahlte Überstunden angeordnet, Ruhepausen und -tage verweigert, Hitzeschutzmaßnahmen verletzt, Löhne unterhalb des Mindestlohns gezahlt, Löhne zu spät oder nicht gezahlt und unzulässige Lohnseinbußen als Strafmaßnahmen eingesetzt.

In einer Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der privaten Sicherheitsbranche in Katar kommt Amnesty International zu dem Schluss, dass in 6 von 8 untersuchten Firmen Arbeitsbedingungen vorherrschen, die der **Zwangsarbeit gemäß der Definition der ILO** entsprechen.⁵

In einem Bericht von 2021 dokumentiert Amnesty International das Ausmaß **nicht angemessen untersuchter Todesfälle unter Arbeitsmigrant*innen** in Katar und kommt zu dem Ergebnis, dass bis zu 70 Prozent aller Todesfälle nicht untersucht werden, sondern Todesscheine pauschal und summarisch ausgestellt werden.⁶ In einem hochentwickelten Land wie Katar in dem technisch nahezu jeder Todesfall auf seine Ursache hin untersucht werden kann, deutet dies auf einen eklatanten Mangel an politischem Willen hin, der für eine mutmaßlich große Zahl von Hinterbliebenen unter anderem dazu führt, dass ihnen das Recht auf Entschädigung vorenthalten wird.

Insgesamt zeigt sich ein **differenziertes Bild** mit Blick auf die menschenrechtliche Bewertung: Neben begrüßenswerten gesetzgeberischen Reformschritten stehen Unzulänglichkeiten, Stagnation und in Teilen sogar Rückschritte in der *Reformumsetzung*. Entgegen dem katarischen Narrativ einer „Abschaffung des Kafala-Systems“ zeigen sich vielerorts die Beharrungskräfte dieses **Systems, in dem Ausbeutung und Missbrauch strukturell angelegt sind**. Gleichzeitig gilt es darauf hinzuweisen, dass Arbeitsmigrant*innen unterschiedlicher Branchen, Arbeitgeber*innen und auch geografischer Herkunft

⁴ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 23(4), <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

⁵ „They Think That We Are Machines: Forced Labour and Other Abuse of Migrant Workers in Qatar’s Private Security Sector“, <https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/5388/2022/en/>

⁶ „In the prime of their lives: Qatar’s failure to investigate, remedy and prevent migrant workers’ deaths“: <https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/4614/2021/en/>



dieses System durchaus differenziert erleben und nicht jede*r Arbeitsmigrant*in im Land Opfer von Ausbeutung und Missbrauch wird.

In der Summe zeigen die Untersuchungen von Amnesty International aber in aller Deutlichkeit, dass für das Gros der Arbeitsmigrant*innen spürbare Verbesserungen ihrer menschenrechtlichen Situation bis heute nicht erlebte Praxis geworden sind.

WAS KATAR UND DIE FIFA JETZT TUN SOLLTEN

Die systematischen Verletzungen der Rechte von Arbeitsmigrant*innen waren zum Zeitpunkt der WM-Vergabe hinlänglich bekannt und ausführlich dokumentiert – etwa durch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)⁷, das Nationale katarische Menschenrechts-Komitee⁸ oder UN-Sonderverfahren, wie den UN-Sonderberichterstatter zu Menschenhandel⁹.

Dennoch wurde die WM-Vergabe an Katar an keinerlei Bedingungen und Konditionen zum Schutz der Rechte von Arbeitsmigrant*innen geknüpft und die Rechte von Arbeiter*innen waren in keiner Form Bestandteil des Vergabeprozesses.¹⁰ In der Konsequenz erlitten und erleiden hunderttausende Arbeitsmigrant*innen massive Menschenrechtsverletzungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Fußball WM in Katar stehen.

Dies zeigt deutlich die **Notwendigkeit auf, die Vergabekriterien und die Vergabepaxis von sportlichen Großevents grundlegend zu reformieren und verbindlich an menschenrechtlichen Standards auszurichten**. Eine Vergabe eines sportlichen Großevents, die menschenrechtliche Risiken (und andere Nachhaltigkeitskriterien) derart ausblendet, sollte in Zukunft nicht länger möglich sein. Amnesty International adressiert mit dieser Forderung explizit die FIFA als Ausrichter*in der Fußball-WM.

Amnesty International spricht sich dafür aus, dass zukünftige WM-Vergaben bereits zu Beginn des Verfahrens menschenrechtliche Risiken in den Blick nehmen müssen. Dafür sollte in einem **umfangreichen und transparenten Konsultationsprozess mit relevanten Stakeholdern** sichergestellt werden, dass alle menschenrechtlichen Risiken im Zusammenhang mit dem Turnier erfasst sind. Zusätzlich gilt es, in einem partizipativen Prozess mit den potenziell Betroffenen(-Vertreter*innen) zu eruieren, mit welchen Maßnahmen diese am wirkungsvollsten zu verhindern sind. Von entscheidender Bedeutung ist es überdies, im Rahmen des Vergabeprozesses frühzeitig einen funktionierenden und niederschwellig zugänglichen **Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismus** ins Leben zu rufen.¹¹

Katar hat die ILO-Konventionen 29, 105 und 189 ratifiziert ebenso wie den Sozial- und den Zivilpakt, das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung (ICERD), das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und die arabische Menschenrechtscharta – all diese Konventionen untersagen

⁷ Siehe dazu den Bericht des ILO Expertenkomitees zur Anwendung der Konventionen und Empfehlungen, (No. 111), 2009, S. 406-408, [https://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/P/09661/09661\(2009-98-1A\).pdf](https://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/P/09661/09661(2009-98-1A).pdf)

⁸ Siehe dazu die Jahresberichte des Nationalen Menschenrechts-Komitees seit 2006: <https://nhrc-qa.org/en/annual-reports>

⁹ Sonderberichterstatter zu Menschenhandel, Mission nach Bahrain, Oman und Katar, A/HRC/4/23/Add. 2, 25. April 2007, Seiten 60-68, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G07/124/75/PDF/G0712475.pdf?OpenElement>

¹⁰ “Predictable and preventable: Why FIFA and Qatar should remedy abuses behind the 2022 World Cup” (2022), <https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/5586/2022/en/>

¹¹ Siehe hierzu auch Human Rights Watch: <https://www.hrw.org/news/2018/06/12/fifa-2026-world-cup-bids-test-reforms>



Zwangsarbeit und Ausbeutung, legen Mindeststandards fest und etablieren die Verpflichtung des Staates, bei Verstößen Abhilfe zu schaffen und für erlittene Verstöße Entschädigungen zu leisten.

Vor diesem Hintergrund fordert Amnesty International Katar auf, seinen internationalen Verpflichtungen dadurch Rechnung zu tragen, indem die angestoßenen **Reformen im Bereich der Arbeitsgesetzgebung unverzüglich und umfassend umgesetzt**, auf Reformlücken geprüft und wo erforderlich nachjustiert werden. Darüber hinaus steht Katar in der Verpflichtung **bereits erlittene Menschenrechtsverletzungen auf seinem Hoheitsgebiet angemessen und zeitnah zu entschädigen**.

Der **FIFA** als Ausrichter der WM kommt ebenfalls eine **direkte Verantwortung** zu, die primär aus den VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte resultiert¹². Die VN Leitprinzipien verpflichten die FIFA, sowohl direkt als auch indirekt keine Menschenrechtsverletzungen zu begehen und dazu beizutragen, einen Due Diligence Prozess zu etablieren, der gründlich und vorab auf mögliche menschenrechtliche Risiken prüft und aktiv zu werden, wenn Risiken oder Verletzungen identifiziert werden. Dies beinhaltet, Menschenrechtsverletzungen zu beenden und/oder Entschädigungen zu leisten.

Seit 2016 hat die FIFA die VN Leitprinzipien formal in ihren Statuten anerkannt (Art. 3)¹³ und seit 2017 in ihre eigene Menschenrechts-Policy integriert, wo sie sich explizit zur Verpflichtung zu Entschädigungen bekennt. Diesen wichtigen internen Schritten müssen aber **konkrete Taten** folgen.

Amnesty International fordert die FIFA auf, in einem partizipativen, transparent und angemessen finanziell ausgestatteten Prozess ein umfassendes Entschädigungsprogramm für sämtliche Menschenrechtsverletzungen, die seit 2010 in unmittelbarem Zusammenhang zur Fußball Weltmeisterschaft geschehen sind, aufzusetzen.

Ein solcher Entschädigungsmechanismus könnte zu einem echten Wendepunkt für die FIFA werden, indem die FIFA klar und unmissverständlich zu ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht steht. Ein solcher Mechanismus würde darüber hinaus einen Präzedenzfall im internationalen Sport darstellen, mit einer wichtigen Signalwirkung weit über 2022 hinaus.

¹² <https://www.business-humanrights.org/en/big-issues/un-guiding-principles-on-business-human-rights/>

¹³ FIFA Statuten, Ausgabe 2019:

<https://digitalhub.fifa.com/m/24e7ebf51adb535c/original/upjo9uvafywdzh4wu73-pdf.pdf>



Dr. Sebastian Sons, Researcher, Center for Applied Research in Partnership with the Orient (CARPO)

Gutachtliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema „Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022“ am 4. Juli 2022

Deutschland braucht eine Strategie zum Umgang mit Katar – unabhängig von der WM

- Die Kritik an der WM-Ausrichtung ist aus menschenrechtlicher und sportpolitischer Hinsicht gerechtfertigt, allerdings wird dabei zumeist die gewachsene Bedeutung Katars auf energie-, wirtschafts-, sicherheits- und kulturpolitischer Ebene vernachlässigt.
- Vor dem Hintergrund der geopolitischen Relevanz Katars bedarf es eines proaktiven strategischen Ansatzes, der in Deutschland bislang fehlt, und der unabhängig von der tagesaktuellen Debatte um die WM entwickelt werden muss.
- Katar ist kein Partner der Wahl, sondern ein Partner der Notwendigkeit. Deswegen sollte jedwede Form der Zusammenarbeit kritisch diskutiert und ernsthaft abgewogen werden. Die WM in Katar bietet daher vor dem Hintergrund der sich verschiebenden geostrategischen Tektonik im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eine Chance, in Deutschland eine klare und kohärente Strategie zum Umgang mit autoritären Regimes wie Katar und den anderen Golfmonarchien zu entwickeln. Diese Strategie sollte darauf abzielen, Fragen der Menschenrechte sowie realpolitische Interessen miteinander zu vereinbaren.
- Eine solche Strategie muss selbstkritisch analysieren, welche politischen Instrumente Deutschland zur Verfügung stehen, um einen konstruktiven Dialog mit Katar (und den anderen Golfstaaten) zu führen, ohne weder Missstände zu verharmlosen noch sich für golfarabische Zwecke instrumentalisieren zu lassen.
- Beschleunigt durch die energiepolitischen Zwänge im Zuge des Ukraine-Krieges muss Deutschland mit einem Land wie Katar in Zukunft enger kooperieren und gleichzeitig einen Balanceakt vollführen: Zum einen sollte Deutschland energiepolitisch nicht in ein neues Abhängigkeitsverhältnis geraten, zum anderen müssen weitere Politikfelder identifiziert werden, in denen eine Zusammenarbeit auch aus Werteperspektive angemessen erscheint.

Katar ist ein relevanter geostrategischer Akteur – auch wegen der WM

Die politische Führung unter Emir Tamim bin Hamad Al Thani nutzt die WM als strategisches Instrument, um sich auf den Ebenen Partnerschaft, Profilierung und Plattform als unersetzlicher Partner der internationalen Gemeinschaft zu präsentieren.¹

¹ P. M. Brannagan und D. Reiche: *Qatar and the 2022 FIFA World Cup*, Springer International Publishing 2022.

Partnerschaft

- International ist Katar aufgrund seiner Position als weltweit wichtigster Exporteur von Flüssiggas und seiner geostrategisch bedeutsame Lage am Persischen Golf zu einem einflussreichen internationalen Akteur angestiegen.²
- Umfangreiche Investitionen in Unternehmen in Europa (u. a. in Deutschland) verfolgen das Ziel, die von fossilen Ressourcen abhängige Wirtschaft weiter zu diversifizieren und den politischen Einfluss auf solche Märkte zu erhöhen.
- Gleichzeitig unterstützt Katar mit bemerkenswerten finanziellen Mitteln multilaterale Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit und ist mittlerweile u.a. Mitglied im Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC), investiert in Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Kultur- und Kunstorganisationen, fördert Nachwuchstalente und bietet Ablegern internationaler Universitäten und Forschungseinrichtungen ein im regionalen Vergleich relativ freies Forschungsumfeld.

Profilierung

- Die WM fungiert als Katalysator, Katars Präsenz als globale Marke in den Sektoren Sportindustrie, Tourismus, Unterhaltung, Energie und Finanzen zu stärken und sich gleichzeitig als politischer Netzwerker zu etablieren.³ Investitionen in internationale Fußballvereine wie Paris St. Germain oder das Sponsoring vom FC Bayern München sind prominente Beispiele für das Vorgehen Katars, mit Sportinvestitionen internationale Öffentlichkeit, wirtschaftliche Diversifizierung und strategische politische Tiefe zu erreichen.
- Diese Soft-Power-Strategie⁴ dient Katars Führung unter Emir Tamim bin Hamad Al Thani dazu, die eigene Herrschaft auf nationaler Ebene zu konsolidieren, sich auf regionaler Ebene gegenüber den Bedrohungen durch die golfarabischen Nachbarn Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zu schützen und auf internationaler Ebene politisches Gewicht in multilateralen Foren der Sicherheits- oder Entwicklungspolitik zu gewinnen.⁵
- Die WM soll die Legitimität des Herrscherhauses konsolidieren, indem es sich als Architekt eines modernen und weltoffenen Landes präsentiert. Gleichzeitig soll sie einen nationalistischen Patriotismus stärken, der die katarische Herrschaft ins rechte Licht rückt und den Personenkult des Emirs schürt.

Plattform

- Einklemmt zwischen den einflussreichen Regionalakteuren Saudi-Arabien, Iran und der Türkei verfolgt Katar eine Strategie der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Diversifizierung, um

² S. Wright: Foreign policies with international reach: The case of Qatar, in: D. Held und K. C. Ulrichsen (Hrsg.): *The transformation of the Gulf: Politics, economics and the global order*, London: Routledge 2012, S. 296-332.

³ P. M. Brannagan und R. Giulianotti: The soft power–soft disempowerment nexus: The case of Qatar, in: *International Affairs*, 94(2018)5, S. 1139–1157.

⁴ J. S. Nye: Public diplomacy and soft power, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Sciences*, 616(2008)1, S. 94–109.

⁵ D. Reiche: Investing in sporting success as a domestic and foreign policy tool: The case of Qatar, in: *International Journal of Sport Policy and Politics*, 7(2015)4, S. 489–504.

vertrauenswürdige Netzwerke aufzubauen, die bei externen Bedrohungen die nationale Sicherheit und damit das Überleben der Herrscherfamilie bewahren.⁶

- Katar verfolgt daher eine „Mit-allen-Reden“-Strategie und unterhält konziliante Beziehungen zu Iran, der Türkei, China oder Russland sowie den Taliban oder der Hamas, kooperiert aber auch eng mit den USA.
- Die WM ist auch eine Schutzgarantie gegen externe Bedrohungen: Während der „Golfkrise“ von Juni 2017 bis Januar 2021 implementierten Saudi-Arabien, die VAE, Bahrain und Ägypten eine See- und Landblockade gegen Katar, um den Nachbarn politisch und wirtschaftlich zu schwächen.⁷ In Katar fürchtete man sogar eine Militärintervention der Blockadestaaten.
- Katar konnte sich auch deswegen während der Blockade behaupten, da es mit der WM international zu wichtig geworden war, und viele Partner aus Politik und Wirtschaft den WM-Standort nicht gefährden wollten. Die Krise nutzte am Ende sogar dem Emir, seinen Status als „Beschützer der Nation“ zu manifestieren.⁸ Sportdiplomatie ist somit zu einem integralen Mittel der katarischen Außenpolitik geworden, welches bereits seit der katarischen Unabhängigkeit 1971 angewendet wird.

Die Situation der Menschenrechte bleibt problematisch – trotz der WM

- In der Diskussion um die Arbeitsrechte in Katar ist es wichtig, die globale und transnationale Dimension von Ausbeutung der Migrant:innen zu verdeutlichen und stärker zu thematisieren. Katar ist weder der Alleinverantwortliche noch das Opfer in der Debatte um die prekären Arbeitsbedingungen, sondern *ein* wichtiger Akteur in einem globalen Ausbeutungssystem, von dem noch immer zu viele Akteure im globalen Süden auf Kosten der Migrant:innen profitieren.⁹ Deswegen greift die Kritik an Katar zu kurz.
- In Katar leben etwa 2,8 Millionen Menschen, davon verfügen 2,23 Millionen nicht über die katarische Staatsangehörigkeit. Somit beträgt der Anteil an Migrant:innen 78,7% der Gesamtbevölkerung, wovon nur 17,2% Frauen sind, die vor allem im häuslichen Bereich arbeiten.¹⁰ Die meisten Arbeitsmigrant:innen in Katar stammten 2018 aus Indien (ca. 660.000), Nepal (341.000), den Philippinen (185.000), Ägypten (166.000), Bangladesch (163.000) und Pakistan (135.000).¹¹
- Noch immer stehen Migrant:innen unter existenziellem Druck, nicht nur ihren, sondern auch den Lebensunterhalt ihrer gesamten Familie mit ihrem Aufenthalt in den Golfstaaten aufbringen zu müssen.
- Für die Herkunftsländer dieser Arbeitsmigrant:innen sind die durch sie erfolgenden Rücküberweisungen überlebenswichtig. Insgesamt betrug das Volumen der Rücküberweisungen aus Katar im Jahr 2020 USD 10,7 Mrd. Damit liegt Katar innerhalb der Mitgliedsstaaten des

⁶ S. Sons: Sport als Machtinstrument, in: *Internationale Politik* Mai/Juni 2022, S. 94-99.

⁷ A. Krieg (Hrsg.): *Divided Gulf. The Anatomy of a Crisis*, Singapur: Palgrave Macmillan 2019, K. C. Ulrichsen: *Qatar and the Gulf Crisis*, Oxford: Oxford University Press 2020.

⁸ <https://www.france24.com/en/20170803-with-qatar-crisis-tamim-glorious-rises-national-emblem>.

⁹ S. Sons: *Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien und ihre Wahrnehmung in Pakistan. Akteur*innen und Strategien der öffentlichen Sichtbarmachung*, Heidelberg: xAsia 2019.

¹⁰ <https://migrants-refugees.va/country-profile/qatar/>.

¹¹ <https://sgp.fas.org/crs/mideast/R44533.pdf>.

Golfkooperationsrates (GKR) auf Rang 4 hinter den VAE mit USD 43,2 Mrd., Saudi-Arabien mit 34,6 Mrd. und Kuwait mit USD 10,7 Mrd.¹²

- Ein Großteil dieser Gelder fließt in afrikanische und asiatische Entsendestaaten, deren marode Wirtschaften von den Rücküberweisungen abhängig sind. So beträgt der Anteil der Rücküberweisungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Nepal 24,8%, in Pakistan 12,6%, in den Philippinen 9,4%, in Ägypten 8,4%, in Marokko 7,4% und in Bangladesch 6,5%.¹³
- Damit sie diese Einnahmen nicht gefährden, setzen sich die Heimatregierungen kaum für ihre Landsleute ein. Das Dilemma der Arbeitsmigrant:innen beginnt also nicht erst in Katar, sondern bereits in ihren Heimatländern.
- Gleichzeitig instrumentalisiert Katar seine Maßnahmen zur formellen Verbesserung des Arbeitsschutzes auch, um sich von seinen regionalen Nachbarn abzugrenzen und in einem besseren Licht darzustellen. Um den eigenen Wirtschaftsstandort zu stärken, betreibt Katar eine Art „Labor-Rights-Washing“, indem man die Situation im eigenen Land als vorbildhaft im regionalen Vergleich darstellt und von eigenen Verfehlungen ablenkt.
- Die katarische Regierung zeigt sich unter dem jetzigen Emir Tamim daran interessiert, die rechtlichen Rahmenbedingungen zugunsten der Arbeitsmigrant:innen zu verbessern. So wurde der International Labour Organization (ILO) in Katar, anders als in anderen Golfstaaten, erlaubt, ein Büro zu eröffnen.¹⁴ Weiterhin führte Katar u. a. einen Mindestlohn und Beschwerdesysteme für Migrant:innen¹⁵, Arbeitsschutzmaßnahmen für Hausangestellte oder die Lockerung von Reisebeschränkungen für Migrant:innen ein, die von der ILO als positive Schritte begrüßt wurden,¹⁶ und verstärkte die Inspektionen auf den WM-Baustellen.
- Trotz dieser Verbesserungen existiert eine gravierende Diskrepanz zwischen rechtlichen Vorgaben und faktischer Umsetzung, die zu Recht bemängelt wird. Dies liegt an mangelndem politischen Willen auf Seiten der katarischen Regierung sowie der Heimatländer der Migrant:innen.
- Die Abschaffung des *Kafala*-Systems (Bürgerschaftssystems)¹⁷ wurde 2017 in Aussicht gestellt, ist aber bisher weiterhin in Takt.¹⁸ So können die Arbeitgeber:innen weiterhin den Vertrag verhältnismäßig einfach kündigen, was die Arbeitnehmer:innen in die Situation versetzt, innerhalb von 90 Tagen das Land verlassen zu müssen. Andernfalls drohen maximal drei Jahre Haft oder eine Geldstrafe von bis zu EUR 12.400.¹⁹
- Die Beschwerdesysteme bleiben unzureichend und insbesondere während der Corona-Pandemie kam es zu verspäteten oder ausbleibenden Lohnzahlungen.²⁰

¹² Global Knowledge Partnership on Migration and Development: Remittances data, <https://www.knomad.org/data/remittances>.

¹³ Global Knowledge Partnership on Migration and Development: Remittances data, <https://www.knomad.org/data/remittances>.

¹⁴ ILO Project Office for the State of Qatar: *Progress report on the technical cooperation programme between the Government of Qatar and the ILO*, December 2021.

¹⁵ <https://www.gco.gov.qa/en/focus/labour-reform/>.

¹⁶ https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_757599.pdf.

¹⁷ M. Dito: *Kafala: Foundations of Migrant Exclusion in GCC Labor Markets*, in: A. Khalaf, O. AlShehabi und A. Hanieh (Hrsg.): *Transit States. Labour, Migration and Citizenship in the Gulf*, London: Pluto Press 2014, S. 79-100.

¹⁸ https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---arabstates/---ro-beirut/documents/publication/wcms_776527.pdf

¹⁹ <https://www.hrw.org/news/2020/09/24/qatar-significant-labor-and-kafala-reforms>.

²⁰ <https://www.hrw.org/report/2020/08/24/how-can-we-work-without-wages/salary-abuses-facing-migrant-workers-ahead-qatars>.

- Migrant:innen werden in vielen Golfstaaten als Außenseiter:innen verunglimpft und marginalisiert, wie insbesondere die Stigmatisierung als Überträger:innen des Virus während der Corona-Pandemie zeigte.²¹
- So bestehen Missstände zwar weiterhin fort, aber zumindest hat eine vorsichtig positive Entwicklung eingesetzt. Vereinzelte Kampagnen in sozialen Medien forderten ein Ende dieser xenophoben Ausgrenzung und eine bessere Integration der Arbeitsmigrant:innen, während Stiftungen und gemeinnützige Einrichtungen in den Golfstaaten Hilfsleistungen für Migrant:innen anbieten. In einigen Entsendestaaten wie Pakistan sind in den letzten Jahren zivilgesellschaftliche Initiativen entstanden, die sich für die Rechte der Migrant:innen und ihrer Familien einsetzen.

Wie die Zusammenarbeit mit Katar aussehen könnte – nach der WM

- Als eine wesentliche Grundlage für eine strategische Ausrichtung Deutschlands gegenüber Katar könnte die kürzlich veröffentlichte EU-Strategie zum Umgang mit den arabischen Golfstaaten („A strategic partnership with the Gulf“) dienen, die Felder wie wirtschaftliche Partnerschaften, Transport, maritime Sicherheit, Digitalisierung, Forschung und Innovation, grüne Energie, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, Geschlechtergerechtigkeit und kultureller Austausch als Schwerpunkte der Zusammenarbeit nennt.²²
- Deutschland könnte im Rahmen dieser Strategie traditionell wirksame und funktionale Politikinstrumente einsetzen, um vor allem in zwei ausgewählten Bereichen die Zusammenarbeit mit Katar zu intensivieren. In beiden Bereichen besteht das Potenzial, geostrategische und wertegebundene Interessen miteinander zu vereinbaren.²³

Engere Zusammenarbeit im Migrationsmanagement

- Deutschland sollte einen ganzheitlichen Ansatz in der globalen Migrationspolitik verfolgen, der die Golfstaaten stärker berücksichtigt und in eigene Initiativen einbezieht.²⁴
- Ausbeutung durch kriminelle Rekrutierungsagenturen, hohe Migrationskosten und prekäre Lebensbedingungen durch exorbitante Verschuldung, soziale Isolation und Entfremdung innerhalb der Familien sind Probleme, die bereits in den Entsendestaaten und auf dem Weg in die Golfstaaten auftreten und daher eine ebenso hohe Relevanz für die deutsche Politik haben müssen, wie die Missstände in Katar.
- Die Kombination aus politischem und öffentlichem Druck sowie der kooperativen Wille zur Zusammenarbeit mit den Golfstaaten sollte als wirksamer Hebel für Positivveränderungen betont

²¹ <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/katar-fussball-menschenrechte-arbeitsrechte>

²²

<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Joint%20Communication%20to%20the%20European%20Parliament%20and%20the%20Council%20-%20A%20Strategic%20Partnership%20with%20the%20Gulf.pdf>.

²³ Daneben existieren noch andere Felder der möglichen Zusammenarbeit, die hier nur beispielhaft genannt werden, ohne ins Detail gehen zu können. Dazu gehört eine engere Kooperation im Bereich der Energiepolitik und des Umweltschutzes, des Kulturdialogs und des interregionalen Austauschs.

²⁴ S. Sons: Die Kritik an Katar greift zu kurz, *Qantara*, 01.05.2021, <https://de.qantara.de/inhalt/boykottaufrufe-zur-fussballweltmeisterschaft-2022-die-kritik-an-katar-greift-zu-kurz>.

werden. Kooperation und Konfrontation sind die effizientesten Hebel, um Veränderungen in den Empfänger- aber auch den Entsendestaaten realisieren zu können.

- Auch nach der WM werden die arabischen Golfmonarchien auf günstige Arbeitskräfte aus Asien und Afrika angewiesen sein, obwohl sie versuchen, langfristig die Zahl der Arbeitsmigrant:innen zu reduzieren²⁵ und verstärkt auf einheimische Arbeitskräfte zu setzen.²⁶ Die gravierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die wirtschaftlichen Krisen in den Entsendestaaten massiv verschärft, was in Zukunft auch den Zwang zur Migration erhöhen dürfte.²⁷
- Für die Golfstaaten könnten Projekte interessant sein, die Migrant:innen auf ihren Aufenthalt im Ausland vorbereiten oder Rückkehrer:innen besser in den lokalen Arbeitsmarkt integrieren. Immerhin geraten sie aufgrund der prekären Situation von Arbeitsmigrant:innen immer stärker in die Kritik, sodass es aus ihrer Sichtweise wichtiger werden könnte, mit solchen Projekten diesen Vorwürfen konstruktiv zu begegnen.
- In der Diskussion um nachhaltigen Arbeitsschutz der Migrant:innen ist es notwendig, die globale Dimension der systemischen Ausbeutung zu adressieren und sich nicht ausschließlich auf Katar zu konzentrieren. Indem der Blick auf die globale Dimension von Migration im Süd-Süd-Kontext gelenkt wird, können multilaterale Lösungsansätze diskutiert werden, in denen die arabischen Golfstaaten ein wichtiger Partner sein könnten.
- Es bestehen in der deutschen Entwicklungspolitik Programme zur Unterstützung von rückkehrenden Arbeitsmigrant:innen bei der Wiedereingliederung in ihren Heimatländern. In dieser Hinsicht könnten Bemühungen intensiviert werden, mit den Entsendeländern über eine verstärkte Zusammenarbeit im Migrationsmanagement zu verhandeln.
- Eine nachhaltige deutsche Migrationspolitik könnte diese Themen im Dialog mit der International Labour Organization (ILO) und der International Organization for Migration (IOM), zivilgesellschaftlichen Akteuren und Menschenrechtsorganisationen sowie den Regierungen der Aufnahme- sowie der Entsendeländer stärker adressieren und gemeinsame Projekte initiieren.
- In diese Aktivitäten könnten auch der Deutsche Fußball-Bund (DFB) sowie Faninitiativen involviert werden, um in den Entsendeländern der Migrant:innen mit Freundschaftsspielen, Public Viewing oder Informationsveranstaltungen auf lokaler Ebene über die Situation der Arbeitsmigrant:innen in den Golfstaaten zu informieren.²⁸ Gemeinsam mit den Golfstaaten könnten Fußballturniere für Migrant:innen organisiert werden, um ihre soziale Isolation aufzubrechen.²⁹ In Katar wird seit 2013 der „Workers Cup“ ausgetragen, an dem Arbeitsmigrant:innen aus allen Herkunftsländern mitspielen können.³⁰
- Auch die Forderung von Menschenrechtsorganisationen, Fangruppierungen und internationale Gewerkschaften an Katar und die FIFA, Arbeitsmigrant:innen mit 440 Mio. US-Dollar zu

²⁵ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-05-22/oxford-economics-sees-exodus-of-expat-workers-from-across-gcc>.

²⁶ <https://gulfresearchmeeting.net/public/documents/600ec75fc5e7dTheCOVID19HealthandSocioeconomicCrises.pdf>.

²⁷ https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---arabstates/---ro-beirut/documents/briefingnote/wcms_744832.pdf

²⁸ S. Sons: Die Kritik an Katar greift zu kurz, *Qantara*, 01.05.2021, <https://de.qantara.de/inhalt/boykottaufrufe-zur-fussball-weltmeisterschaft-2022-die-kritik-an-katar-greift-zu-kurz>.

²⁹ S. Dun: Qatar's Golden Opportunity: *Create Football Fandoms for Migrant Workers*, Center for International and Regional Studies, Georgetown University Qatar, 14.09.2021, <https://cirs.qatar.georgetown.edu/qatars-golden-opportunity-create-football-fandoms-for-migrant-workers/>.

³⁰ FIFA World Cup: Workers' Cup, <https://www.qatar2022.qa/pt/node/2723>.

entschädigen und einen Kompensationsfonds einzurichten³¹, könnte den Druck auf Katar nach der WM aufrechterhalten, sich der Verbesserung der Arbeitssituation zu widmen.

- Solche Maßnahmen können die konstruktive und pro-aktive strategische Herangehensweise der deutschen Migrationspolitik betonen, sich um die sichere Rückkehr und Reintegration von Migrant:innen aus den Golfstaaten sowie um deren umfangliche Vorbereitung auf eine zukünftige Auswanderung bemühen zu wollen.

Engere Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik

- In den letzten Jahrzehnten haben sich Katar und die anderen Golfmonarchien Saudi-Arabien, die VAE und Kuwait als einflussreiche Akteure bei der Bereitstellung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit positioniert.
- Katar verfolgt seit einigen Jahren einen entwicklungspolitischen Ansatz, der verstärkt auf multilaterale Kooperationen in der technischen Zusammenarbeit beruht und großes Interesse zeigt, gemeinsam mit deutschen Akteuren der Entwicklungspolitik zusammenzuarbeiten. Initiativen im Bildungs- und Ausbildungsbereich, in der Jugend- und Frauenförderung, des Gesundheits- oder Umweltschutzes sind Schwerpunkte der katarischen Entwicklungspolitik.
- Katar betrachtet sich als Partner auf Augenhöhe und sucht den Dialog mit traditionellen Gebern in der OECD (über den OECD Arab-DAC Dialogue on Development), proklamiert die Sustainable Development Goals (SDG) und steht einer engeren Geberkoordination durchaus aufgeschlossen gegenüber.³² Dieser entwicklungspolitische Ansatz zeigt Überschneidungen mit der deutschen Entwicklungspolitik.³³
- Weiterhin könnte Deutschland stärker als bisher die Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen wie der Islamischen Entwicklungsbank (IsDB) suchen, um entwicklungspolitische Maßnahmen besser abzustimmen, Synergien zu schaffen und neue Netzwerke zu bilden. So betrachtet das Bundesministerium für technische Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) die IsDB als potenziellen Partner, um Dreiecks Kooperationen zu fördern.³⁴
- Dass auch in diesem Bereich Grenzen der Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratieförderung und guter Regierungsführung bestehen, muss berücksichtigt und in die Analyse eingebunden werden.

Fazit

- Katar kann aufgrund seiner gewachsenen Bedeutung nicht mehr ignoriert werden – unabhängig von der WM. Diesem Umstand muss mit einer kohärenten, konstruktiven und kritischen Strategie im Umgang mit Katar Rechnung getragen werden, welche Interessen und Werte miteinander vereinbart.
- Daher sollte die deutsche Politik Felder identifizieren, in denen eine Zusammenarbeit möglich sowie sinnvoll ist. Dafür bieten sich die Bereiche Migrationsmanagement und Entwicklungspolitik an.

³¹ Human Rights Watch: *FIFA: Pay for Harm to Qatar's Migrant Workers*, 18.05.2022.

³² S. Sons: *Why Gulf aid donors are moving to end 'ATM' perceptions*, Amwaj, 15.03.2022.

³³ https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2021_6_0.pdf.

³⁴ <https://www.bmz.de/resource/blob/104020/12526e0f7f012e4024792faf3b64f96e/Dreieckskooperation-in-der-deutschen-EZ.pdf>.



Deutscher Bundestag
Sportausschuss

Ausschussdrucksache
20(5)62

GUTACHTLICHE (KURZ-)STELLUNGNAHME IM RAHMEN DER

Öffentlichen Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages am 4. Juli 2022 zum Thema «Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022»

«Das Spiel hat nicht nur 90 Minuten.»

I.

Die anstehende Fußball-Weltmeisterschaft der Männer im November und Dezember des Jahres wirft eine Vielzahl von ethischen Fragen auf, die ich im Folgenden nur knapp skizzieren will.

II.

Die öffentliche Diskussion zur Thematik ist aus meiner Sicht geprägt von vier distinkten Aspekten: (i) Umstrittene Vergabe (durch die FIFA) an das austragende Land Katar, das als autoritäres Regime gilt, (ii) Menschenrechtsverletzungen beim Bau von Stadien (und darüberhinausgehend), (iii) ökologische Aspekte angesichts von klimatisierten und für die örtlichen Bedarfe wenig nachhaltigen Stadien sowie (iv) – als Rechtfertigungen für (i) bis (iii) – Bestrebungen zur Demokratisierung und Liberalisierung von Katar durch die Fußball-Weltmeisterschaft.

III.

Die Kritik aus den Punkten (i) – (iii) ist aus meiner Sicht valide, wenngleich eine dringend benötigte wissenschaftliche Studie hierzu noch aussteht. Der Punkt (iv) lässt sich wissenschaftlich nicht bestätigen: Demokratisierungen und Liberalisierungen durch sportliche Großveranstaltungen, sei es im Fußball (Beispiele: Chile 1962, Argentinien 1978, Russland 2018) oder bei olympischen Spielen (Beispiele: Berlin 1936, Peking 2008 und 2022) finden de facto nicht statt und dienen nicht selten zur Stabilisierung und weltweiten Geltung von Unrechtsregimen. Die hier von diversen Sportorganisationen vorgebrachte Argumentation, von der FIFA ebenso wie vom DFB, ist maximal von anekdotischer Evidenz. Sie wirken als eine «Kultur der Ausrede» zur Verfolgung eigener Interessen.



IV.

Es ist vor dem Hintergrund von (III.) aus ethischer Sicht äußerst fragwürdig, dass die kommende Fußball-Weltmeisterschaft im Katar ausgetragen wird. Die Anhörung und Beratung im Sportausschuss des Deutschen Bundestages zu dem Thema ist begrüßenswert, aber sie kommt, lediglich fünf Monate vor dem Event, zu spät. Denn: Die WM wird im Katar stattfinden, wir befinden uns damit maximal in einem «Reparaturmodus» für eine geopolitisch motivierte und menschenrechtlich äußerst fragwürdige Veranstaltung – das betrifft ebenso jetzt lebende (oder eben leider verstorbene) Menschen wie künftige Generationen (Stichwort: Klimawandel).

Für die Bundesrepublik Deutschland und den DFB hätte es andere Optionen gegeben, nämlich eine alternative WM mit wesentlichen Fußballnationen organisieren zu können; sprich: die WM im Katar aus humanitären Gründen boykottieren können. «Dortmund statt Doha» hatten der Kollege Marus Scholz (Wien) und ich das plakativ in einem Beitrag in der NZZ genannt. Es wäre mutig gewesen, keine Frage. Es wäre aber das ethisch Richtige gewesen. Und eine derartige Initiative hätte massiv zur Reputation Deutschlands, dem DFB und dem professionellen Fußball weltweit beigetragen. Ein geopolitisches Signal ist nicht genutzt worden.

V.

Was ist aktuell in diesem «Reparaturmodus» also zu tun bzw. zu fragen?

Mir erscheinen hier vielfältige Aspekte relevant, dazu nur beispielhaft die folgenden Fragen: Wie wird im Katar eine diskriminierungsfreie Durchführung der Spiele realisiert (Beispiel: Diskriminierungen von homosexuellen Fans, Spielern, Trainerstäben, Funktionären)?

Kompensiert das Emirat Katar oder die FIFA die durch die WM entstehenden CO₂-Emissionen (einschließlich der Anreisen der Fans aus der ganzen Welt)? Wenn ja: wie? Werden lediglich Bäume (im trockenen arabischen Raum) gepflanzt oder sind dafür Investitionen (z.B. in regenerative Energien) vorgesehen? Gibt es zu diesen Fragen ökobilanzielle Berechnungen?

Erstattet das Emirat Katar den Familien der verstorbenen Arbeiter «Schadensersatzleistungen»? Gibt es darüberhinausgehend weitere, auch symbolische Abhilfen (im Englischen: «*remedies*»), z.B. öffentliche Entschuldigungen?

Wie werden datenschutzrechtliche und Fragen der Pressearbeit und Berichterstattung nach internationalen Standards realisiert?

Wie stellt der Katar die nachhaltige Nutzung der neu entstandenen Stadien sicher? Das «Stadium 974» soll nach der WM abgebaut und in andere Nutzungen überführt werden. Wie verhält es sich mit den anderen Stadien?

Ich will gerne zur Kenntnis geben, dass auch die positive Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen von einer breiten Bevölkerung und auch von vielen Fans in der westlichen Welt lediglich als nachträgliche

Kosmetik wahrgenommen werden wird. Mit einer hohen sozialen Akzeptanz der anstehenden Fußball-WM muss gesellschaftlich nicht gerechnet werden.

VI.

Wesentlicher als die beispielhaft genannten Einzelfragen bei der aktuellen Fußball-WM ist die Frage: Was kann man bei der Ausrichtung für künftige Sportgroßveranstaltungen lernen?

Es gilt, *erstens*, zur Kenntnis zu nehmen, dass die FIFA ein weltpolitischer, auch geopolitischer Akteur ist, der die Geschehnisse unserer Zeit mitgestaltet – nicht demokratisch legitimiert, dennoch aber wirksam; nicht notwendigerweise immer zum Guten.

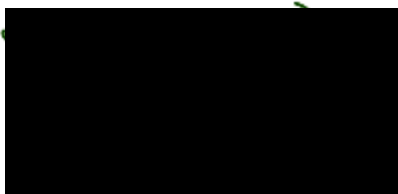
Damit zusammenhängend sollte, *zweitens*, der rechtliche Status der FIFA als gemeinnützige Organisation (formal ansässig in der Schweiz) geprüft werden. Die Bundesrepublik Deutschland könnte eine derartige rechtliche Prüfung in der Schweiz anregen.

Drittens sollte sich die FIFA (und auch der DFB) von einer Rhetorik verabschieden, die Demokratisierungsprozesse durch sportliche Großveranstaltungen vermutet. Nochmals: Dafür gibt es keine wissenschaftliche Evidenz.

Viertens erscheinen mir bei der Beobachtung verschiedener Phänomene im Profifußball die Governance-Strukturen von verschiedenen (im Übrigen tendenziell reine «Boys-Clubs») Verbänden (FIFA, auch UEFA, teilweise auch Vereinen) durchaus tiefere korrupte, wenigstens «vetternwirtschaftliche» Elemente aufzuweisen. Ist dies der Fall (was über eine wissenschaftliche Studie näher zu ergründen wäre), so würde dies erklären, dass eine Vielzahl von moralisch fragwürdigen Entscheidungen nicht zufälliger, sondern systematischer Natur sind.

Konstruktiv gewendet: Eine Verbesserung der Governance-Strukturen, besonders auch eine stärkere partizipative und demokratische Orientierung von Spitzenorganisationen im Sport könnte zu Maßnahmen führen, die den Sport wieder in den Mittelpunkt rücken. (Der Schritt der Deutschen Fußball Liga (DFL) zur Einführung *lizenzrelevanter* Nachhaltigkeitsrichtlinien ist ein positives Beispiel in diesem Zusammenhang.)

Mit sportlichem Gruß



Prof. Dr. Thomas Beschorner, Universität St.Gallen, 22. Juni 2022